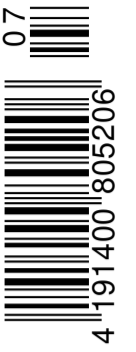


LE MONDE

diplomatique



Saharawinde

aus dem Norden, Shoppingmalls und Dichterlesungen. Abubakar Adam Ibrahim über seine neue Heimat Abuja

► S. 3

Captagon

in Granatäpfeln. Clément Gibon über findige Schmuggler und die industrielle Drogenproduktion im Nahen Osten

► S. 6

Böses Erwachen

in der Türkei. Günter Seufert über die Konsequenzen von Erdoğan's Wahlerfolg und den Zerfall der Opposition

► S. 7

General Franco

und seine politischen Erben. Maëlle Mariette über die Geschichte der spanischen Rechtspartei Partido Popular

► S. 10/11

Gaicho

gegen Gringo. Fabien Palem über Argentinien's imaginierten Nationalhelden und die Einsamkeit der Pampa

► S. 18

Navot Miller



5 Boys in Ibiza, 2022, Öl auf Leinwand (Diptychon), 180 x 300 cm

(zum Künstler siehe Seite 3)

Bidens Balkan-Team

von Norbert Mappes-Niediek

US-Diplomaten wird seit dem Ukrainekrieg Appeasement gegenüber Serbien vorgeworfen, um Aleksandar Vučić ins westliche Lager zu ziehen. Tatsächlich mischen sich die USA in der Region wieder mehr ein, weil alte Konflikte erneut zu eskalieren drohen.

Von „Appeasement“ dürfe man nicht sprechen, so Gabriel Escobar. Der Balkan-Beauftragte des US State Department hat das geschichtsschwere Wort in den letzten Monaten so oft hören müssen, dass er es bei einem Pressegespräch am 6. Juni in Prishtina schließlich selbst in den Mund nahm.

Genützt hat das Dementi nicht. Denn auch danach gingen die Vorwürfe weiter: Um eine möglichst breite Front gegen Russland aufzustellen, umschmeichelten die USA den serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić, damit er nicht ins Putin-Lager schwenkt, stützten ihm zuliebe die Serben im Kosovo sowie „ethnonationalistische“ Positionen in Bosnien. Absender dieser Vorwürfe sind liberale Denkfabriken etwa die US-amerikanische Jamestown Foundation oder die Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung. Bei den traditionellen Verbündeten der USA in der Region, Albanern und Bosniaken, hat sich der Appeasement-Verdacht schon zur Gewissheit verdichtet. Der Regierungschef Kosovos, Albin Kurti, übt offen Kritik an der Schutzmacht und sieht „im demokratischen Westen eine beschwichtigende Haltung“¹.

Die US-Diplomaten bieten dagegen eine ganz andere Lesart ihrer Politik: „Der Balkan hat für uns Priorität“, sagte der Koordinator der US-Diplomatie in der Region, Derek Chollet, im Mai vor dem Senatsausschuss in Washington. Tatsächlich mischen sich die USA nicht erst seit dem Ukrainekrieg, sondern schon seit dem Amtsantritt Joe Bidens Anfang 2021 auf dem Balkan wieder ein – mit erheblichem Aufwand und eigener Agenda.

Ziel sei, so Chollet vor den Senatoren, die beiden letzten verbliebenen Brandherde in der Region ein für alle Mal auszutreten: Kosovo und Bosnien. Aufgestellt dafür ist ein hochkarätiges Team von Balkanveteranen: Chollet war Redenschreiber von Richard Holbrooke, dem Architekten des Bosnien-Friedensvertrags von Dayton 1995, und hat später selbst ein Buch über das Abkommen verfasst.

Sanktionen gegen Kosovo

Gabriel Escobar hat schon vier Missionen in der Region hinter sich. In Belgrad sitzt Christopher Hill, ein Urgestein des State Department und Teilnehmer an den großen Konferenzen in Dayton und auf Schloss Rambouillet 1999 (zu Kosovo). Auch die Botschafter in Sarajevo und Prishtina, Michael Murphy und Jeff Hovenier, kennen den Balkan genau. Außenminister Anthony Blinken schließlich, ihrer aller Chef, schrieb 1999 die Kosovo-Reden von Präsident Bill Clinton.

Die Ereignisse der letzten Monate scheinen den Appeasement-Vorwurf zu bestätigen. Nachdem Kosovos Premier

Kurti am Freitag vor Pfingsten seine Spezialpolizei in den serbisch besiedelten Norden des Landes geschickt hatte, war es zu den schwersten Krawallen seit Jahren gekommen. Soldaten der Friedenstruppe Kfor, die das Schlimmste verhindern wollten, waren mit Steinen und Molotowcocktails beworfen worden. Dreißig von ihnen wurden teils schwer verletzt, ein Italiener musste in eine Spezialklinik nach Skopje geflogen werden.

Die Angreifer waren Serben. Druck aber übten die Amerikaner danach nicht auf Belgrad aus, sondern auf Prishtina. Kurti solle seine Polizeitruppe abziehen und den Serben Autonomie gewähren, so die Forderung. Die Europäische Union, die die Leitlinien der westlichen Balkanpolitik in den letzten Jahren allein hatte ziehen müssen und dabei keine Erfolge verbuchen konnte, zog erleichtert mit.

Ein erstes Sanktionspaket gegen die Regierung Kosovos fiel noch milde aus. Aber mögliche weitere Schritte täten wirklich weh: etwa die Blockade von Fonds oder die Aussetzung der Visumfreiheit für Reisen in den Schengenraum, nach jahrelangem Hinhalten endlich für Anfang 2024 vereinbart.

Neu ist nicht die Haltung der USA, sondern ihre Zielstrebigkeit. „Wir stehen an der Seite der Kosovaren“, bekräftigte Escobar. „Das heißt aber nicht: an der Seite eines Einzelnen, der unseren Instinkt zur Zusammenarbeit nicht teilt“ – mit anderen Worten: nicht an der Seite von Kurti. Mit der Weltmacht verbindet den Premier Kosovos

► Fortsetzung auf Seite 4

Plastikpest

Die Havarie der „X-Press Pearl“

von Mohamed Larbi Bouguerra

Am 20. Mai 2021 brach an Bord des Containerschiffs „X-Press Pearl“, das sich 18 Kilometer vor Sri Lankas Hauptstadt Colombo befand, ein Feuer aus. Der 186 Meter lange, in der chinesischen Zhoushan-Werft gebaute Frachter gehörte der Singapur-Reederei X-Press Feeder, eine der 20 größten Frachtreedereien der Welt.

Die „X-Press Pearl“ war erst drei Monaten zuvor vom Stapel gelaufen. Sie brannte 12 Tage lang, bis die Feuerwehrleute aus Indien und Sri Lanka die Flammen löschen konnten. Anschließend versuchte man, das Schiff in den Hafen zu schleppen, um die restliche Ladung zu bergen. Doch am 17. Juni 2021 sank es – mit seinen 348 Tonnen Schweröl und 50 Tonnen Dieselkraftstoff.

Die drohende Ölpest rückte angesichts einer anderen Umweltkatastrophe in den Hintergrund: Die „X-Press Pearl“ hatte nämlich 1486 Container geladen, von denen 81 gefährliche Güter enthielten, namentlich 1040 Tonnen Natronlauge und 25 Tonnen Salpetersäure. Außerdem transportierte sie 187 Tonnen Blei und andere Metalle wie Kupfer und Aluminium sowie Harnstoff (ein Düngemittel), 210 Tonnen Methanol, 9700 Tonnen Epoxidharz und einen Container mit Lithiumbatterien.¹

Und schließlich waren da noch 28 Container mit insgesamt 1680 Tonnen industriellem Kunststoffgranulat – schätzungsweise 84 Milliarden Plastikstückchen mit einem Durchmesser von 5 Millimetern, die auch als „Tränen der Meerjungfrauen“ bezeichnet werden.² Eine gigantische Flut dieser Pellets – die bislang weltweit größte –

überschwemmte die Küsten Sri Lankas. Da Plastik nicht biologisch abbaubar ist, werden die Folgen noch über einen sehr, sehr langen Zeitraum spürbar sein.

Die massive Verschmutzung mit giftigen Chemikalien und Plastikgranulat des Meeres und der Küsten steht für eine neue Art von Schiffsunfällen. Sie ziehen chemische Reaktionen nach sich mit langfristigen schädlichen Auswirkungen auf das gesamte Ökosystem. Ein Grund für die Zunahme dieser Havarien ist der steigende Warentransport auf dem Seeweg und die wachsende Größe der Schiffe.

Bei der Havarie der „X-Press Pearl“ gibt es laut Meththika Vithanage, Umweltwissenschaftlerin an der Sri-Jaywardenepura-Universität in Colombo, „eine akute und eine chronische Phase, sichtbare und unsichtbare Schäden“. Modellrechnungen legen nahe, dass die Verschmutzung nicht nur sämtliche Küsten Sri Lankas, sondern auch Indonesien und Malaysia und sogar Somalia erreichen wird.

Die von der „X-Press Pearl“ geladenen Container mit den Plastikstückchen waren für die srilankische Verpackungsindustrie bestimmt. Diese Pellets bestehen aus Weichpolyethylen (LDPE), sie werden geschmolzen und zu einer Vielzahl von billigen und schwer recycelbaren Produkten wie Plastikflaschen oder Plastiktüten verarbeitet.

Während das Schiff brannte, atmeten die Einwohner:innen Colombos eine Luft, die stark mit Kohlenwasserstoffen, Stickoxiden, Feinstaub, Dioxinen und Schwermetallen belastet war.³

► Fortsetzung auf Seite 17

ANZEIGE

Zerstörung in Dschenin

Zwei Tage lang hat das israelische Militär Anfang Juli das dicht besiedelte Flüchtlingscamp von Dschenin aus der Luft und mit Bodentruppen attackiert. Mindestens zwölf Palästinenser und ein israelischer Soldat wurden getötet. Über 100 Menschen wurden verletzt, tausende Einwohner:innen verließen das Lager und suchten in anderen Stadtvierteln und umliegenden Dörfern Zuflucht. Völlerorts wurden Wasser- und Stromleitungen zerstört, Häuser und Geschäfte verwüstet. UN-Generalsekretär António Guterres sprach von der „schlimmsten Gewalttätigkeit im Westjordanland seit vielen Jahren“. Möglich, dass Guterres sich an die Besetzung des Flüchtlingslagers während der zweiten Intifada erinnert fühlte. Im *LMD*-Artikel „Unter den Ruinen von Dschenin“ beschrieb Amnon Kapeliouk im Mai 2002 ein ähnliches „Bild des Grauens“.

Eritreer in Gießen

Fast 80 000 Migrant:innen aus Eritrea leben in Deutschland. Doch die Diaspora ist gespalten. Während die einen Eritreas Herrscher Isayas Afewerki dafür bewundern, dass er vor 30 Jahren die Unabhängigkeit von Äthiopien erkämpfte, flohen die anderen vor dessen brutalem Militärstaat. Alex de Waal hat „Das System Eritrea“ im November 2015 in *LMD* beschrieben. Laut Afewerki Opfer ist das sogenannte Eritrea-Festival, das der Zentralrat der Eritreer seit 2011 in Gießen organisiert, ein Propagandafest. Die Diaspora-Organisation United4Eritrea

gestern in **LMD**
heute in den **Nachrichten**

wirft den Veranstaltern vor, Spenden für das Regime zu sammeln. Nachdem es bereits im letzten Jahr zu schweren Ausschreitungen gekommen war, hatte die Stadt vergeblich versucht, das Festival zu verbieten. Am Samstag, den 7. Juli, eskalierte die Gewalt erneut.

Niederlande vor Neuwahlen

Ministerpräsident Mark Rutte hat das Scheitern seiner Regierung erklärt. Der Chef der konservativen VVD konnte sich mit seinen Koalitionspartnern nicht auf einen Kompromiss in der Asylpolitik einigen, bei der es vor allem um die Familienzusammenführung ging. Damit wird es im kommenden November zu Neuwahlen kommen. Bis dahin wird sich Rutte wahrscheinlich mit einer härteren Abschottungspolitik profilieren, um der rechtspopulistischen Bauernbewegung das Wasser abzugraben. Dass deren Vorsitzende Caroline van der Plas sich zur ernsthaften Konkurrentin für Rutte entwickeln könnte, zeigt Tobias Müller in seinem Bericht „Unter umgedrehter Flagge“, der im Mai 2023 in *LMD* erschien.

Diese und alle anderen Beiträge seit 1995 im *LMD*-Archiv unter:
monde-diplomatique.de



Boy on Balcony Remake, 2021, Öl auf Leinwand, 200 × 150 cm

Navot Miller

Der 1991 in Schadmot Mehola im Westjordanland geborene israelische Künstler Navot Miller kam 2013 nach Berlin, ursprünglich mit der Absicht, Architektur zu studieren. Stattdessen begann er 2017 ein Kunststudium an der Weißensee Kunsthochschule und lebt auch nach Abschluss des Studiums weiterhin in Berlin.

Seine Arbeiten basieren vor allem auf Fotografien – er fotografiert sowohl in Berlin als auch auf Reisen sehr viel, dokumentiert Alltagsszenen und kombiniert diese dann in seiner Malerei. Dadurch, dass es sich um seine eigenen Erlebnisse handelt, auch wenn diese nicht eins zu eins wiedergegeben werden, sind die Bilder, wie er sagt, „persönlich und intim“; Miller interessiert sich für das Authentische.

Im nebenstehenden Bild „Boy on Balcony Remake“ kommen sein Interesse an Architektur, sein jüdisch-religiöser Hintergrund (das Gelände zitiert eine Menora), eine homoerotische Spannung und dezidiert queere Ästhetik sowie die für Miller typische extravagante Farbgebung zusammen. Als wichtige Einflüsse nennt er Caravaggio und David Hockney. Die Farbpalette seiner figurativen Malerei ist sehr bunt und schert sich nicht um Realismus – das gezeigte Leben wird dadurch, auch wenn die Szenen eher alltäglich sein mögen, zum queeren Fest.

Für das Bildmaterial danken wir dem Künstler und der Yossi Milo Gallery, New York.

www.navotmiller.com, www.yossimilo.com
Wilhelm Werthern

edito

Europas Lieblingsfaschistin

Erinnert sich noch jemand an den Aufschrei im vergangenen September, als EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen drohte, es werde für Italien Konsequenzen haben, wenn Melonis Rechtsbündnis an die Macht kommt? Heute posieren die beiden Damen, eine konservativ, die andere rechtsextrem, lächelnd vor den Kameras, tauschen Freundlichkeiten auf ihren Social-Media-Kanälen aus und reisen zusammen nach Tunesien. Die italienische Ministerpräsidentin, gerade noch als „postfaschistisch“ verschrien, ist in wenigen Monaten zur unworbenen Partnerin mutiert.

Meloni hat das Rezept für die Metamorphose schnell begriffen. Kaum im Palazzo Chigi eingezogen, reduzierte sie die Sozialausgaben und brachte die Kritiker des Brüsseler Jochs zum Schweigen. Denn nur

so kann sich Italien das Geld aus dem Wiederaufbaufonds der EU (191 Milliarden Euro bis 2026) sichern.

Meloni hat ihre Treue zur Nato versichert, drastischere Sanktionen gegen Moskau und wirksamere Waffen für Kiew gefordert, kurz: Sie hat sich dem herrschenden Diskurs unterworfen. „Es gibt keine größere Verteidigerin Europas und des Euros als Giorgia Meloni“, lobte sie der französische Essayist Alain Minc am 8. Juni auf FigaroVox.

Solange sich Meloni zur Sparpolitik und zum atlantischen Bündnis bekennt, kann sie fremdenfeindliche Sprüche klopfen, Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans*personen diskriminieren, vom Großen Bevölkerungsaustausch schwafeln, Abtreibung kriminalisieren, die Verfassung umbauen, Medien gleichschalten und

Kultureinrichtungen dichtmachen. Die Türen bleiben ihr weit geöffnet – etwa in Paris, wo Emmanuel Macron ihr am 20. Juni einen herzlichen Empfang bereite und die Gelegenheit ergreift, „Gemeinsamkeiten zu schaffen“, wie der Élysée-Palast später meldete.

Das Modell Meloni, das nationalistisch bleibt, auch wenn es sich EU- und Nato-freundlich gibt, scheint sich seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine in Europa immer mehr auszubreiten. Dank ihrer Wahlerfolge regieren die Rechtsextremen in Koalitionen mit den Konservativen schon heute in Italien, Schweden, Finnland und vielleicht auch bald in Spanien (siehe den Artikel auf Seite 10). Solche Regierungsallianzen sorgen nur noch selten für Aufregung.

Als 2000 die rechtsextreme FPÖ mit Jörg Haider in Österreich an die

Regierung kam, unterbrachen die 14 anderen EU-Staaten die bilateralen Kontakte mit Wien und beschränkten den diplomatischen Austausch auf das Notwendigste. Und die Präsidentin des EU-Parlaments Nicole Fontaine (1942–2018), Mitglied der konservativen Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP), verkündete, sie werde keinen Fuß mehr auf österreichischen Boden setzen, solange die Rechtsextremen an der Macht sind.

Der aktuelle EVP-Vorsitzende Manfred Weber war hingegen seit Oktober schon fünfmal in Rom, um Meloni als wichtige Verbündete für die EU-Wahlen 2024 zu umgarnen. Radikalisierung der Konservativen in der Migrationspolitik gegen Zugeständnisse der Rechtsextremen in der Wirtschafts- und Außenpolitik: Das ist Europas neues Gesicht. **Benoît Bréville**

In dieser Ausgabe | 07/23

3 Brief aus Abuja

von Abubakar Adam Ibrahim

4 Bidens Balkan-Team

Fortsetzung von Seite 1
von Norbert Mappes-Niediek

5 Angst und Wut an der Narva

Estland in Zeiten des Krieges
von Damien Lefauconnier

6 Verbotene Pille

Die heute vor allem in Syrien produzierte Droge Captagon beschert dem Assad-Regime Milliarden Gewinne
von Clément Gibon

7 Böses Erwachen in der Türkei

von Günter Seufert

8 Südkoreanische Szenen

Unterwegs im Wunderland des Kapitalismus
von Renaud Lambert

10 Spaniens Rechte und das Erbe Francos

Eine kleine Geschichte des Partido Popular
von Maëlle Mariette

12 Charity statt Fortschritt

Die Armutsbekämpfung im Globalen Süden setzt immer häufiger auf Direkthilfen statt Entwicklungspolitik
von Anton Jäger und Daniel Zamora

13 Afrikas Schulden – Mythos und Wahrheit

von Gilbert Germain

14 Emanzipation im Nahen Osten

Eine neue Generation von Feministinnen kämpft für umfassende demokratische Reformen
von Hicham Alaoui

17 Plastikpest

Fortsetzung von Seite 1
von Mohamed Larbi Bouguerra

18 Die Legende vom Gaucho

Argentiniens postkoloniale Selbsterzählung
von Fabien Palem

Hörtext des Monats:
monde-diplomatique.de

Die nächste Ausgabe erscheint am 10. August

19 Frommer Pop aus Afrika

von Jean-Christophe Servant

20 Wo sollen wir denn hin?

Comic
von Núria Tamarit

Mit vielen tollen Extras, jetzt abonnieren:
monde-diplomatique.de/newsletter



Brief aus Abuja

von Abubakar Adam Ibrahim

Wie ein Neugeborenes in ein Tuch so ist Abuja stets in eine Schicht feuchter Luft gewickelt. Wenn man mich fragt, wie das Wetter hier ist, sage ich, dass die Hitze über der Stadt hängt wie ein Laken, das ganze Jahr über, während der Regenzeit und des Harmattans, wenn die kalten Saharawinde aus dem Norden nach Süden fegen und Städte und Dörfer mit feinem Staub bedecken. Zwei Wochen im Jahr liegen der graue Staub, der Dunst über Abuja, die Kälte bleibt allerdings fern, das Wetter ist fast immer gleich.

Wahrscheinlich empfinde ich das so, weil ich in Jos geboren und aufgewachsen bin, das ungefähr 300 Kilometer nördlich von Abuja liegt und für seine Felsformationen und kalten Harmattans bekannt ist.

Ohnehin ist Abuja anders als alle anderen Städte Nigerias, wurde erst „gestern geboren“, wie meine Landsleute sagen würden. Zwei Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit von der britischen Herrschaft gab es die Stadt noch nicht. Vier Jahrzehnte später wurde sie Nigerias neue Hauptstadt, und drei Jahrzehnte später hat Abuja die Geburtswunden immer noch nicht hinter sich gelassen, bringt Gebäude um Gebäude, Straße um Straße, ein Viertel nach dem anderen hervor. Faszinierend, wie diese Stadt wächst und ihren Charakter verändert, während sie erkundet, welche Art von Stadt sie sein will.

Mittlerweile nenne ich diese Stadt Heimat. Wie vermutlich die meisten, die hier leben, hegte ich anfangs einen Widerwillen, der fast an Widerstand grenzte, Abuja, das auf den ersten Blick künstlich wirkte, so zu bezeichnen. Manche finden es seelenlos. Als ich 2009 aus beruflichen Gründen herzog, machte ich es wie die meisten, hielt meiner Geburtsstadt verbissen die Treue, wohnte wochentags in Abuja und floh am Wochenende vor seiner Banalität.

Bis es mir dann ans Herz wuchs, was auch daran lag, dass sich meine Heimatstadt Jos selbst zerfleischte, von Unruhen und ethnischen Konflikten erschüttert wurde. Man schließt Freundschaften und knüpft Kontakte, bekommt ein Gespür für die Stadt, erfährt von den zahlreichen Kunstausstellungen und Galerien, den Lesungen, den vielen Cafés und Treffpunkten und gewöhnt sich allmählich an das Wetter. Denn diese Stadt besitzt eine erwachende Seele, die sich bisher nicht einordnen lässt, aber es gibt sie, gleich unter der Oberfläche.

Allmählich schätzt man die Ruhe, wenn sie einem vergönnt wird, denn auch sie ist unbeständig, wie fast alles in diesem Land. Während einer zehnmönatigen Abwesenheit – so lange war ich, seitdem ich herzog, noch nie weg-

gewesen –, fehlte mir genau diese fein austarierte Mischung aus Ruhe und unterschwelliger Dynamik. Sie empfing mich, als ich am Vorabend der Amtseinführung des neuen Präsidenten wieder landete.

Binnen Stunden veränderte sich die Atmosphäre. Bei der Rede zu seiner Amtseinführung am 29. Mai 2023, die ich wegen meines Jetlags verschief, wick Bola Tinubu von den üblichen Floskeln ab und kündigte an, Erdöl-erzeugnisse würden nicht länger subventioniert. Wir hatten immer gewusst, dass dieser Einschnitt eines Tages kommen würde. Die Regierung hat den Importeuren Milliarden US-Dollar in den Rachen geworfen, damit die Nigerianer billig tanken können – keine nachhal-

”
Mittlerweile
nenne ich diese
Stadt Heimat

tige Politik, sondern systemische Korruption. Allerdings versäumte es die Regierung, die Bürger und die Wirtschaft auf das abrupte Ende der Subventionen entsprechend vorzubereiten.

Daher sprangen die Menschen, noch bevor Tinubu seine Rede beendet hatte, in ihre Autos und rasten zur nächsten Tankstelle, um vollzutanken. Tagelang bildeten sich endlose Staus vor den Zapfsäulen, über der Stadt lag angespannte Unruhe. Die Preise explodierten, denn alles, fast alles, muss mit Lastwagen herangeschafft werden. Höhere Kraftstoffpreise bedeuten höhere Transportkosten, was wiederum bedeutet, dass fast alles teurer geworden ist; die Gewerkschaften mussten von einem Generalstreik abgebracht werden.

Das ist Abuja, eine Stadt, deren Stimmung, deren Atmosphäre von einer einzigen offiziellen Entscheidung diktiert werden kann. Wie Brasília ist Abuja eine Retortenstadt, erbaut für Amtsgeschäfte, um das bevölkerungsreichste Land Afrikas zu regieren. Wenn politische Kongresse stattfinden, werden tausende Parteimitglieder mit Bussen in die Stadt gekarrt. Dann sind fast sämtliche Hotelbetten der Hauptstadt belegt, die Straßen verstopft; ganze Stadtviertel werden abgeschnitten, und es entstehen spontan Flohmärkte, die nach zwei Tagen wieder verschwinden und tonnenweise Müll hinterlassen, mit dem sich die Stadtreinigung herumschlagen muss.

Anders als in Lagos, einem New York auf Speed, ist es meist ruhig in Abuja. Andererseits ist Ruhe relativ, wie fast alles hier. Es kommt auf den Stadtteil an, denn die Vororte sind, im Gegensatz zum amerikanischen Suburbia, überfüllt, voller Leben und es geht

teilweise hitzig her. Außenbezirke wie Mararaba, Lugbe, Gwagwalada oder Kubwa würgen allmorgendlich einen Verkehrsschwall hervor, der Arbeiter, Jobsuchende und Glücksjäger ins Zentrum der Stadt bringt, und saugen ihn allabendlich wieder ein. Eher wirkt das Stadtzentrum selbst wie ein schläfriger Vorort: ruhige Viertel, mit Bäumen gesäumte Straßen, über die gelegentlich ein Auto fährt, und Verwaltungsbezirke, die größtenteils verlassen daliegen.

In den 1970ern war dieser Ort im Herzen des Landes eine riesige Fläche mit einer Handvoll verstreuter Siedlungen der Gbagyi. Als die Regierung gleich einem launischen Kaiser aus der Antike beschloss, eine neue Hauptstadt müsse her, weit weg vom an der Küste gelegenen, überfüllten Lagos mit seinen chaotischen Verkehrsstaus, steckte sie diese Fläche zwischen Suleja und Lokoja ab und nannte sie Abuja. Ironischerweise fiel das Staatsoberhaupt, das diese Vision gehabt hatte, General Murtala Muhammad, einem Attentat zum Opfer, als sein Mercedes im berüchtigten Verkehr von Lagos angegriffen und von Kugeln durchsiebt wurde. Heute trägt eine Straße der von ihm erträumten Hauptstadt, die er nie Gesicht bekam, seinen Namen.

Binnen weniger Jahrzehnte wurden die Gbagyi-Siedlungen von glänzenden neuen Immobilien verdrängt, von Hochhäusern, enormen Regierungsgebäuden, Shoppingmalls und breiten Straßen, die sich wie lebende Schlangen um die Stadt winden und bis heute weiterwachsen.

Diese Stadt ist wie ein facettenreicher Avatar, der sich ständig an die Launen des vergänglichen Zeitgeistes anpasst. Wenn sich die Menschen nicht in ihren Büros aufhalten, etwa am Wochenende oder abends, werden auf dem Grün des IBB-Golfplatzes oder in den Suiten des Transcorp Hotels politische Deals verhandelt, während sich in den kleinen Konferenzräumen derselben oder eines anderen Hotels Menschen zu Dichterlesungen versammeln, auf denen Politikern die Leviten gelesen werden.

Junge Männer springen vor Sportbars aus ihren schicken Sportwagen und protzigen Jeeps, schauen Fußball, quatschen und schlürfen sündhaft teuren Champagner. In den vollen Straßen der Außenbezirke machen auf Autos montierte Lautsprecher dröhnend Reklame für alternative Allzweckmedikamente – gegen Zahnschmerzen, für mehr sexuelle Leistungsfähigkeit, zur Heilung von Krebs. Straßenartisten führen lebende Hyänen oder Krokodile vor und verkaufen nebenher Medikamente gegen neunundneunzig Gebrechen. Die Bewohner stammen aus unterschiedlichen Teilen des Landes und bemühen sich, eine gemeinsame

Identität zu schaffen, und doch ist Abuja für jeden eine andere Stadt.

Man hat sich bisher nicht einmal auf einen Spitznamen einigen können. Bei den Einheimischen heißt die Stadt „ABJ“, nach den Konsonanten des Namens. Expats nennen sie „The Buj“. Im offiziellen Sprachgebrauch läuft sie unter „FCT: Federal Capital Territory“.

The Buj finde ich wegen der Doppeldeutigkeit interessant. Abuja ist zwar als Bürokratizentrum geplant gewesen, hat allmählich aber auch den Ruf einer Stadt der Oberschicht, eines Tummelplatzes für Reiche. Luxusvillen und Edelwohnblocks stehen leer, weil sie für den normalen Arbeitnehmer unerschwinglich sind. Hier sind die Preise, von der Designerkleidung bis zum Wasser im Beutel, immer höher als anderswo. Und an den Wochenenden liefern sich hier junge Millionäre, viele von ihnen Politiksprösslinge, mit teuren Autos und Sportmotorrädern Wettrennen, die Reifenspuren auf dem Asphalt und in der Luft den Geruch verbrannten Gummis hinterlassen.

Ein ehemaliger Verwaltungschef der Stadt meinte einmal süffisant, Abuja sei nicht für die Armen erbaut worden. Manchem Bewohner steigt das zu Kopf, denn wer im Stadtzentrum oder in einem mondänen Viertel wie Maitama oder Asokoro lebt, fühlt sich als Teil der Oberschicht.

Abuja ist nicht Nigeria, sagen manche. Weder ist die Stadt organisch gewachsen, noch ist die Bevölkerung homogen, es gibt keinen Gemeinschaftsgeist. Das Stadtzentrum ist eine Welt für sich, und jeder Vorort wird von einem anderen Geist regiert, je nachdem, wer aus welchem Landesteil das Sagen hat.

Auswärtige, die es gewohnt sind, ihren Nachbarn über den Zaun oder auf der Straße einen Gruß zuzurufen, sagen gar, Abuja sei richtiggehend klassistisch. Meine Schwester lebte zehn Jahre lang in Garki, einem der piekfeinen Hauptstadtviertel. Sie konnte die Nachbarn durch den Zaun hören, sah sie allerdings nur einmal und wechselte kein einziges Wort mit ihnen. In anderen Städten des Landes wäre so etwas unvorstellbar.

Aber allmählich habe ich mich damit abgefunden, dass es Zeit braucht, bis Menschen, die aus unterschiedlichen Kulturen stammen, eine gemeinsame Kultur entwickeln, zu einem Miteinander finden.

Vor mehr als zehn Jahren hat mein Kopf zum ersten Mal diesen Ort als Heimat akzeptiert, mein Körper sich eingewöhnt, sich an das Wetter, die Atmosphäre, die diffuse, undefinierte Identität der Stadt angepasst – was wohl bereits eine Art Identität darstellt. Aber meine Träume sind weiterhin eingeraht von den Bergen und dem Nebel von Jos. Was vermutlich in Ordnung ist. Es ist auch in Ordnung, dass Abuja jeden Tag anders ist. Vermutlich handelt es sich hierbei um Zahnnungsschmerzen.

Im Lauf der Jahre habe ich erlebt, wie sich die Stadt und die hier lebenden Menschen verändern. Von einem Ort, in dem sie sich kurzfristig mehr schlecht als recht durchgeschlagen hatten, ehe sie nach Hause zurückkehrten, in einen Ort, der für sie Heimat ist, einen Ort, der im Verborgenen von einem kulturellen und künstlerischen Zeitgeist beschwingt ist. Wer erst einmal einen Zugang zu Abuja gefunden hat, weiß, wie man diesen tänzelnden Geist einfängt, um sich heimisch zu fühlen.

Aus dem Englischen von Susann Urban

Abubakar Adam Ibrahim ist ein Schriftsteller. Zuletzt erschien von ihm: „When We Were Fireflies“, Lagos (Masobe Books) 2023 (die deutsche Übersetzung soll 2024 erscheinen). Auf Deutsch liegt vor: „Wo wir stolpern und wo wir fallen“, Wien (Residenz Verlag) 2019. © LMD, Berlin



Im Zentrum von Abuja AFOLABI SOTUNDE/reuters

Bidens Balkan-Team

► Fortsetzung von Seite 1

eine konfliktreiche Geschichte. Kurti war noch keine 24 Jahre alt, als er nach Kräften die Friedensbemühungen des Westens hintertrieb, die damals vom heutigen Belgrad-Botschafter Hill angeführt wurden.

Mit seiner „Bewegung Selbstbestimmung“ verband Kurti einen glaubwürdigen Kampf gegen Korruption mit nationalen Parolen und Härte gegen den Westen. Damit vertrat er genau die entgegengesetzte Linie des mächtigen US-Schützlings Hashim Thaçi, dem ersten Premier Kosovos nach der Unabhängigkeit, der sich gegen westliche Forderungen ebenso nachgiebig zeigte wie gegen Ansprüche von korrupten Parteifreunden.

Als Kurti es 2020 gegen amerikanischen Druck an die Regierungsspitze geschafft hatte, intrigierte der Sonderbeauftragte Donald Trumps, Richard Grenell, so intensiv gegen ihn, dass er schon nach sechs Wochen stürzte. Nach einem überwältigenden Wahlsieg war er ein Jahr später wieder im Amt.

Mehr als Trump, der in der Region ohne Ziel agierte, braucht Biden im Amt des Kosovo-Premiers einen, dem er vertrauen kann. Mit der Entsendung seiner Spezialpolizei in den Norden aber hat Kurti die Amerikaner regelrecht provoziert.

Seit dem Ende des Kriegs vor 24 Jahren versuchen EU und USA, das Gebiet mit seinen rund 50 000 Einwohnern friedlich ins Kosovo zu integrieren. Fortschritte gab es dabei immer nur, solange die Zugehörigkeit zu dem ungeliebten Staat für die Serben dort nicht sichtbar und nicht spürbar war. So etwa ist die Polizei im Norden formal Teil der Kosovo-Ordnungsmacht, steht de facto aber unter serbischem Kommando.

Wer in Orten wie Zvečan oder Leposavić lebt, kann sich wie ein Serbe in Serbien fühlen. Das Eindringen einer bewaffneten albanischen Truppe in das Gebiet, wie der Premier es verfügt hatte, musste den Einwohnern wie eine Invasion aus Feindesland vorkommen. Eine öffentliche Warnung von Botschafter Jeffrey Hovenier hatte Kurti in den Wind geschlagen. Die Amerikaner und die Kfor-Truppe wurden erst eine halbe Stunde vor dem Zugriff informiert.

Schon die Vorgeschichte der Juni-Krawalle begann, im März, mit einer Kraftprobe Kurtis gegen die USA. Eigentlich hatte er sich in einem Treffen mit Belgrads Präsidenten Vučić darauf geeinigt, den Serben im Kosovo den seit zehn Jahren versprochenen, aber nie realisierten „Gemeindeverbund“ zuzugestehen. Dann aber hatte Kurti, als Vučić nicht förmlich unterschreiben und gegen die Absprache auch dem Beitritt Kosovos zum Europarat nicht zustimmen wollte, von seiner Zusage wieder Abstand genommen.

Als die Serben daraufhin ankündigten, die Kommunalwahl Ende April zu boykottieren, ließ Kurti entgegen amerikanischen Rat trotzdem wählen. Der Erfolg war, dass in den vier Gemeinden mit über 90-prozentiger serbischer Mehrheit nur drei Albaner und ein Bosniaker zum Zuge kamen. Der Premier zog die harte Linie durch und ließ die Bürgermeister mit der Polizei in die Rathäuser bringen. Eine klare Botschaft: Wir handeln aus eigenem Recht!

Ohne physische Gewalt, dafür aber mit umso wilderer Rhetorik wird der Streit um die US-Politik in Bosnien-Herzegowina ausgetragen. Angriffsziel ist kein Amerikaner, sondern ein Deutscher: Christian Schmidt, Ex-Landwirtschaftsminister in Berlin und seit zwei Jahren Hoher Repräsentant der internationalen Gemeinschaft.

Durchgesetzt haben den CSU-Politiker im Mai 2021 die USA. Mit skurrilen Auftritten in schlechtem Englisch, Zornausbrüchen vor Journalisten und

handwerklichen Fehlern gibt er eine dankbare Zielscheibe ab. Aber US-Botschafter Murphy lässt keinen Zweifel aufkommen, dass Schmidts Interventionen eng mit den Amerikanern abgestimmt sind.

Auch in Bosnien tragen die USA eine Letztverantwortung – und nehmen sie jetzt wieder wahr. Nach dem Krieg der Jahre 1992 bis 1995 verpassten sie dem Land eine Verfassung, die künftige ethnische Konflikte ausschließen sollte: Bei demokratischen Wahlen sollten die Vertreter der drei verfeindeten Volksgruppen, Bosniaken, Serben, Kroaten, möglichst nie gegeneinander antreten müssen.

Heraus kam eine perfekte Durchquotierung des gemeinsamen Staats. Besondere „Völkerkammern“, zu gleichen Teilen zusammengesetzt aus Vertretern der drei Volksgruppen, sollten sicherstellen, dass nie zwei „Nationen“ über die dritte entschieden. An der Spitze des Staats steht bis heute ein Trio aus einem bosniakischen, einem serbischen, einem kroatischen Präsidenten.

Streit um die Völkerkammern

Das Muster sorgte für Frieden, kollidiert aber mit den Prinzipien einer liberalen Demokratie. Der Streitwert ist kein geringerer als der Charakter des Landes: Besteht Bosnien aus drei Völkern? Oder aus 3,3 Millionen Individuen?

Wer sich keiner der drei Nationen zurechnen will oder seine nationale Zugehörigkeit nicht wichtig nimmt, fällt in dem Quotensystem durch den Rost. Erst Entscheidungen des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs bewirkten, dass in den Völkerkammern inzwischen auch „Sonstige“ vertreten sind. Ein Urteil gegen die ethnische Exklusivität der drei Präsidenten dagegen wurde bis heute nicht umgesetzt.

Die Kunst des Hohen Repräsentanten ist es traditionell, zwischen den beiden Prinzipien, dem ethnisch-kollektiven und staatsbürgerlich-liberalen, einen Ausgleich zu finden. Schmidt ist seit 1995 der achte im Amt; mit schöner Regelmäßigkeit folgt ein „Interventionist“, der ausgiebig von seinen Kompetenzen Gebrauch macht, auf einen „Passivisten“, der auf die Selbstregulierung des Systems hofft.

Schmidt begann nach mehr als zwölf Jahren mit dem passiven Österreicher Valentin Inzko sogleich mit einer Intervention. Die Reaktionen fielen heftig aus. Schmidt handele im Interesse der kroatischen Volksgruppe, der kleinsten der drei, wird ihm aus

der größten, der bosniakischen, vorgeworfen.

Tatsächlich hatte Schmidt einen Missstand beheben wollen. Weil in der „Föderation“, dem Landesteil, den sich Bosniaken und Kroaten teilen, mehr als dreimal so viele Bosniaken leben wie Kroaten, kann sich die bosniakische Mehrheit nicht nur aussuchen, wen sie als bosniakischen, sondern auch, wen sie als kroatischen Delegierten in die Völkerkammer schickt.

Deshalb verfügte Schmidt, dass Kantone, in denen fast keine Kroaten leben, keine Kroaten für die Kammer nominieren dürfen. Ein Aufschrei war die Folge: Schmidt leiste dem „Ethnonationalismus“ Vorschub. Schließlich sei es legitim, wenn Bürger als Individuen entschieden, unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit.

Weil Schmidt für die Berechnung der Quote fälschlich die Volkszählung von 2013 herangezogen hatte und nicht die von 1991, musste er sein Vorhaben aufgeben. Stattdessen erhöhte er nun die Zahl der Delegierten für die Kammer – mit dem Ergebnis, dass unter den dort vertretenen Kroaten diejenigen aus kroatischen Mehrheitsgebieten wieder in der Mehrheit sind.

Zweck des ganzen Manövers war, nach vier Jahren Blockade endlich wieder eine Regierungsbildung zu ermöglichen – also genau das, was die Amerikaner unter dem Label „Löschung von Krisenherden“ anstreben. Tatsächlich führte die „Deblockade“, wie Schmidt es nannte, dazu, dass in der Föderation endlich wieder eine Regierung zustande kam – mit der kroatisch-nationalistischen HDZ und ohne die bosniakisch-nationalistische SDA, dafür mit den Sozialdemokraten, der drittstärksten Partei, die vor allem von Bosniaken gewählt wird.

Seither fliegen die Fetzen. Eine „deutsch-kroatische Koalition“ führe „Apartheid“ in Bosnien ein. Schmidt, der für den ganzen Ärger über den treulosen Westen hinhalten muss, schaffe einen neuen „NDH“, die faschistische Republik der Ustascha aus dem Zweiten Weltkrieg, urteilte SDA-Vorstandsmitglied Haris Zahiragić öffentlich.

„Wenn das so weitergeht“, so der Politiker, „müssen wir uns eben neue Verbündete suchen. China. Oder die Russen.“ Ein Streifzug durch die Chatträume fördert bislang ungehörte Parolen zutage: Invektiven gegen den „US-Imperialismus“, Lobspprüche auf den „größten Staatsmann unserer Zeit“, Recep Tayyip Erdoğan.

Der schrille Ton macht vergessen, dass die Front zwischen dem liberalen und dem ethnischen – in polemischen Kommentaren: „völkischen“ –

Prinzip in Bosnien alles andere als klar ist. Bosniaken machen etwas mehr als die Hälfte der bosnischen Bevölkerung aus, müssen also nicht mehr fürchten, von den beiden anderen Volksgruppen dominiert zu werden.

Entsprechend kann sich ihre Nationalpartei, die SDA, national indifferent geben, die Einheit Bosniens betonen, Quotierungen für überflüssig halten und dabei selbst doch „ethnisch“ bleiben. Eine langjährige Forderung ihrer Wählerklientel etwa ist die Aufhebung der „Entitäten“, die das Land praktisch in zwei Staaten spalten – ein Ansinnen, das vor allem von den Serben abgelehnt wird und das ihrem starken Mann, dem Srpska-Präsidenten Milorad Dodik, die Macht sichert.

Bosniaken stehen für die Einheit Bosniens; Serben und Kroaten, die andere Hälfte der Bevölkerung, pochen dagegen auf ihre ethnische Identität und streben, teils ganz offen, aus dem Staatsverband hinaus: Das ist die eine Sicht, beglaubigt durch die Kriegserfahrung der 1990er Jahre.

Die andere Sicht ist: Wer die Eigenständigkeit von Serben und Kroaten ignoriert, stellt den Bestand des fragilen Staatswesens infrage. Schon die Kommunisten nach dem Zweiten und die Österreicher vor dem Ersten Weltkrieg regierten das kleine Land als Verbund dreier Gemeinschaften.

Gerade die probosnischen Kroaten, die sich im Krieg gegen den Separatismus ihrer Volksgenossen in der Herzegowina stemmten, betonen den scheinbar paradoxen Zusammenhang: „Auch der bosniakische Nationalismus negiert Bosnien“, drückt Mile Babić es aus, wie viele Franziskanerpater im Land ein überzeugter Bosnier. Der jüngst verstorbene Schriftsteller Dževad Karahasan meinte, „jeder hier“ brauche „den Anderen als Beweis für seine eigene Identität“.

Doppeltes Spiel in Belgrad

Ob es so etwas wie bosniakischen Nationalismus überhaupt gibt oder ob er per definitionem ausgeschlossen ist, hat schon zu einem Streit im Deutschen Bundestag geführt – zwischen den beiden SPD-Abgeordneten Adis Ahmetović und Josip Juratović. Während Ahmetović gegen „Sezessionisten“ unter Serben und Kroaten streitet, will Juratović „Nationalisten“ in allen drei Volksgruppen bekämpfen.

Juratović hat gute Argumente. Nach einer soziologischen Untersuchung unter jungen Bosniaken, Serben und Kroaten in Bosnien weisen die Bosniaken beim Marker Nationalismus so-

gar höhere Werte auf als Serben und Kroaten.²

Statt eine „Appeasement-Politik“ gegenüber der serbischen Seite zu betreiben, haben sowohl Schmidt als auch US-Botschafter Michael Murphy in Wahrheit den Ton etwa gegen Milorad Dodik³, den Präsidenten der Teilrepublik Srpska, im letzten Jahr deutlich verschärft. Als Reaktion beschloss das serbisch dominierte Parlament in Banja Luka Ende Juni, Schmidts Beschlüsse und Erlasse künftig komplett zu ignorieren.

Umgekehrt erklärte Schmidt den Beschluss des Srpska-Parlaments für ungültig. Dodik allerdings erkennt Schmidt nicht an, weil dessen Ernennung vor zwei Jahren nicht vom UN-Sicherheitsrat bestätigt wurde. Das Veto verdankt der Srpska-Präsident seinem Schutzherrn Wladimir Putin, den er erst im Januar mit einem hohen Orden auszeichnete.

Die Schlüsselfigur auf serbischer Seite aber ist nicht Dodik, sondern Serbiens autokratisch regierender Präsident Aleksandar Vučić. Mit US-Botschafter Hill, der schon vor einem Vierteljahrhundert mit Vučićs Vorgänger Slobodan Milošević verhandelte, sitzt dem Präsidenten ein diplomatisches Schwergewicht im Nacken.

Das sein Belgrader Klient ernsthaft in Putins Lager umschwenken könnte, muss Hill allerdings nicht befürchten. Zwischen Putin und Vučić herrscht seit Kriegsbeginn Funkstille. Den beiden Resolutionen der UN-Vollversammlung gegen Russlands Angriffskrieg hat Serbien zugestimmt. Anfang Juni ließ Vučić die *Financial Times* wissen, dass Serbien Waffen und Munition an die Ukraine liefert, wenn auch nur über Umwege. Beschwichtigt werden muss Vučić also eher nicht mehr.

Wenn die dem Präsidenten ergebene Belgrader Skandalblätter *Informier* und *Kurir* trotzdem täglich Putin huldigen und auf den Westen schimpfen, ist dies Teil eines alten Doppelspiels, das Vučić – einst Informationsminister unter Milošević – virtuos beherrscht: Eine angeblich prorussische öffentliche Meinung verschafft ihm Spielraum vor allem gegenüber der EU.

In Wahrheit weiß in Belgrad bis auf einen Narrensaum von Rechtsradikalen jeder, dass von einer Partnerschaft mit Moskau außer Isolation nichts zu erwarten ist. Schon seit November versucht man sich von russischem Öl und Gas unabhängig zu machen.

Wenn die US-Diplomaten nach über dreißig Jahren den erst heißen und jetzt kalten Krieg zwischen Serbien und seinen Nachbarn wirklich beenden wollen, dürften die Serben noch größere Zumutungen erwarten, als Kosovaren und Bosniaken sie derzeit erleben.

Im kleinen Kreis hat Botschafter Hill seine Sicht auf Vučić schon preisgegeben: Man dürfe nicht zu viel auf einmal von ihm verlangen. Diesen Fehler hätten die USA mit dem prowestlichen Regierungschef Zoran Djindjić gemacht, der 2003 von Kräften des alten Regimes ermordet wurde. Offenbar haben die USA mit Vučić noch viel vor. Auf einen Autokratenrabatt wird er nicht hoffen dürfen.

¹ „How Kosovo's prime minister became America's ardent frenemy“, *Politico*, 20. Juni 2023.

² Srđjan Puhalo und Marijana Toma, „Kako mladi u Bosni i Hercegovini opažaju protekli rat?“ Danach empfinden 58 Prozent der befragten Bosniaken eine „Beleidigung meiner Nation“ als „Angriff auf mich persönlich“ und 44 Prozent meinen, man müsse „vorsichtig und zurückhaltend gegenüber Angehörigen anderer Nationen“ sein, „selbst wenn sie sich als unsere Freunde geben“.

³ Zu Dodiks politischer Karriere siehe Sead Husić, „Showdown in Bosnien“, *LMd*, November 2021.

Norbert Mappes-Niediek ist Korrespondent für Südosteuropa. Zuletzt erschien von ihm: „Krieg in Europa. Der Zerfall Jugoslawiens und der überforderte Kontinent“, Berlin (Rowohlt Berlin) 2022.

© LMD, Berlin



Kosovarische Spezialpolizei in Zvečan, Nordkosovo, 26. Mai 2023 ERKIN KEÇI/picture alliance/aa

Am 9. Mai wurde überall in Russland der Jahrestag des Sieges über Nazideutschland gefeiert, auch in Iwgorod an der Grenze zu Estland, mit Open-Air-Konzerten und Großbildleinwand. Von der estnischen Stadt Narva, auf der anderen Seite des gleichnamigen Grenzflusses, konnte man alles gut sehen.

Auf dem estnischen Ufer des Narva-Flusses schwenkte ein Mann demonstrativ die ukrainische Fahne, so dass sie vom russischen Ufer aus zu sehen war. Später ging ein Video in den sozialen Netzwerken viral, aufgenommen von den hohen Mauern der mittelalterlichen Hermannsfeste von Narva. Der Clip zeigt, wie ein Mann mittleren Alters den Demonstranten mit der Fahne angreift. „Tu die weg, tu die weg!“, schimpft der Aggressor auf Russisch und versetzt dann dem jungen Mann einen heftigen Stoß, so dass der eine niedrige Mauer hinunterfällt.

„Die meisten Umstehenden haben Partei für den Mann ergriffen, der auf mich losgegangen ist“, erzählte das Opfer des Angriffs, Daniil Kurakin, später in mehreren Interviews. Kurakin, selbst russischsprachig, ist Mitglied der estnischen NGO Avatud Vabariik („Offene Republik“), die sich für die Integration von Jugendlichen aus der russischen Minderheit einsetzt. Von dem Angriff trug er Prellungen davon, der Täter wurde zu einer Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt.

In Narva gehören 90 Prozent der Bevölkerung der russischen Minderheit an, die insgesamt ein Viertel der estnischen Bevölkerung ausmacht. Nach Angaben der offiziellen Statistikbehörde Estlands sprachen 31,5 Prozent der Einwohner:innen im Jahr 2022 zu Hause Russisch.

Am 9. Mai kam es zu einem weiteren Vorfall mit sehr viel gravierenderen Folgen: Das Stadtmuseum von Narva, das in der Festung untergebracht ist, hatte ein riesiges Plakat mit dem blutbefleckten Konterfei Putins und der Aufschrift „Kriegsverbrecher“ an die Außenmauer gehängt. Russische Grenzschutzbeamte forderten die estnische Polizei auf, das Plakat zu entfernen. Die estnischen Beamten weigerten sich.

Beide Ereignisse zeugen von der aufgeladenen Stimmung, die seit der russischen Invasion der Ukraine in Estland herrscht. Estlands Premierministerin Kaja Kallas erklärt wieder und wieder, welch existenzielle Bedeutung der Ausgang des Kriegs in der Ukraine für ihr Land hat.

Die Regierung in Tallinn gibt mehr als 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Unterstützung des ukrainischen Militärs aus, seit Kriegsbeginn sind das rund 400 Millionen Euro. Gemessen am BIP leistet das Land also weltweit einen der höchsten Beiträge zur Verteidigung der Ukraine, an zweiter Stelle hinter Lettland und noch vor Litauen.¹ Das kleine, nur 1,3 Millionen Einwohner:innen zählende Land fürchtet, selbst angegriffen zu werden; seine Verteidigung ist in höchstem Maß von der Nato abhängig.

Diese verbreitet seit Februar 2022 auf allen Kanälen die Nachricht, dass ihre Ostflanke verstärkt wird. So geschah es auch am 16. März in Tapa, einem ehemaligen sowjetischen Militärstützpunkt, 70 Kilometer südlich von Tallinn: Vor laufenden Kameras führte ein Soldat der französischen Fremdenlegion die Wendigkeit des Spähpanzers AMX-10 RC vor. Drei dieser Panzer waren – zusammen mit 18 Truppentransportfahrzeugen vom Typ Griffon – nach Estland verlegt worden. Von dem 21-jährigen Panzerfahrer schauen nur Kopf und Schultern aus seinem Gefährt, während er erklärt, seine Aufgabe sei es, „das Material zu erproben und seine Kältetauglichkeit zu testen“.



Botschaft für die andere Seite: die Hermannsfeste in Narva, 9. Mai 2023 picture alliance/ap

Angst und Wut an der Narva

Estland in Zeiten des Krieges

von Damien Lefauconnier

Der Zweck der Vorführung: Demonstrieren, dass die Nato im Falle eines russischen Angriffs sehr schnell eingreifen kann.

Estland trat 2004 der Nato bei. Nach einer Welle von Cyberattacken auf öffentliche und private Institutionen des Landes schuf die Nato 2008 in Tallinn das Exzellenzzentrum für Cyberabwehr. Nach der Annexion der Krim durch Russland 2014 begann die Nato die Präsenz an ihrer Ostflanke zu verstärken, seit 2017 sind ständig rotierende multinationale Kampfverbände in Estland, Lettland, Litauen und Polen stationiert (seit 2022 gibt es solche „Battlegroups“ auch in Ungarn, Rumänien, Bulgarien und der Slowakei).

Waffenkäufe und Fluchtpläne

Wie die beiden anderen baltischen Staaten delegiert die Regierung in Tallinn die Luftraumüberwachung an ihre Bündnispartner. „Russland verletzt unseren Luftraum fast jeden Monat“, erklärt die Unterstaatssekretärin im estnischen Verteidigungsministerium, Tuulii Duneton. Dies finde immer über Vaindloo statt, einer Insel, die etwa 20 Kilometer nördlich der Küste im Finnischen Meerbusen liegt.

Im vergangenen September erreichte der Ukraine-Konflikt die Ostsee, als die Gaspipelines Nord Stream I und II gesprengt wurden. Weder die Deutschen noch die dänischen Ermittlungen haben die Sabotageakte bisher aufgeklärt. Seither kontrolliert der estnische Küstenschutz russische Schiffe auf ihrer Fahrt durch Estlands Hoheitsgewässer. Denn die Regierung in Tallinn ist überzeugt, „dass die russische Armee zivile Schiffe zu anderen Zwecken missbraucht“, wie Duneton erklärt.

Beweise gibt es dafür nicht. Dennoch kündigte die Regierung in Tallinn im Januar 2023 an, sie wolle auf Grundlage des Internationalen Seerechts russische Schiffsladungen nicht nur in ihren Hoheitsgewässern, sondern auch in der Anschlusszone² verstärkt kontrollieren – was der russische Botschafter

in Estland als „Behinderung der freien Schifffahrt“ bezeichnete. Mit dem Beitritt Finnlands – und bald Schwedens – zur Nato wird diese an beiden Ufern des Finnischen Meerbusens vor Sankt Petersburg präsent sein.

Estland hat begonnen, massiv aufzurüsten. Die Regierung hat den Verteidigungshaushalt 2023 verdoppelt und mit 1,2 Milliarden Euro mehr Geld denn je für die Anschaffung von Artilleriegeschützen bereitgestellt. Im Dezember kaufte Tallinn für 200 Millionen Euro sechs Himars-Raketenwerfer von den USA und Anfang Mai kündigte man an, gemeinsam mit Lettland das Iris-T-SLM-Luftabwehrsystem des deutschen Unternehmens Diehl Defence erwerben zu wollen. Im Februar erklärte der estnische Verteidigungsminister Hanno Peykur, er wolle die Truppenstärke der Landstreitkräfte bis Ende 2024 von 9500 auf 20000 mehr als verdoppeln.

Junge Est:innen lernen bereits in der Schule, Russland zu fürchten; die Älteren erinnern sich noch an die Sowjetzeit. In seiner jüngeren Geschichte war das Land nur insgesamt 52 Jahre unabhängig: 1710 entritt Russland dem Königreich Schweden seine baltischen Randgebiete und behielt sie für die nächsten 200 Jahre. Nach einer kurzen Zeit der Autonomie (1920–1939) wurde Estland im Gefolge des Hitler-Stalin-Pakts von der Sowjetunion annektiert. Ab 1941 war es von der Deutschen Wehrmacht besetzt, bis 1944 die sowjetischen Truppen zurückkehrten und bis zum 20. August 1991 blieben, dem Tag, an dem Estland zum zweiten Mal seine Unabhängigkeit erklärte.

Die meisten Est:innen äußern im Gespräch ihre Angst vor einem erneuten russischen Einmarsch. Vitali Kozerski, ein 40-jähriger Designer aus Tallinn, den wir in einem Einkaufszentrum in Narva ansprechen, ist in der Ukraine geboren, sein Bruder lebt in Russland. Er sagt, er wolle eine Schusswaffe kaufen, um seine Familie im Falle eines Angriffs verteidigen zu können. Seit Februar ist es Bürgern aus Nicht-

EU- und Nicht-Nato-Staaten in Estland verboten, Schusswaffen zu besitzen. 1300 Angehörige der russischen Minderheit mussten daraufhin ihre Waffen abgeben.

„Meine Frau und ich sprechen oft darüber“, sagt Vitali. Die beiden haben eine kleine Tochter. „Wir haben uns einen Plan zurechtgelegt, wie wir innerhalb einer Stunde verschwinden können, nur mit dem Nötigsten. Das Land ist so winzig. Wenn Putin kommen will, wird er kommen. Und die Nato wird es nicht verhindern können.“

Laut Artikel 5 des Nordatlantikvertrags würden die Nato-Staaten allerdings bei einem solchen Angriff gemeinsam reagieren. Ihre Militärbudgets im Jahr 2023 sind zusammengerechnet 17-mal so hoch wie das Militärbudget Russlands; ohne die USA ist es immerhin noch das Fünffache.³

Bei den Russischsprachigen hört man diese Befürchtung seltener. Trotz des Verbots von russischen Staatsmedien in der EU seit März 2022 informieren sich viele weiterhin im Internet bei den offiziellen russischen Sendern. Und manche vertrauen noch immer Wladimir Putin.

„Warum sollte er hierher kommen?“, meint eine ältere Dame, die gerade mit zwei Einkaufstaschen aus Iwgorod zurückkehrt. Sie hat auf der russischen Seite Lebensmittel eingekauft, wo alles billiger ist. Russisch-estnische Doppelstaater:innen, die 5 Prozent der estnischen Bevölkerung ausmachen, und Inhaberinnen eines „grauen“ Passes,⁴ den etwa 6 Prozent besitzen, können weiterhin visafrei in beide Länder reisen. Unter der Bedingung, dass sie anonym bleibt, ist sie bereit ein paar Worte mit uns zu wechseln: „Ich spüre, dass es Druck gibt. Wenn ich einer Zeitung sage, was ich denke, dann werde ich zu hören bekommen, geh doch rüber nach Russland.“

Zur Verteidigung des Landes verfügt Estland zusätzlich zur regulären Armee über den sogenannten *Kaitse-liit* (Verteidigungsbund), einen militärischen Freiwilligenverband, dem fast 30 000 Zivilist:innen angehören. Er ent-

stand erstmals 1918 kurz vor dem Beginn des Unabhängigkeitskriegs, einer der Mitbegründer war der Urgroßvater der derzeitigen Premierministerin.

Roger Vinni, 40, Betreiber und Besitzer einer Autowaschanlage und Familienvater, leitet die Kaitse-liit-Einheit von Narva: „Wir trainieren einmal im Monat, mit scharfer Munition, erzählt er. „Wir sind ausgerüstet mit Sturmgewehren vom Typ R20 Rahe, Kaliber 5.56 und 7.26, und über 9-Millimeter-Maschinenpistolen.“ Vinni schätzt, dass die Anzahl der Kaitse-liit-Mitglieder seit Beginn des Ukraine-Kriegs um 20 Prozent gestiegen ist.

Am 1. April 2022, einen guten Monat nach Beginn der russischen Invasion, kündigten die drei baltischen Staaten gemeinsam einen Einfuhrstopp für russisches Gas an. Für Estland, das seinen Bedarf zu 90 Prozent aus russischen Importen deckte, war das eine drastische Entscheidung. Als Übergangslösung konnte das 2014 in Betrieb genommene Flüssiggasterminal in Klaipėda, im benachbarten Litauen, genutzt werden, über das vor allem LNG (Liquefied Natural Gas) aus Norwegen und den USA angeliefert wird. Derzeit baut Estland in aller Eile in Paldiski das erste eigene LNG-Terminal.

Im August 2022 verzeichnete Estland mit 25 Prozent die höchste Inflationsrate der Eurozone. Sie wurde hauptsächlich durch den explosionsartigen Anstieg der Energiepreise verursacht. Im Juli 2022 waren die Erdgaspreise im Vergleich zum Vorjahr um 235 Prozent und die Strompreise für Privathaushalte um 143 Prozent gestiegen. Obwohl die Inflation im April 2023 wieder auf 13,5 Prozent gedrückt werden konnte, sind Lebensmittel mit einer Preissteigerung von 23 Prozent und Wohnen mit einem Anstieg von 32 Prozent immer noch sehr teuer.⁵

Trotz der sozialen Krise konnte die Estnische Reformpartei von Premierministerin Kaja Kallas am 5. März 2023 erneut die Parlamentswahl gewinnen. Vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs konnte sie zudem ihren ehemaligen Koalitionspartner, die Estnische Zentrumspartei, ausbooten, indem sie dieser Illoyalität vorwarf; die Zentrumspartei hatte 2007 ein Kooperationsabkommen mit der russischen Regierungspartei „Einiges Russland“ geschlossen.

In Tallinn wird schon seit Längerem ein wirtschaftlich klar neoliberaler Kurs gefahren. Davon zeugt etwa der einheitliche, nicht progressive Einkommensteuersatz von 20 Prozent, auch „flat tax“ genannt. Kallas selbst wird mittlerweile auch die „eiserne Lady des Baltikums“ genannt. Sie versprach, das Haushaltsdefizit, das wohl zum Ende des Jahres 5 Prozent erreichen wird, schon 2024 wieder unter 3 Prozent zu bringen und so die Maas-tricht-Kriterien zu erfüllen. Zusätzlich zu Einschnitten bei den Sozialausgaben kündigte ihre Regierung eine Anhebung der Mehrwertsteuer an – ungeachtet der Inflation, die die Haushalte jetzt schon trifft.

¹ „Ukraine support tracker“, Institut für Weltwirtschaft Kiel, wird regelmäßig aktualisiert.

² Zone von 12 Seemeilen zwischen den Hoheitsgewässern und der Ausschließlichen Wirtschaftszone eines Landes.

³ „Sipri Military Expenditure Database“, Stockholm International Peace Research Institute.

⁴ Ausgestellt für staatenlose Personen oder Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Nach 1991 hatte die Regierung den Erwerb der estnischen Staatsangehörigkeit für im Land lebende Sowjetbürger:innen an einen Sprachtest gebunden. Viele bestanden diesen nicht oder weigerten sich, ihn abzulegen. In Lettland liegt der Anteil an Nichtbürgern sogar bei 10 Prozent; vgl. Hélène Richard, „Wie Lettland das Erbe der Sowjetunion loswerden will“, *LMd*, Dezember 2021.

⁵ Zentralbank der Republik Estland, 2023.

Aus dem Französischen von Heike Maillard



2,4 Millionen Captagon-Pillen, versteckt in einer Granatapfel fracht, Dschidda, 23. April 2021 picture alliance/abaca/balkis press

Verbotene Pille

von Clément Gibon

Vor über 60 Jahren entwickelte ein deutscher Pharmakonzern das Aufputschmittel Captagon als Medikament gegen Narkolepsie. Heute überschwemmt die Droge weite Teile des Nahen Ostens, von Irak über den Golf bis nach Marokko. Produziert wird vor allem in Syrien – ein Milliarden-geschäft für das Regime von Baschar al-Assad.

Die Pillen sind versteckt in Obstkisten, in Töpferwaren, in Hummusdosen, in Pralinen- oder Lokumschachteln, manchmal sogar in den Därmen lebender Schafe. Jedes Jahr werden an Grenzübergängen im Nahen Osten mehrere tausend Kilogramm der Droge Captagon, ein synthetisches Psychopharmakon, beschlagnahmt. Mindestens 3 Millionen Pillen, verborgen in Apfelkisten, hatten die irakischen Behörden allein im März am Übergang zwischen der syrischen Provinz Deir Ezzor und der Wüstenregion Anbar im Westirak sichergestellt.

Einige Wochen später verkündete Saudi-Arabien, man habe 8 Millionen Pillen beschlagnahmt, dazu gab es ein Foto von den verhafteten Schmugglern in Handschellen vor einem Berg Tabletten.¹ Im Jahr 2020, schätzt die Washingtoner Denkfabrik New Lines Institute for Strategy and Policy, wurden im illegalen Captagon-Handel 3,5 Milliarden US-Dollar erzielt. 2021 soll der Umsatz bereits auf 5,7 Milliarden gestiegen sein.²

Der Großteil des Handels konzentriert sich auf die Länder des Nahen Ostens und die Golfmonarchien. Auch im Maghreb wird gelegentlich Captagon beschlagnahmt. Im November 2022 meldete die marokkanische Polizei die Beschlagnahmung von 2 Millionen Pillen aus dem Libanon. Ein Teil davon sollte in westafrikanische Länder weitergeleitet werden.

Der Captagon-Handel ist auch deswegen so attraktiv, weil die Droge mit wenigen Mitteln billig synthetisiert werden kann. Entsprechend hoch sind die Gewinnmargen: Eine einzige Tablette, die in der Herstellung nur weni-

ge Dollarcent kostet, wird in Saudi-Arabien oder in den Emiraten für 20 US-Dollar verkauft. Die Wirkung einer Dosis kann bis zu vier Tage anhalten.

Die Droge ist zwar verboten, aber weniger tabuisiert als andere Rauschmittel. Viele Konsumenten ordnen sie nicht in dieselbe Kategorie ein wie den im Islam geächteten Alkohol oder Cannabis, Kokain und Heroin. Captagon sei in den Golfmonarchien sehr beliebt, erklärt Caroline Rose, die beim New Lines Institute das Projekt zum Captagon-Handel leitet. „Eine wichtige Rolle spielt dabei, dass die Droge die Leistungsfähigkeit steigern kann, etwa bei der Vorbereitung auf Prüfungen.“

Captagon wurde ab 1961 von dem deutschen Pharmaunternehmen Degussa als Medikament gegen Narkolepsie und das Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom ADHS vermarktet. Hinter dem Handelsnamen verbirgt sich der synthetische Wirkstoff Fenetyllin aus der Familie der sogenannten Weckamine. Schon bald wurde die Pille jenseits der Medizin als Aufputschmittel und Partydroge konsumiert. 1986 listete das UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) Fenetyllin erstmals als gefährliche Substanz mit hohem Suchtrisiko.

Weniger tabuisiert als Alkohol

In den darauffolgenden Jahren wurden die meisten Captagon-Bestände in Westeuropa vernichtet, und der illegale Handel verlagerte sich nach Südosteuropa, vor allem nach Bulgarien und in die Türkei, wo nun auch produziert wurde. Anfangs hätten die Drogenhändler noch auf die vorhandenen Bestände zurückgegriffen, berichtet Laurent Laniel von der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA). Doch als die aufgebraucht waren, habe man das Fenetyllin durch Amphetaminsulfat ersetzt. „Captagon hat also seinen Namen behalten, aber seine chemische Formel wurde völlig verändert“, erklärt der Wissenschaftler.

Ende der 1990er Jahre wurden Bulgarien und die Türkei offiziell EU-Beitrittskandidaten, und es wurde enger für die Drogenhändler in Südosteuropa. Nach und nach verlagerte sich die illegale Captagon-Produktion in den

Nahen Osten. Heute wird die Droge hauptsächlich im Libanon und in Syrien hergestellt.

Im Libanon wurden bereits Anfang der 2000er Jahre Captagon-Labore entdeckt. In der Bekaa-Ebene entlang der durchlässigen Grenze zu Syrien soll es besonders viele kleine, mobile Labore geben. Nach jeder Razzia verlagert sich die Produktion kurzfristig nach Syrien, berichtet Rose. Doch wenn der Druck nachlässt, kämen die Hersteller wieder zurück. Immer wieder kommt es zu Zusammenstößen zwischen der libanesischen Armee und der Captagon-Mafia, die vor dem Gebrauch von Schusswaffen nicht zurückschreckt. Im Februar kamen drei Soldaten bei einer Razzia im Dorf Haour Talaa ums Leben.³

Der Drogenhandel führt zu diplomatischen Spannungen zwischen Beirut und den Golfmonarchien. Nachdem Saudi-Arabien im Juni 2021 die Einfuhr von Obst und Gemüse aus dem Libanon verboten hatte, wichen die Schmuggler auf andere Routen und Verstecke aus. Im April fanden die libanesischen Sicherheitskräfte rund 10 Millionen Pillen im Hafen von Tripoli – versteckt in einer Gummilieferung, die für den Senegal und Saudi-Arabien bestimmt war.

Der Großteil der Captagon-Produktion liegt laut Rose allerdings nicht im Libanon, sondern in Syrien, wo die Labore regelrechte „Fabriken“ seien. Die Herstellung „im industriellen Maßstab“ findet an mindestens 15 Standorten statt. Die meisten davon befinden sich an der syrischen Küste, die vom Assad-Regime kontrolliert wird. Aber auch in den Provinzen Damaskus, Aleppo und Homs gibt es Captagon-Labore. Und natürlich in den Grenzgebieten zum Libanon, zu Jordanien und zum Irak, von wo die Droge auf dem Landweg exportiert wird.

Das Assad-Regime regiert mit eiserner Hand in den von ihm kontrollierten Regionen. Folglich ist die Captagon-Produktion nur möglich, weil sie von oberster Stelle toleriert wird. Der syrische Diktator ist immer noch weitgehend diplomatisch isoliert. Syrien wird vom Westen sanktioniert und bis vor kurzem waren die Beziehungen zur Türkei und zum Irak äußerst angespannt. Mittlerweile wird Assad vorgeworfen, sein Land zum Narcostaat entwickelt zu haben.

Es gibt Hinweise, dass Maher al-Assad, der Bruder des Präsidenten und De-facto-Chef einer Eliteeinheit, der 4. Division, eine zentrale Rolle im Captagon-Handel spielt. „Die 4. Division beaufsichtigt eine Reihe von Industrieanlagen zur Herstellung von Captagon, die hauptsächlich in den vom Regime kontrollierten Gebieten liegen“, berichtet Rose. Zudem habe die Einheit ihre Präsenz entlang der südlichen Grenze zu Jordanien und zum Libanon verstärkt.

Narcostaat Syrien?

Thomas Pietschmann, Forscher im UNODC, rät zur Zurückhaltung, wenn es darum geht Schuldige zu benennen: „Es ist ein *blame game*, das alle Akteure im Hinblick auf ihre politische Agenda betreiben. Manche behaupten, dass das syrische Regime das Captagon produziert, andere beschuldigen Rebellengruppen oder Dschihadisten.“ Unbestreitbar ist jedoch, dass die Droge im Libanon und in Syrien genauso konsumiert wird wie in den Nachbarländern.

Im Dezember 2022 verabschiedeten die USA ein Gesetz, das den Captagon-Handel als „transnationale Bedrohung für die Sicherheit“ der USA bezeichnet. Laut James French Hill, einem republikanischen Kongressabgeordneten, der den Entwurf im Dezember 2021 einbrachte, soll der „Captagon Act“ vor allem dazu dienen, die Netzwerke der Drogenproduzenten, die mit dem syrischen Regime in Verbindung stehen, zu stören und zu zerschlagen.

„Wir haben zusammen mit unseren Verbündeten und Partnern eine Strategie entwickelt. Und wir denken, dass sie die öffentliche Gesundheit in der Region verbessern, die illegale Finanzierung des Assad-Regimes erschweren und die Stabilität in der Region stärken wird“, meint Hill. Am 28. März verkündeten die USA und Großbritannien Sanktionen gegen Personen, die am Captagon-Handel beteiligt sind.

Die britische Regierung veröffentlichte Zahlen, die von einem Volumen von bis zu 57 Milliarden US-Dollar ausgehen⁴ – was dem Zehnfachen der üblichen Schätzungen für den Captagon-Markt im Nahen Osten entsprechen würde. Experten halten diese Summe allerdings für absurd und un-

terstellen, dass der Regierung in London ein Kommafehler unterlaufen sein könnte.⁵

Auf der Sanktionsliste stehen hochrangige Beamte des syrischen Regimes, mächtige Geschäftsleute, Milizenführer, enge Vertraute von Baschar al-Assad sowie Mitglieder der libanesischen Hisbollah. Letzterer wird vorgeworfen, sie stelle ihre militärischen und logistischen Kapazitäten für den Schutz von Produktionsstätten und den Transport der Ware zur Verfügung.

Der Experte Laniel geht davon aus, dass das Captagon-Netzwerk weit über den syrischen Staat hinausgeht: „Es fällt mir schwer zu glauben, dass der syrische Staat allein, ohne die Hilfe Dritter, tonnenweise Captagon herstellen und ausliefern kann. Die Risiken für die Schmuggler sind beträchtlich, in Saudi-Arabien etwa droht ihnen die Todesstrafe. Betrachtet man das Ausmaß des Captagon-Handels, gibt es mit Sicherheit ein etabliertes Netz in den Golfstaaten, mit lokalen Akteuren, die die Ware übernehmen.“

Offenbar sind die Golfstaaten fest entschlossen, zu verhindern, dass sich Captagon endgültig als Alltagsdroge etabliert – wie etwa das Rauschmittel Kat im Jemen. Laut einem unveröffentlichten UNODC-Dokument stieg die Anzahl der Razzien, bei denen in der Golfregion Captagon beschlagnahmt wurde, zwischen 2020 und 2022 von 80 auf 513.

Die Frage ist auch, ob sich die Normalisierung der Beziehungen zwischen Syrien und den übrigen Mitgliedern der Arabischen Liga auf den Captagon-Handel auswirken wird. Assad könnte sich gezwungen sehen, den Handel zu bremsen, um seine Nachbarn zufriedenzustellen.

Auf dem Gipfeltreffen vom 19. Mai im saudischen Dschidda ist Syrien nach zwölf Jahren offiziell in die Arabische Liga zurückgekehrt. Zugleich intensivierten sich die diplomatischen Kontakte zwischen dem Assad-Regime und den Golfmonarchien, mit Ausnahme von Katar. Die Captagon-Frage war bereits Thema zwischen Riad und Damaskus, nachdem Maher al-Assad im März in Saudi-Arabien gewesen war. Saudische Diplomaten bestätigten, dass auch auf dem Gipfel der Arabischen Liga über den Captagon-Handel gesprochen wurde.

Riad dementierte allerdings die von Presseagenturen verbreitete Meldung, Saudi-Arabien habe Damaskus 4 Milliarden US-Dollar angeboten, um die Produktion der Droge vollständig zu stoppen oder zumindest die Lieferungen auf die Arabische Halbinsel zu unterbinden.⁶ Die kommenden Monate dürften einen Hinweis darauf liefern, ob und wie die Rückkehr des Assad-Regimes auf die regionale politische Bühne den Captagon-Handel beeinflussen wird.

Weil die Golfstaaten Warenimporte aus dem Libanon oder Syrien immer schärfer kontrollieren, wird Captagon mittlerweile schon über asiatische, afrikanische oder europäische Transitländer transportiert. Mehrere Frachten wurden in Griechenland und auch in Italien beschlagnahmt. Immer mehr Captagon-Pillen werden offenbar auch über die Nachbarländer Syriens und Libanons exportiert. Auch dort – vor allem in Jordanien – steigt der Konsum.

¹ Adam Lucente, „Saudi Arabia seizes 8 million Captagon pills as it courts Syria's Assad to clamp down“, *Al-Monitor*, 10. Mai 2023.

² Caroline Rose und Alexander Söderholm, „The Captagon threat: a profile of illicit trade, consumption, and regional realities“, New Lines Institute for strategy and policy, Washington, D. C., 5. April 2022.

³ Loyal Dagher, „Three soldiers killed in Bekaa during raid on drug traffickers“, *L'Orient Today*, 16. Februar 2023.

⁴ „Tackling the illicit drug trade fuelling Assad's war machine“, Pressemitteilung des Foreign, Commonwealth and Development Office, London, 28. März 2023.

⁵ Siehe Mustafa Abu Sneh, „Why does the UK think Syria has a \$57bn captagon industry?“, *Middle East Eye* (MEE), 31. März 2023.

⁶ Maya Gebel, „Arabs bring Syria's Assad back into fold but want action on drugs trade“, *Reuters*, 10. Mai 2023.

Aus dem Französischen von Jakob Farah

Das Ergebnis der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der Türkei war für die Opposition ein ungeheurer Schock. Aber es enthielt auch eine dramatische Warnung an die Regierung. Bei der Stichwahl vom 28. Mai konnte Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan mit knapp 52 Prozent der Stimmen sein Amt gegen den Herausforderer Kemal Kılıçdaroğlu verteidigen; zwei Wochen zuvor hatte sein Wahlbündnis aus rechtskonservativen, rechtsradikalen und islamistischen Parteien die absolute Mehrheit im Parlament behauptet.

Die Opposition war sich ihres Sieges sicher gewesen. Jetzt steht sie vor einem Scherbenhaufen. Wie nur konnte Erdoğan bei einer solchen Bilanz die Wahl gewinnen? Es herrscht eine schwere Wirtschaftskrise, die einen Großteil der Bevölkerung in Armut gestürzt hat.¹ Er ist verantwortlich für das Missmanagement in Wohnungsbau und Katastrophenhilfe und trägt damit eine Mitschuld an den über 44 000 Todesopfern des verheerenden Erdbebens vom Februar 2023. Und gescheitert sind seine hochtrabenden Pläne, nach denen die Türkei 2023, im hundertsten Jubiläumjahr der Republik, zu den zehn größten Volkswirtschaften der Welt gehören sollte. Zurzeit liegt sie auf Rang 19.

Dennoch war Erdoğan's Strategie einer erbarmungslosen Polarisierung der Bevölkerung erneut erfolgreicher als die Wahlkampfakt der Opposition, die sich stärker auf Sachfragen konzentrierte. Der Präsident zeigt in jeglichen Reden und durch sein Handeln,

mehr Transparenz und gegen Korruption reiche aus, um die tiefen ideologischen und kulturellen Gräben zuzuschütten, die innerhalb der Bevölkerung wie zwischen den Oppositionsparteien verlaufen. Nach ihrer krachenden Wahlniederlage ziehen sich die früheren Bündnispartner in die sicheren Bastionen der jeweils eigenen Ideologie zurück.

Bei der größten Oppositionspartei, der Republikanischen Volkspartei (CHP), will eine starke Strömung zurück zu einer säkularistischen und linksnationalen Politik. Und bei der rechtsnationalen Guten Partei (İyi) gebärdete sich die Vorsitzende Meral Akşener seit der Wahl genauso radikal wie die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), Erdoğan's engste Verbündete. Mit dieser Taktik will Akşener ihre Partei zusammenhalten und Vorsitzende bleiben.

Auch die zwei kleinen proislamischen Parteien des zerfallenen Bündnisses, Zukunft (Gelecek) und Glückseligkeit (Saadet), besinnen sich auf ihre Wurzeln. Obwohl ihre Abgeordneten nur über die Listen der säkularen CHP ins Parlament kamen, wollen sie eine eigene religiös-konservative Fraktion gründen. Und auch die prokurdische Partei HDP, die zur Wahl von Kılıçdaroğlu aufgerufen hatte, will wieder eigene Wege gehen. Alle Politiker der Opposition haben dabei eines gemeinsam: Sie suchen die Schuld stets bei anderen, bei den früheren Bündnispartnern oder auch innerhalb der eigenen Partei.

Trotz seines Siegs hat der Wahlausgang das Regierungslager nervös ge-

stättet, der im Wahlkampf dem Regierungslager zehnmal mehr Sendezeit eingeräumt hat als den Parteien der Opposition. Aber auch 80 Prozent aller privaten Fernsehsender und Tageszeitungen sind eindeutig regierungsnah. Unabhängige Medien müssen ums Überleben kämpfen, weil die Regierung ihre Anzeigenkunden unter Druck setzt.

Wer die Gerichte, den Hohen Wahlrat und den größten Teil der Medien kontrolliert, für den ist es ein Leichtes, den Gegner mit Fake News und unbewiesenen Behauptungen in die Enge zu treiben. In den letzten beiden Wochen vor der Wahl wurde bei allen Reden Erdoğan's auf einer Riesenleinwand ein Fake-Video gezeigt. Darin zu sehen: die Chefs der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), wie sie in den Wahlkampfsong von Erdoğan's Herausforderer Kılıçdaroğlu einstimmten.

Die Szene beweise, so Erdoğan, dass die Opposition unter Führung der CHP gemeinsam Sache mit Terroristen mache. Das Staatsfernsehen sendete das Machwerk in Endlosschleife, um noch unentschlossene Wählergruppen zu beeinflussen. Weder der Hohe Wahlrat, noch die staatliche Medienaufsicht, noch die Gerichte schritten ein.

Trotz seiner geballten Macht und all seiner Manipulationsmöglichkeiten hat Erdoğan die Wahl nur denkbar knapp gewonnen. Genau das erklärt die Besorgnis im Regierungslager. Zumal der Zustand der AKP erhebliche Zweifel aufkommen lässt, dass ihm das Kunststück ein weiteres Mal gelingen kann. Denn Erdoğan's Partei verliert seit Jahren in der Wählergunst.

ger noch mehr Akteure unter einen Hut bekommen.

Eine der kleinen, islamistischen Parteien, die Neue Wohlfahrtspartei (YRP), spricht vornehmlich traditionell lebende Türken an. Ihr Markenzeichen ist eine extrem konservative Familienpolitik. Für die Unterstützung Erdoğan's hat die YRP die Zusage erhalten, dass das Zivilgesetzbuch bei Unterhaltsfragen zum Nachteil der Frauen geändert wird und die Türkei aus internationalen Konventionen austritt, die den türkischen „nationalen und geistig-sittlichen Werten“ widersprechen.

Erdoğan's zweiter islamistischer Bündnispartner ist die kurdische Partei der freien Sache (Hür Dava Partisi), deren Programm an der Abkürzung Hüda Par (Partei Gottes) abzulesen ist. Der Name erinnert an die kurdische Terrorgruppe Hizbullah (Partei Gottes auf Arabisch), die in den 1990er Jahren im mehrheitlich kurdisch besiedelten Südosten der Türkei zahlreiche politische Morde verübte.²

Der türkische Staat drückte damals jahrelang beide Augen zu, bevor er mit dem Spuk aufräumte. Denn die kurdische Hizbullah kämpfte nicht gegen den türkischen Staat, vielmehr suchte sie ihre Opfer unter linken, säkularen Kurden und PKK-Kämpfern. Mit ihrer islamistischen Orientierung und Symbolik tritt die Hüda Par wie die legale Fortsetzung der früheren Terrortruppe auf. Doch anders als diese verfolgt sie zugleich eine klare pro-kurdische Agenda: Sie fordert die Anerkennung von Kurdisch als zweite Amtssprache, Schulunterricht auf Kurdisch sowie eine neue Verfassung, die keinen Bezug

tritt, als Agent des Auslands betrachtet und des Landesverrats verdächtig.

Bereits im Wahlkampf hat Erdoğan Stimmung gegen die LGBTQ+-Community gemacht – und sie in einem Atemzug mit linken, kurdischen und religiösen Gruppen genannt, die auf der türkischen Terrorliste stehen. Im Juni wurde in Istanbul und Izmir die Pride Parade verboten; und im Istanbul Stadtbezirk Kadıköy nahm die Polizei sogar die Besucher einer nichtöffentlichen Filmvorführung fest.

Ganz offensichtlich will Erdoğan seine zunehmend diverse politische Front dadurch zusammen halten, dass er sie gegen den gemeinsamen Feind, die LGBTQ+-Community, in Stellung bringt. Für den „Schutz der türkischen Familie“, zum Kampf gegen „die Perversität“ und zur „Abwehr westlicher, imperialistischer Kultur“ lassen sich weit über die Parteigrenzen hinweg konservative und nationalistische Wähler mobilisieren. Laut Medienberichten will Erdoğan schon im Oktober dem Parlament eine Verfassungsänderung vorschlagen. Sie soll den Begriff „Familie“ als Ehe zwischen Mann und Frau definieren und das Recht der Frauen auf Verschleierung festschreiben, womit ein Kernelement konservativer Sittlichkeit Verfassungsrang erhalten würden.

Der Zeitpunkt wäre günstig. Im März 2024 stehen Kommunalwahlen an. Die AKP wird alles daran setzen, die Rathäuser von Ankara, Istanbul und anderen Metropolen zu erobern, die sie vor fünf Jahren an die Opposition verloren hat. Sollte die Regierung die Kommunalwahlen und das Verfas-

Böses Erwachen in der Türkei

von Günter Seufert

dass für ihn die türkische Nation allein durch den frommen Teil der Bevölkerung verkörpert wird. Forderungen anderer Gruppen – ob Kurden, religiöse Minderheiten oder religiös indifferente Bürgerinnen und Bürger – nach Gleichberechtigung, politischer Teilhabe und dem Recht auf Differenz werden als Gefahr für den Bestand der türkischen Nation und ihres Staats denunziert.

Gegen diese extrem ausgrenzende Politik der Regierung brachte die Opposition ein Bündnis aus linkssäkularer, rechtsnationaler und proislamischer Parteien zustande, das sich auf die Hauptziele einer Redemokratisierung, einer verlässlichen Wirtschaftspolitik und der erneuten Hinwendung zur EU verständigte. Eine solche identitätsübergreifende Strategie war eine große Hoffnung, aber auch Neuland für die türkische Politik. Denn die ist seit Jahrzehnten von ethnisch-türkischem Nationalismus sowie vom Streit um Säkularismus und Islam geprägt.

Eine solche Politik des Ausgleichs steht in der Türkei jedoch auf tönernen Füßen. Das zeigte sich, als das Bündnis der Gegner Erdoğan's gleich nach der Wahl wie ein Kartenhaus in sich zusammenfiel. Damit zerbrach auch die Hoffnung, der gemeinsame Einsatz für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für funktionierende Institu-

tionen, mehr Transparenz und gegen Korruption reiche aus, um die tiefen ideologischen und kulturellen Gräben zuzuschütten, die innerhalb der Bevölkerung wie zwischen den Oppositionsparteien verlaufen. Nach ihrer krachenden Wahlniederlage ziehen sich die früheren Bündnispartner in die sicheren Bastionen der jeweils eigenen Ideologie zurück.

Über den Istanbul Bürgermeister Ekrem İmamoğlu, den populärsten Politiker der Opposition, haben Erdoğan's Richter bereits das Damoklesschwert des Politikverbots gehängt. Und sein Innenminister jagte reihenweise kurdische Bürgermeister und Stadträte aus dem Amt und ersetzt sie durch staatliche Beamte. Der Präsident entlässt und ernannt den Präsidenten der Zentralbank und reguliert damit den Geldfluss im eigenen Interesse. Auch der Direktor des Statistischen Amtes ist von der Gunst des Präsidenten abhängig. Er kann sich seines Postens nur sicher sein, wenn er die Inflationszahlen beschönigt.

Die staatliche Religionsbehörde, die alle Imame und Prediger besoldet, ist ohnehin in der Hand von Erdoğan's AKP. Und das gilt erst recht für den

Im Mai 2023 blieb die AKP mit 35,6 Prozent der Stimmen um knapp 7 Prozentpunkte hinter ihrem Ergebnis vom Juni 2018 zurück. Dabei hatte die Partei bei den Wahlen vom November 2015 mit 49,5 Prozent noch fast jede zweite Stimme geholt. Schon 2018 kam die AKP nur mit der Hilfe der rechtsradikalen MHP auf eine absolute parlamentarische Mehrheit; jetzt braucht sie dafür nicht nur die MHP, sondern auch noch die Abgeordneten von zwei kleinen, radikalislamistischen Parteien, die Erdoğan noch kurz vor der Wahl in sein Bündnis integriert hatte.

Das war ein äußerst kluger Schachzug. Denn damit bot sich konservativen Wählerinnen und Wählern, die der AKP die Gefolgschaft versagten, eine politische Alternative in den eigenen Reihen an. So konnte Erdoğan verhindern, dass sich der Unmut über die Teuerung und die Korruption, die auch unter den Frommen im Land herrscht, in Stimmen für die Opposition verwandelte.

Der Erfolg dieser Taktik zeigte sich in den AKP-Hochburgen in Zentralanatolien und am Schwarzen Meer, wo die Partei zwar massiv an Stimmen verlor, die Opposition jedoch nur marginal dazu gewann. Damit konnte der Präsident verhindern, dass die Schwäche seiner Partei seine eigene Stellung gefährdet. Freilich muss er jetzt im Regierungslager

mehr auf ethnisch-türkischen Nationalismus nimmt.

Für die MHP, den wichtigsten Partner Erdoğan's, müssen solche Forderungen ein politischer Gräuel sein. Jedoch gibt es im Regierungslager einen gemeinsamen Nenner, und Erdoğan ist fest entschlossen, ihn zu nutzen. Die Gefolgschaft des neuen und alten Präsidenten eint ihre Begeisterung für das, was sie die „nationalen und geistig-sittlichen Werte“ der türkischen Gesellschaft nennen.

Sie alle begrüßten den Austritt der Türkei aus der Konvention des Europarats zum Schutz der Frauen vor Gewalt und häuslicher Gewalt.³ Sie alle teilen die Meinung Erdoğan's, das Übereinkommen fördere „die Homosexualität“, indem es nicht nur die Frauen, sondern auch die sexuelle Orientierung schützt. Damit werde das Fundament von Staat und Nation – die Familie – untergraben.

Im Übrigen glaubt die gesamte Erdoğan-Gemeinde, dass jeder kulturelle Einfluss des Westens das Werk von global agierenden Lobbygruppen, Imperialisten, Kolonialisten und anderen Feinden der Türkei sei. Dementsprechend wird jeder Türke und jede Türkin – ebenso wie eine politische Partei –, der oder die für die Rechte von Frauen und von Homosexuellen ein-

sungsreferendum am selben Tag abhalten, würde die Wahl der Bürgermeister zur Abstimmung über die traditionelle Sittlichkeit im Lande Erdoğan's.

Wenn die innenpolitische Entwicklung in diese Richtung geht, wird das die Beziehungen der Türkei insbesondere zu Westeuropa vergiften – nicht aber unbedingt zu allen EU-Staaten. Wenn Erdoğan – statt auf einen kruden Islamismus zu setzen – den Angriff einer westlichen-imperialistischen Kultur auf den gesunden Volkskörper nichtwestlicher Nationen geißelt, ist ein solcher Diskurs auf internationaler Ebene durchaus anschlussfähig. Schon heute stößt diese Politik Erdoğan's in Polen und in Ungarn, in Russland und am Golf, aber auch in vielen Staaten Afrikas auf große Sympathien.

¹ Das Pro-Kopf-Einkommen liegt heute um circa 20 Prozent niedriger als vor zehn Jahren. Siehe die Website Macrotrends.net, Zugriff am 29. Juni 2023.

² Siehe Adnan Çelik, „Hizbullah und Staatsraison, gestern und heute“ (auf Türkisch), *Bir artı Bir*, 24. Juni 2023.

³ Die sogenannte Istanbul-Konvention wurde am 11. Mai 2011 von 13 Mitgliedstaaten des Europarats unterzeichnet, zu denen auch die Türkei gehörte, die jedoch 2021 wieder ausgetreten ist.



Erdoğan bei seiner Vereidigung am 3. Juni picture alliance/newscom/Turkish President Press Office

Südkoreanische Szenen

Unterwegs im Wunderland des Kapitalismus

von Renaud Lambert

Wenn jemand in Südkorea die Werte liberaler westlicher Demokratien infrage stellt, heißt es oft: „Geh doch nach drüben!“ Im Norden werde man dann schon sehen, was es heißt, in einer rückständigen Diktatur zu leben, wo immer noch Menschen hungern.

Auch Südkorea war einmal sehr arm. In den 1950er Jahren gehörte es sogar zu den ärmsten Ländern der Welt. Heute ist das Hightech-Land eine der großen Wirtschaftsmächte. Im Bloomberg Innovation Index stand es von 2014 und 2020 siebenmal an der Spitze.¹

Doch Südkorea hat zwei Gesichter: Es ist einerseits ein Liebling der Medien, berühmt für seinen K-Pop, wegen dem Jugendliche auf der ganzen Welt Koreanisch lernen;² auf der anderen Seite Zustände, die im Land unter dem Begriff „Joseon-Hölle“ zusammengefasst werden – in Anspielung auf die Dynastie, die auf der Halbinsel von 1392 bis 1910 herrschte.

Seoul, 6.27 Uhr in der U-Bahn: Von den fünf Fahrgästen zu meiner Linken schlafen drei tief und fest, das Gesicht in die Hand gestützt oder den Kopf rückwärts ans Fenster gelehnt oder nach vorn zusammengesunken. In den Sitzen gegenüber das gleiche Bild. Keine Erschütterung stört sie, kein Halt weckt die Schläfer auf. Zu groß ist die Erschöpfung, die sicherlich nicht von einer leidenschaftlichen Liebesnacht herrührt: Laut einer Studie von 2021 hatte jeder dritte Hauptstadtbewohner seit mehr als einem Jahr keinen Sex.³

Koreaner:innen arbeiten durchschnittlich 1910 Stunden im Jahr – der OECD-Durchschnitt lag 2022 bei 1752 Stunden.⁴ Es gibt mittlerweile sogar ein eigenes Wort für den Tod durch Überlastung: *gwarosa*. Doch der Staatspräsident Yoon Suk-yeol ist der Meinung, dass man in Korea immer noch mehr arbeiten könnte. Er würde gern die heute erlaubten maximal 52 Wochenarbeitsstunden auf 69 ausdehnen: „Die Angestellten sollten 120 Stunden in der Woche arbeiten dürfen, danach ruhen sie sich halt aus“, erklärte er letztes Jahr im Wahlkampf.⁵

„Wenn sich Angestellte weigern zu arbeiten, können die Unternehmen die Nachfrage einfach nicht befriedigen“, klagt auch Kim Ki-moon, Präsident des Verbands der kleinen und mittleren Unternehmen Südkoreas.⁶ Die meisten Betriebe zahlen nur eine fixe Überstundenpauschale, unabhängig davon, wie viele Stunden jemand tatsächlich gearbeitet hat.

Längere Arbeitszeiten, das ist allen klar, werden sicher nicht mit einer spürbaren Erhöhung der Gehälter einhergehen. Und dass der Urlaub länger werden könnte, wenn die Wochenarbeitszeit höher ist, wie die Regierung behauptet, glaubt auch kaum jemand. Ohnehin lassen 60 Prozent der Koreaner:innen ihre Urlaubstage regelmäßig verfallen – meist aus Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren.⁷ Eine der häufigsten Forderungen der koreanischen Arbeiterbewegung lautet: „Lasst uns schlafen!“

Die Geschichte des Flugbegleiters Park Chang-jin hat Schlagzeilen gemacht, aber, so sagte er, sie sei nur eine unter vielen: „Wie viele erleben das Gleiche, ohne dass man je davon hört?“ Im Dezember 2014 war er Kabinenchef auf einem Flug der Korean Air von New York nach Seoul. Während das Flugzeug zur Startbahn rollte, hörte er Geschrei. Eine Passagierin der ersten Klasse beschimpfte eine Stewardess, weil sie fand, die Nüsse, die sie ihr gebracht hatte, müssten auf einem Teller serviert werden, nicht in der Verpackung.

Park kam der Stewardess zur Hilfe und erklärte der aufgebracht Kundin, dass die Fluggesellschaften aus hygienischen Gründen dazu verpflichtet seien, Snacks eingepackt zu servieren. Doch die Frau gab keine Ruhe. Schließlich gab sie sich als Cho Hyun-ah, Tochter des Konzernchefs, zu erkennen. Sie verlangte von Park und der Stewardess zur Entschuldigung einen Kniefall, was die beiden tatsächlich befolgten. Aber das reichte ihr immer noch nicht. Sie erzwang, dass das Flugzeug umkehrte und Park durch einen anderen Kabinenchef ersetzt wurde.

Später wurde Frau Cho wegen des Verstoßes gegen das Luftsicherheitsgesetz zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Doch Park wurde nach dieser Geschichte an seinem Arbeitsplatz so syste-

matisch gemobbt, dass er nach ein paar Jahren kündigen musste. „Meine Geschichte verrät einiges darüber, wie die koreanische Gesellschaft und insbesondere die Wirtschaftselite tickt“, beendet er seinen Bericht.

Es ist eine Demonstration, wie sie überall stattfinden könnte – nur dass die Protestierenden, anders als überall sonst auf der Welt, darauf achten, dass die unbeteiligten Fußgänger ungehindert die Straße überqueren können. Der Protest richtet sich gegen die geplante Erhöhung der maximalen Wochenarbeitszeit auf 69 Stunden. Neben der Rednerbühne steht ein Polizeitransporter, auf dessen Ladefläche ein riesiger Monitor die Dezibel des Verstärkers anzeigt: 85,9; 81,2; 92,7 und so weiter. Bis zu 95 Dezibel sind erlaubt. Verstöße können mit Haftstrafen von bis zu sechs Monaten bestraft werden.

Im Juni 2022 streikten Arbeiter verschiedener Subunternehmen auf einer Werft von Daewoo, einem der größten koreanischen Konzerne. Sie protestierten gegen die Lohnkürzung um 30 Prozent während der Pandemie. In Korea gilt mehr als die Hälfte der Arbeitskräfte als „irregulär“: prekär Beschäftigte, Scheinselbstständige, Papierlose (meist aus Südostasien und auf Werften besonders zahlreich) und solche, die für Subunternehmer arbeiten und von den Sozialversicherungsleistungen der großen Konzern ausgeschlossen sind.

Die Konzernleitung von Daewoo ging äußerst brutal gegen die Streikenden vor, die die

Diesmal wählte der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der irregulär Beschäftigten in der Daewoo-Werft eine andere Protestform, deren lebensgefährlicher körperlicher Einsatz eine gewisse Tradition in koreanischen Arbeitskämpfen hat: Er ließ einen Käfig von einem Kubikmeter Größe schweißen und sich darin im Rumpf eines Supertankers einschließen.

Wie zu erwarten, setzte das Unternehmen die regulär Beschäftigten unter Druck, sich von den Prekären zu distanzieren, deren Forderungen das gesamte Unternehmen gefährden würden. Das Argument wog schwer, denn die staatliche Koreanische Entwicklungsbank hatte angekündigt, sie werde von Daewoo die Rückzahlung aller Kredite verlangen, sollte der Streik nicht umgehend beendet werden.

Die Arbeiter, die einen Ausgleich für die 30 Prozent Lohnverlust verlangt hatten, gaben sich schließlich mit einer Gehaltserhöhung von 4,5 Prozent und dem Versprechen zufrieden, es werde irgendwann eine Diskussion über das Subunternehmenssystem geben.

Das Unternehmen klagte gegen sechs Gewerkschaftsführer und verlangte, sie sollten aus eigener Tasche die Verluste von 47 Milliarden Won (etwa 33 Millionen Euro) erstatten, die durch diverse Produktionsverzögerungen entstanden seien. Die Beklagten beziehen den monatlichen Mindestlohn von ungefähr 2 Millionen Won (1400 Euro). Die Entscheidung des Arbeitsgerichts über die Rechtmäßigkeit der Unternehmensklage steht noch aus. „Wahrschein-

lich mit der Dauer der Betriebszugehörigkeit steigt. Nun erlaubt der Staat den Unternehmen jedoch, die Gehälter älterer Mitarbeiter:innen zu reduzieren, angeblich, um die Einstellung von jüngeren Leuten zu fördern. Dadurch sinkt in den letzten, für die Berechnung der Rente entscheidenden Arbeitsjahren der Lohn um bis zu einem Drittel. Die Folge: Mehr als die Hälfte der Armen in Korea ist über 65 Jahre alt.⁹

Die Selbstmordrate bei den über 80-Jährigen liegt bei erschreckenden 61,3 pro 100 000 Personen. (In Deutschland war diese Rate 2022 nur halb so hoch). Besonders gefährdet sind ältere Männer, die nicht arbeiten. Die Regierung hat darauf inzwischen mit einer merkwürdigen Kampagne reagiert: Auf einem Transparent, das am Rathaus des Stadtbezirks Seong-buk in Seoul hängt, werden die Menschen aufgefordert: „Wenn Sie einen alleinstehenden Mann über 50 kennen, informieren Sie Ihre Stadtverwaltung.“

Südkorea pflegt sehr enge Beziehungen zu den USA. Mehrere Regierungsmitglieder haben dort ihre akademische Ausbildung abgeschlossen: Kim Sung-han, bis März 2023 Sicherheitsberater von Präsident Yoon, und der Stellvertreter für nationale Sicherheit, Kim Tae-hyo, haben in den USA Dokortitel in Politikwissenschaften erworben, der eine in Texas, der andere in Chicago; Wang Yun-jong, präsidentialer Sekretär für Wirtschaftssicherheit, hat in Yale promoviert, und der Minister für Vereinigung, Kwon Young-se hat seinen Master in Business Administration an der Kennedy School in Harvard gemacht.

Am Flughafen Seoul gibt es einen gesonderten Schalter für Einreisende mit US-Staatsangehörigkeit. Der populäre US-Militärsender AFN The Eagle Yongsan ist überall zu empfangen – mitten in der Hauptstadt, im heute hippen Ausgehviertel Itaewon, lag bis 2018 ein wichtiger US-Militärstützpunkt. Heute begeben sich die meisten Reisenden aus den USA direkt nach Pyeongtaek ins Camp Humphreys, der größten Militärbasis außerhalb der USA.

Hier leben mehr als 28 000 Soldaten. Zusammen mit ihren Familien und den koreanischen Hausangestellten zählt die „Stadt in der Stadt“, in der es mehrere Grundschulen, eine Highschool, eine Universität, ein riesiges Spaßbad, ein Kino, einen Supermarkt und einen Golfplatz gibt, insgesamt rund 43 000 Einwohner. „Südkorea beteiligt sich jährlich mit einer Milliarde Dollar am Unterhalt“, erzählt Hyun Pilkyung, Direktor des Institute for Reappropriation of American Military Bases. „Das amerikanische Militär zahlt die niedrigsten Preise für Strom, Wasser und Gas im ganzen Land. Und wenn ein amerikanischer Soldat eine Straftat begeht, untersteht er der Militärgerichtsbarkeit auf dem Stützpunkt.“

In Camp Humphreys, dem China nächstgelegenen US-Stützpunkt, sind Patriot-Flugabwehrsysteme, Apache-Hubschrauber und Hochleistungsradaranlagen stationiert. Wenn ein U2-Überwachungsflugzeug von der wenige Kilometer entfernten Luftwaffenbasis startet, „wackeln bei uns die Wände“, sagt Hyun. Hier misst kein Polizeiwagen die Dezibel. Der Stützpunkt ist für die US-Armee von größter Bedeutung. Käme es zu einem Friedensschluss mit Nordkorea, gäbe es für den ganzen Aufwand allerdings keine Rechtfertigung mehr.

Ein weiteres Relikt aus dem Koreakrieg (1950–1953)¹⁰: Im Fall eines bewaffneten Konflikts untersteht die südkoreanische Armee dem US-Generalstab. Kein Wunder, dass oft gesagt wird, Südkorea sei weniger ein Land mit einem US-Stützpunkt in der Mitte, sondern eher ein US-Stützpunkt mit einem Land.

„Hier sehen Sie das koreanische Wunder.“ Yoon Yong-ju empfängt mich in seinem dreimal drei Meter großen Zimmer, das man durch eine 1,30 Meter hohe Tür betritt. „Ich habe Glück, ich wohne in einer der angenehmsten Wohnungen des Viertels. Sie ist hell, und das Zimmer ist ziemlich groß.“ In diesem Viertel in Bahnhofsnähe zählen die Mieten zu den höchsten in der Hauptstadt. Doch gewiss nicht hier, wo Yoon wohnt, dieser Ansammlung elender Häuser, in dem die Schiffbrüchigen des koreanischen Wirtschaftswunders gestrandet sind. Man mag es kaum glauben, aber Yoon hat recht: Seine Bleibe



Kimchi für die Armen: Open-Air-Kochen in Seoul

PARK JIN HEE/picture alliance/zumapress

Werft besetzt hatten. Präsident Yoon, für den „Menschen, die streiken, ebenso gefährlich sind wie die nordkoreanischen Atomsprenköpfe“, drohte mit dem Einsatz von Spezialeinheiten. „Er hat öffentlich die Frage gestellt, ob der Streik überhaupt legal sei“, erzählt der Gewerkschafter Chong Hye-won von der Koreanischen Metallarbeiter-Gewerkschaft (KMWU).

Tatsächlich schränken unzählige Vorschriften das Streikrecht in Korea ein. Neben dem Straftatbestand der „Geschäftsbehinderung“, die mit Haftstrafen geahndet werden kann, darf beispielsweise nur der eigene direkte Arbeitgeber bestreikt werden. Das heißt in der Praxis, dass Konzerne, die mit vielen Subunternehmern zusammenarbeiten, jeden Streit um Streiks vor Gericht gewinnen.

Früher oder später landet jeder Gewerkschaftsfunktionär einmal im Gefängnis, erklärt Yang Kyeung-so, Vorsitzender der Koreanischen Gewerkschaftsvereinigung (KCTU). Vor Kurzem war er zu einem Jahr Haft verurteilt worden, weil er während der Pandemie einen Streik organisiert hatte. Seit ihrer Gründung 1995 waren sämtliche zwölf Vorsitzenden der KCTU mindestens einmal im Gefängnis.

lich müssen unsere Kollegen bezahlen“, fürchtet Chong.

Ich wurde öfter, insbesondere von Gewerkschaftern, gefragt, warum die Franzosen so früh in Rente gehen wollen. In Korea würden die Arbeiter das Rentenalter lieber erhöhen: „Am besten auf 73 Jahre.“ Tatsächlich unterscheidet sich das koreanische Rentensystem grundlegend von dem, was in Frankreich die Mehrheit verteidigt.

In Korea liegt das offizielle Renteneintrittsalter bei 60 Jahren. Die staatliche Rente bekommt man jedoch erst mit 65 Jahren. Sie beträgt bei vollem Anspruch 30 Prozent des letzten Arbeitseinkommens. Die meisten Empfänger landen damit in der Armut. Fast alle Koreaner müssen daher länger arbeiten und sind dann so prekär beschäftigt und schlecht bezahlt, dass die eheste Entsprechung für „Bullshit Job“ in Korea „Rentnerjob“ ist.

Nicht nur werden viele mit 60 unfreiwillig in den Ruhestand geschickt, seit Mitte der 2010er Jahre hat die Regierung zudem eine Regelung eingeführt, die das Leben der Älteren zusätzlich erschwert: Bis dahin war es üblich, dass das Gehalt

wirkt luxuriös im Vergleich zu den anderen Behausungen, die deren Eigentümer, die selbst im Luxusviertel Gangnam wohnen, für umgerechnet 130 Euro (190 000 Won) vermieten: ein Viertel der Sozialhilfe, die der koreanische Staat den Bedürftigsten zahlt. Dafür bekommt man ein Zimmer in einem heruntergekommenen Haus, anderthalb mal zwei Meter groß, ohne Fenster und ohne Heizung.

„Ich war Baggerfahrer, als 1997 die Asienkrise ausbrach“, erzählt Yoon. Damals zwang der Internationale Währungsfonds Korea zu einem rigorosen Sparkurs. Die Unternehmen nutzten die Situation, um festangestellte Mitarbeiter erst zu entlassen, um sie dann wieder prekär zu beschäftigen. „Meine Firma hat mich rausgeworfen. Und ich bin beim Alkohol und im Elend gelandet.“ Yoon ist Diabetiker und Alkoholiker. Irgendwann mussten ihm beide Beine amputiert werden. „Ich bin in dieses Viertel gekommen und dachte, ich würde nur ein paar Monate hierbleiben, um mich wieder zu berappeln. Jetzt sind es achtzehn Jahre.“

Rund 1000 Menschen wohnen hier. „Sie sind wie ich“, fährt Yoon fort. „Keine Außenseiter, sondern Leute, die hart gearbeitet haben, um das Land nach dem Krieg wieder aufzubauen. Leute, die sich aufgeopfert haben und die der Staat im Stich gelassen hat. Keiner von uns bekommt eine Rente, weil niemand lange genug eingezahlt hat.“ Inzwischen ist Yoon trocken, und er malt, unterstützt von einem befreundeten Fotografen. Außerdem ist er Präsident des Quartiervereins: „Wir kümmern uns darum, dass die Bewohner untereinander in Kontakt bleiben, damit sie nicht ihren Lebensmut verlieren. Hier gibt es viele Depressive.“

Während seiner Amtszeit zwischen 2017 und 2022 hat Präsident Moon die Unterstützung für die Ärmsten erhöht. „Sofort haben die Eigentümer unsere Miete entsprechend hochgesetzt.“

Lee Yae-joung, ein ehemaliger Abgeordneter der konservativen People Power Party (PPP), konnte sich nicht mit mir im Stadtzentrum treffen und schlug einen weit entfernten Treffpunkt vor, was zeitlich nicht zu schaffen war. Ein Interview per E-Mail lehnte er jedoch ab und gab uns einen neuen Termin vor. Als ich der Übersetzerin sagte, dass ich da schon andere Verabredungen und keine Zeit hätte, riss sie erschrocken die Augen auf. Ich bat sie, Herrn Lee meine besten Grüße auszurichten und dass ich ihn gern bei meinem nächsten Besuch in Korea treffen würde. Die junge Frau gab die Nachricht weiter, die aber gar nicht gut ankam.

Nach meiner Absage teilte Lee dem Generaldirektor der Abteilung für internationale Beziehungen seiner Partei mit, dass ich der PPP gegenüber möglicherweise feindselig gesonnen sei. Daraufhin rief der Generaldirektor wiederum die Übersetzerin an und verlangte, dass ich mich schriftlich bei Lee entschuldigen sollte – was ich nicht tat. Aber ich danke ihm für die erhellenden Einblicke in die Beziehung zwischen Medien und Politik in Korea.

Ende 1945 schuf die koreanische Linke die ersten Grundlagen für einen souveränen und demokratischen Staat. Die Kapitulation Japans, das Korea seit 1910 besetzt und die Industrialisierung im Land vorangetrieben hatte, stärkte eine Linke, für die Antimperialismus und soziale Frage untrennbar zusammengehörten. Das 1945 gegründete Ko-

mittee zur Vorbereitung der Unabhängigkeit Koreas wurde maßgeblich von Arbeitern geprägt, die gerade aus der japanischen Gefangenschaft zurückgekehrt waren.

1945 übertrugen die UN der Sowjetunion und den USA die treuhänderische Verwaltung des Landes, das in zwei Teile geteilt wurde. Südlich des 38. Breitengrads griff die Militärregierung der US-Armee in Korea (Usamgik) hart durch: Sie löste die Volksorganisationen auf, unterdrückte Streiks und überließ den einstigen Kollaborateuren der Japaner die Führung. Laut dem Historiker Choi Jang-jip wurde der Washingtoner Antikommunismus das „Leitprinzip bei der ideologischen Legitimation des südkoreanischen Staats“¹¹.

Zwischen 1948 und 1949 wurden auf der Insel Jeju 30 000 Menschen (ein Zehntel der Inselbevölkerung) getötet, nachdem es dort zum Aufstand gegen den von Washington eingesetzten Diktator Rhee Syng-man gekommen war.

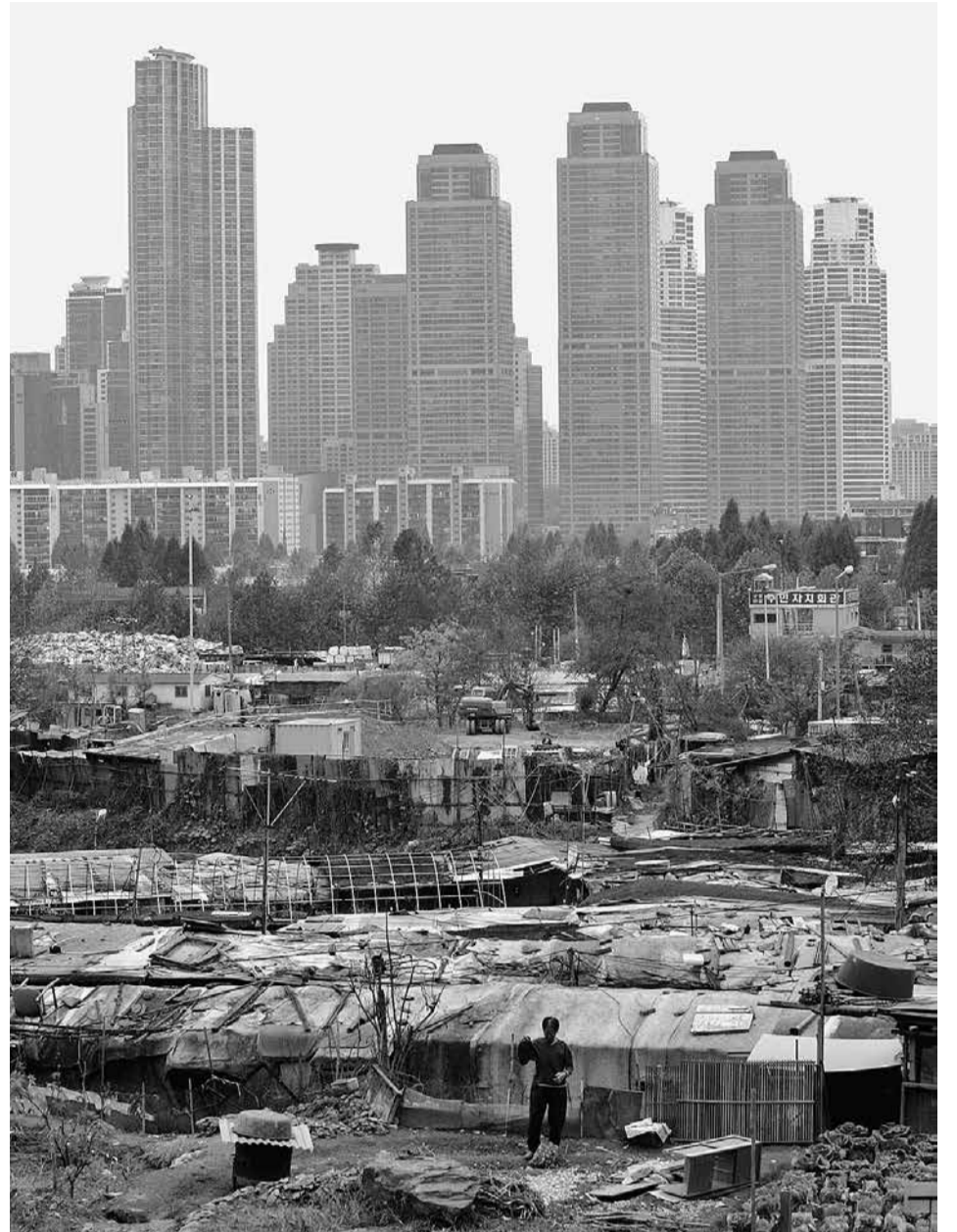
Jahrelang waren die Kerker des Landes voll mit Partisanen, die im Koreakrieg zwischen dem Norden und dem Süden für die nationale Befreiung gekämpft hatten. Sie wurden gefoltert, damit sie ihre politischen Überzeugungen aufgeben. „Ich sollte eine Erklärung unterschreiben, in der ich mich verpflichte, an vorderster Front für die Ausrottung des Kommunismus zu kämpfen“, erzählt der 94-jährige Ahn Hak-sop, der fast 43 Jahre im Gefängnis saß. „Bei jedem Folterverhör verlor ich das Bewusstsein. Das Erste, was ich anschaute, wenn ich wieder zu mir kam, waren meine Hände: War Tinte dran? Hatten sie versucht, meinen Fingerabdruck unter eine falsche Loyalitätserklärung zu setzen? Dann hätte ich alles verloren.“ In den 1980er Jahren errichtete die Diktatur ein Netz von Umerziehungslagern, in denen mehr als 40 000 Menschen inhaftiert waren, meist wegen „kommunistischer Umtriebe“.

Mit dem Übergang zur Demokratie änderten sich ab 1987 zwar die Methoden, nicht aber das Ziel: „In meine Grundschule kamen regelmäßig Regierungsvertreter, Leute vom Geheimdienst oder sogar geflüchtete Nordkoreaner“, erzählt ein junger linker Aktivist, der anonym bleiben will. „Alle erklärten uns, dass der Kommunismus eine Bedrohung sei und wir alles tun müssten, um ihn zu vernichten.“

Ppalgaengi, kleiner Roter, ist das gängige Schimpfwort für Kritiker der herrschenden Wirtschaftsordnung. Seit der neoliberalen Wende, die dem Land nach der Asienkrise von 1997 aufgezungen wurde, kann man dieses Etikett schon verpasst bekommen, wenn man für eine sozial gerechtere Gesellschaft eintritt – und dafür sogar ins Gefängnis kommen.

Die wichtigsten Artikel des Nationalen Sicherheitsgesetzes, das Präsident Rhee 1948 installiert hat, gelten bis heute. Laut Artikel 7 macht sich „jede Person, die die Aktivitäten von Antiregierungsorganisationen lobt, unterstützt oder bekanntmacht“ strafbar. Jedwede Kapitalismuskritik gilt in den Augen der südkoreanischen Behörden als Unterstützung Nordkoreas. Parteien, die sich selbst als kommunistisch bezeichnen, sind verboten, der Marxismus wird nur in der akademischen Lehre geduldet.

Zwischen Oktober 2016 und März 2017 gingen die Südkoreaner:innen immer wieder auf die Straße, wegen eines Korruptionsskandals um die amtierende Präsidentin Park Geun-hye. Diese „Kerzenrevolution“ erzwang Parks Rücktritt. Ihr Nachfolger wurde Moon Jae-in von der sozialliberalen



Elendsviertel Guryong LEE JIN-MAN/picture alliance/ap

Demokratischen Partei (Deobureo-minju-dang), die weniger rechts ist als Parks mittlerweile aufgelöste „Freiheitspartei“ (Jayu-hanguk-dang). Moon galt als Hoffnungsträger für die Demokratie – vor allem wegen seines Versprechens, die prekären Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst zu beseitigen.

„Im Koreanischen gibt es einen Ausdruck, der sich als ‚Qual der Hoffnung‘ übersetzen lässt“, erklärt uns Jin Young-ha, Gewerkschaftsfunktionär der KCTU. „Er bezieht sich auf ein Versprechen, von dem man weiß, dass es nicht gehalten wird. Und so ist es gekommen.“

Gleich nach seiner Amtseinführung im Mai 2017 besuchte Moon den Flughafen Incheo bei Seoul, um dort prekär Beschäftigte im öffentlichen Dienst zu treffen und zu zeigen, dass er Wort halte. „Wie so oft waren die meisten bei Subunternehmen angestellt, die befristete Verträge mit dem Staat abgeschlossen hatten“, so Jin. „Wenn ein Vertrag mit Subunternehmer A auslief, unterzeichnete der Staat einen neuen Vertrag mit Subunternehmer B, und die Beschäftigten von A wurden entlassen.“ Da Abfindungen erst nach mindestens zwölf Monaten gezahlt werden, endeten die meisten Verträge nach elf Monaten. „Bei Moons Besuch weinten manche Beschäftigte vor Freude“, erinnert sich Jin. „Und Moon versprach, die ‚Tränen der prekär Beschäftigten zu trocken‘.“

Moon verpflichtete die Subunternehmer dazu, die Beschäftigten ihres Vorgängers zu übernehmen, aber die Arbeitsbedingungen änderten sich nicht. „Die Verträge sind meistens kürzer als zwölf Monate, und jede Verlängerung wird wie eine Neueinstellung behandelt: Die Beschäftigten erwerben also keinerlei Ansprüche. Moon hat zwar eine Form des Prekariats abgeschafft, aber die Hoffnung auf eine Verbesserung der Arbeits-

bedingungen zunichte gemacht. Ist das ein Fortschritt?“, fragt Jin.

Sie sind da. Tag und Nacht sind sie da, vor der US-Botschaft. Egal ob es regnet, stürmt oder schneit. Manchmal bleiben Passanten stehen, die meisten gehen weiter. Mitglieder der 2016 gegründeten People's Democracy Party lösen einander bei der Mahnwache vor der US-Botschaft ab. Sie fordern der Abzug der US-Truppen: „Solange die Amerikaner da sind, werden die Koreaner nicht frei sein.“ Ob das Leben im „Land des ruhigen Morgens“ danach leichter wird, ist allerdings fraglich – auffällig ist jedenfalls das Schwinden der Bevölkerung. Fast nirgendwo auf der Welt werden gerade so wenig Kinder geboren wie in Südkorea.¹²

¹ Siehe Jacob Fohtung, „How South Korea became the most innovative country“ in the world“, Christensen Institute, 9. November 2021.

² Siehe Maya Jaggi, „Die koreanische Welle“, *LMD*, Dezember 2022.

³ Yoon Ja-young, „One in three Seoulites have sexless life: Study“, *The Korea Times*, Seoul, 6. Juli 2021.

⁴ Siehe „Hours worked“, OECD Data. In der Schweiz waren es 2022 durchschnittlich 1529 Arbeitsstunden, in Frankreich 1490, in Österreich 1444 und in Deutschland 1349. Spitzenreiter sind allerdings Costa Rica (2149), Mexiko (2226) und Kolumbien (2405 Arbeitsstunden).

⁵ Zitiert von Nam Hyun-woo, „Workweek reform plan likely to fizzle out“, *The Korea Times*, Seoul, 25. März 2023.

⁶ Jun Ji-hye, „Korea pushes to raise cap on maximum weekly work hours“, *The Korea Times*, 6. März 2023.

⁷ „Return to overwork“, *The Korea Times*, 8. März 2023.

⁸ „Labor reform plan“, *The Korea Times*, 14. Dezember 2022.

⁹ Korea Labor & Society Institute, „Korea Labor Policy Agenda 2020“, Friedrich Ebert Stiftung, Seoul, September 2020.

¹⁰ Siehe Bruce Cumings, „Napalm über Nordkorea“, *LMD*, Dezember 2004.

¹¹ Zitiert von Lee Nam-hee, „The Making of Mijung. Democracy and the Politics of Representation in South Korea“, Ithaca (Cornell University Press) 2009.

¹² Nur in Hongkong war 2022 die Geburtenrate (0,76) noch niedriger als in Südkorea (0,87).

Aus dem Französischen von Claudia Steinitz

DIE GROSSE SALATSCHÜSSEL DES LEBENS

50 Comics aus *Le Monde diplomatique*

Mit einem Vorwort von Mélanie van der Hoorn zu Architektur und Comics.



64 Seiten, farbig, 23 × 34 cm
Hardcover mit Leinenrücken
ISBN 978-3-95640-379-8

29 Euro
Reprodukt Verlag
monde-diplomatique.de/comicbuch

Mia Oberländer (Cover)
Karoline Bofinger (Hrsg.)



taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstr. 21, 10969 Berlin



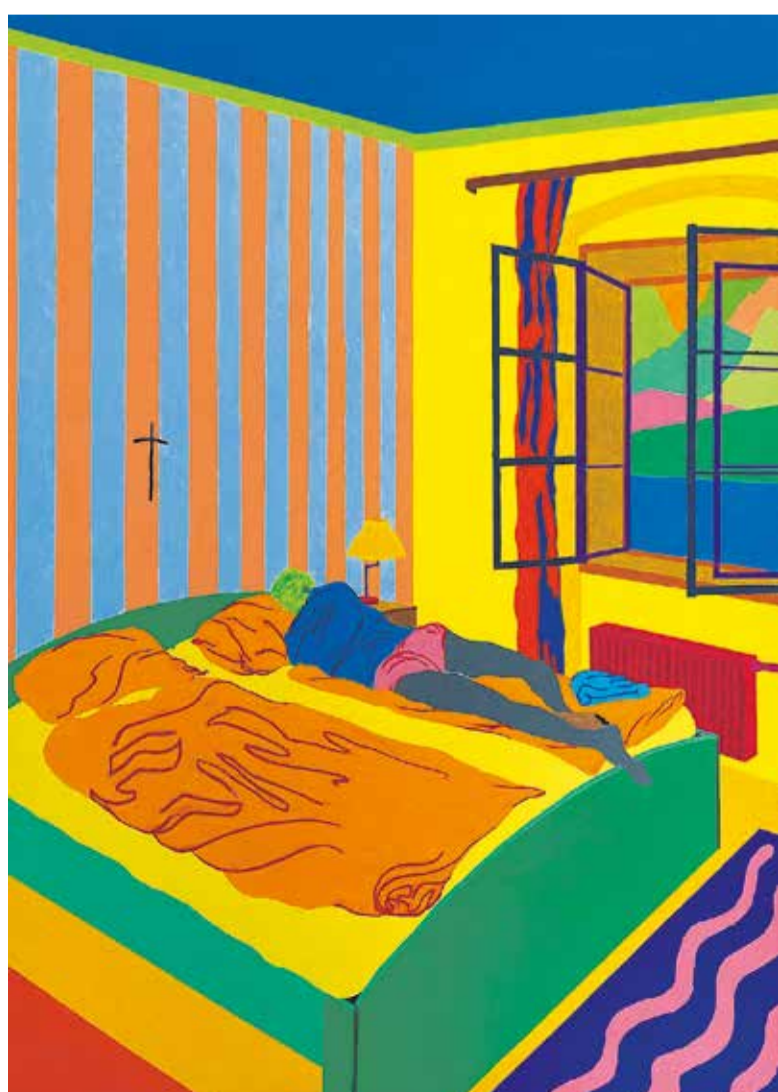


Navot Miller, First candle night, 2022, Öl auf Leinwand, 120 x 80 cm

Spaniens Rechte und das Erbe Francos

Eine kleine Geschichte des Partido Popular

von Maëlle Mariette



Navot Miller, Zach in Priest Guesthouse in Salzburg, 2020, Wasserpastell auf Papier, 102 x 72 cm

Mit ernster Miene kündigte Spaniens Regierungschef Pedro Sánchez Ende Mai in einer Fernsehansprache für den 23. Juli Neuwahlen an. Damit werden die ursprünglich zum Jahresende geplanten Parlamentswahlen vorgezogen. Der Grund: Am Tag vor dieser überraschenden Ankündigung hatte Sánchez' Sozialistische Arbeiterpartei (Partido Socialista Obrero Español, PSOE) bei den Kommunal- und Regionalwahlen eine krachende Niederlage einstecken müssen.

Dagegen gewannen Spaniens Konservative mit ihrem Partido Popular (PP) die Wahlen in sechs der zehn Regionen, in denen bislang die Sozialisten allein oder in einer Koalition regiert hatten. In fünf der sechs Regionen ist die PP allerdings auf die Unterstützung der rechtsextremen Vox-Partei angewiesen. Der PP eroberte außerdem vier der fünf größten Städte, darunter Valencia und Sevilla, das bislang eine Hochburg der Sozialisten war. Nur in Barcelona siegte ein unabhängiger Kandidat.

Die Wurzeln des Partido Popular reichen in die Zeit des Franquismus zurück, den General Franco nach seinem Sieg im Spanischen Bürgerkrieg über die Republik 1939 etablierte. Die PP-Führungsriege besteht zum Teil aus den Kindern und Enkeln der franquistischen Politikerelite – speziell jener reformorientierten Kräfte, die unter Franco eine Randgruppe bildeten. 1975 starb der Diktator. Doch seine ehemaligen Minister und Funktionäre waren noch da und beteiligten sich auf die eine oder andere Weise an Spaniens „Transición“, wie die Periode des politischen Übergangs von 1975 bis 1982 genannt wird.

So gründete Manuel Fraga Iribarne (1922–2012), während der Diktatur Informations- und Tourismusminister, im Oktober 1976 die Alianza Popular (AP), aus der mehr als zehn Jahre später der Partido Popular hervorging. Konzipiert wurde die AP als Wahlbündnis aus sieben politischen Organisationen, angeführt von ehemaligen Franco-Ministern – den sogenannten glorreichen Sieben (los siete magníficos). Sie bildeten politisch das ganze Spektrum des faschistischen Regimes ab: Technokraten und Christdemokraten, Falangisten und die eng mit dem reaktionären Orden Opus Dei verbandelten katholisch-nationalistischen Traditionalisten.¹

„Die AP wurde gegründet, um sich an dem politischen Prozess zu beteiligen, der nach dem Ende des Franquismus in Gang kam. Sie wollte den Wandel mitgestalten und das politische Vakuum füllen, das Franco hinterlassen hatte“, sagt der einstige AP-Generalsekretär Jorge Verstrynge. Um nicht „aus dem System ausgeschlossen zu werden“ ließen sich die Organisationen der Alianza Popular auf die Teilnahme an den ersten freien Wahlen ein, die am 6. September 1978 in die bis heute geltende Verfassung mündeten. Allerdings „weigerte sich die Hälfte der AP-Abgeordneten für die Verfassung zu stimmen. Sie störten sich hauptsächlich an der Autonomie, die den Regionen zugestanden wurde“, so Jorge Verstrynge.

Die Gräben zwischen den einzelnen Fraktionen und das schlechte Abschneiden bei den Parlamentswahlen 1982 und 1986, die der PSOE mit großem Vorsprung gewann, stürzten die AP in die Krise. Daraufhin verordnete Fraga der Partei weniger Demokratie und mehr Hierarchie. Aus der AP wurde der PP. 1989 übergab Fraga den Parteivorsitz an den ehrgeizigen und jungen José María Aznar, der seit 1987 Präsident der autonomen Region Castilla y León war.

Aznar baute mit seinem jungen Team effektive Parteistrukturen auf, die die landesweite Präsenz des PP stärken sollten. Sein erklärtes Ziel war eine große und geeinte rechte Partei, in der „liberale, konservative und christdemokratische Vorstellungen ohne Weiteres koexistieren können“. Doch die versprochene „Koexistenz“ hatte ihre Grenzen. 1996 stellte Aznar kurz vor dem 12. Parteitag klar: „Die Steckdose habe ich, und wer da seine Finger reinsteckt, fängt sich einen Stromschlag ein.“²

„Die Rechte hatte große Mühe, eine starke Partei aufzubauen, die es mit dem PSOE aufnehmen kann“, sagt der Politologe Pablo Simón von der Madrider Universität Carlos III. „Fast 20 Jahre waren sie in der Opposition.“ Deshalb habe Aznar der Partei eine sehr straffe, stark zentralisierte Hierarchie mit präsidentialen Zügen verpasst. Der seit 2022 amtierende Parteichef Alberto Núñez Feijóo wurde von den Parteioberen nominiert und ohne Gegenkandidat gewählt: „Im Grunde wurde er kurzerhand von der Führungsspitze ernannt.“

Der Historiker Pablo Carmona sieht darin ein Indiz, dass die Partei nach wie vor autoritären Strukturen verhaftet ist. „Das ist eine ausgesprochen franquistische Tradition“, so Carmona. „Gegen Ende des Bürgerkriegs forderte Franco mit seinem berühmten ‚Vereinigungsdekret‘ quasi-militärischen und bedingungslosen Gehorsam gegenüber der Hierarchie. Es könne

nicht mehrere politische Kräfte geben, sondern nur eine. Dementsprechend vereinte Franco die verschiedenen ‚Falangen‘ unter einem gemeinsamen Dach. Das war der Ursprung der in der AP und im PP verbreiteten Vorstellung, dass die Rechte gegen ihre Gegner Geschlossenheit zeigen müsse – gegen Regionalisten, Linke, Kommunisten, Freimaurer und so weiter.“ Das Gleiche gelte für die kommunale Ebene: Die Parteizentrale hat fast alle lokalen und regionalen Parteichefs mehr oder weniger auf Linie gebracht. Mitunter zwingt die Zentrale den Parteivertretern vor Ort sogar ihre Kandidaten auf.

Eines der Hauptprobleme der spanischen Rechten besteht darin, dass sie im Gegensatz zu den konservativen Parteien in anderen europäischen Ländern an keine landestypische Tradition anknüpfen kann. Die britischen Tories zum Beispiel können sich auf eine illustre konservative Denkschule berufen, die demokratiekompatibel und der Allgemeinheit vermittelbar ist.

Mit dem Übergang zur Demokratie wurde die Legitimierung der AP (und später des PP) durch politisch korrekte historische Vorläufer zur Notwendigkeit. So berief sich die postfranquistische Rechte ideologisch auf einen Staatsmann der konstitutionellen Monarchie, Antonio Cánovas del Castillo (1828–1897). Sie versuchte sich als Cánovas demokratische „Enkel und nicht als Kinder Francos“ zu präsentieren.³ Einen zweiten Bezugspunkt lieferte die neoliberal-konservative Gegenrevolution der 1980er Jahre, angeführt von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher (1979–1990) und US-Präsident Ronald Reagan (1981–1989).

Viele Mitglieder der jungen PP-Generation, die wie der frühere Falangist Aznar aus der traditionellen Rechten kamen, entwickelten sich zu Ultraliberalen, weil der Neoliberalismus „einen modernen theoretischen Rahmen lieferte, den sie gegen den Sozialismus ins Feld führen konnten, und zugleich anschlussfähig für die konservative Rechte ist“, erklärt Historiker Javier Tusell Gomez.⁴

„Die Idee war, den Diskurs der traditionellen Rechten zu erneuern und mit einer neoliberalen Logik zu unterfüttern, mit der man die Sozialisten vom Thron stoßen und an Popularität gewinnen konnte“, analysiert Pablo Carmona. „Man musste das Erbe des Franquismus und seiner stark interventionistischen Wirtschaftspolitik zum Teil über Bord werfen. Gefragt waren ein Konservatismus mit europäischerem Antlitz, eine doktrinärere Form von Liberalismus und eine stärker transatlantische Ausrichtung.“

Viele führende PP-Vertreter verfolgten mit Interesse die Wahlerfolge der „neuen“ Sozialdemokraten in Großbritannien und Deutschland und betonten, dass die pragmatische, transatlantische und neoliberale Politik, die Tony Blair und Gerhard Schröder vertraten, sehr nah dran sei an Aznars Ideologie der „reformorientierten Mitte“.

Nach 20 Jahren in der Opposition wurde der PP am 3. März 1996 von der klassischen Wählerklientel der europäischen Rechten an die Macht gewählt: „Männer, Besserverdienende, konservative Katholiken und Kleinunternehmer waren damals überrepräsentiert“, erzählt Guillermo Fernández Vázquez, Politologe an der Madrider Universität Carlos III. Die Wählerschaft war ziemlich gleichmäßig über das Land verteilt – Katalonien und das Baskenland ausgenommen.

Der Wahlsieg war allerdings knapp. Der PP entschärfte sein Programm, um in Zukunft für breitere Bevölkerungsgruppen wählbar zu werden und eine stabile Mehrheit im Parlament zusammenzubekommen: Er war auf die Unterstützung der beiden wichtigsten nationalistischen Parteien im Land angewiesen: die katalanische *Convergència i Unió* (CiU) und der baskische *Partido Nacionalista Vasco* (PNV), die sozial- und wirtschaftspolitisch ähnlich ausgerichtet sind wie der PP und denen Aznar offenbar nicht zutraute, dass sie mit ihrer konservativen Prominenz die Einheit des Landes ernsthaft gefährden würden.

Die erste Regierung Aznar fiel nicht durch besondere Kreativität auf. Sie setzte auf neoliberale Rezepte: Deregulierung, Steuersenkungen, Privatisierung, strenge Haushaltsdisziplin und Priorität für den Beitritt zur Europäischen Währungsunion. Überraschend war, dass die neue Regierung einen gewissen Abstand zur Kirche wahrte und aus taktischen Gründen die Legalisierung der Abtreibung nicht rückgängig machte. Als der PP jedoch im Jahr 2000 die absolute Mehrheit in den Cortes errungen hatte, reinstallierte er per Gesetz den obligatorischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen. Aznar besann sich also wieder mehr auf die ideologischen Wurzeln seiner Partei.

In einem seiner Bücher forderte Aznar 1995 eine zweite *Transición*, in der Spanien sich von seinem „historischen Komplex“ befreien müsse: „Als Reaktion auf die franquistische Vergangen-

heit hat die Linke eine Attitüde entwickelt, die unsere Geschichte und unsere frühere Stellung in der Welt verleugnet oder sich ihrer schämt.⁴⁵

Während Aznars Regierungszeit trat der Geschichtsrevisionismus der Konservativen offen zutage.⁴⁶ Die „neuen Historiker“, allen voran der Journalist und Schriftsteller Pío Moa, erklärten, der franquistische Aufstand gegen die Republik sei angesichts der „kommunistischen Bedrohung“ berechtigt gewesen. Nur eine Militärregierung habe „die Ordnung wiederherstellen können“. Franco habe in Spanien die Weichen auf Wohlstand und Demokratie gestellt. In einer Zeit der totalitären Gefahren in Europa sei der Franquismus in den „liberaleren“ konservativen Kreisen alternativlos gewesen.

Aznars Regierungen übernahmen zwar nicht die beliebtesten Behauptungen über das Caudillo-Regime, aber sehr wohl das ideologische Gedankengut, das von der Kirche und rechten Medien propagiert wurde (darunter die auflagenstärksten Tageszeitungen des Landes *El Mundo*, *ABC* und *La Razón* und die Radiosender der Cope-Gruppe, die der katholischen Kirche Spaniens gehört). Moa durfte zur besten Sendezeit im öffentlich-rechtlichen Fernsehen auftreten, und Aznar behauptete, eins von Moas Büchern sei seine Abendlektüre.

Auch sonst verwandte Aznar großen Eifer darauf, eine Neuinterpretation der spanischen Geschichte in Umlauf zu bringen. Beim XIV. Parteitag des PP im Januar 2002 in Madrid wurde explizit Bezug genommen auf ein Papier, das sich mit dem Verfassungspatriotismus im 21. Jahrhundert befasst. Spanien, hieß es da, sollte stolz sein auf seinen „Beitrag zur universellen Geschichte und Kultur“ und seine Verwurzelung in die beiden Welten Europas und Amerikas.⁴⁷

Der Wunsch, an das *siglo de oro* anzuknüpfen, das Goldene Zeitalter im 16./17. Jahrhundert, als die kolonialen Eroberungen Spaniens sich über die ganze Welt erstreckten, ging beim PP Hand in Hand mit der Annäherung an die Vereinigten Staaten von Amerika, die mit dem Ende der Sowjetunion eine konkurrenzlose geopolitische Vormachtstellung erreicht hatte. Mit den USA hatte bereits Franco 1953 ein Abkommen geschlossen, um sein Regime aus der internationalen Isolation zu führen.

So beteiligte sich die Regierung Aznar im Frühjahr 2003 an der US-Invasion im Irak. Damit stellte sie sich gegen die öffentliche Meinung im Land und gegen sämtliche anderen spanischen Parteien. Sie verstieß auch gegen die Verfassung, nach der die Regierung vor einem Kriegseintritt die Zustimmung des Parlaments einholen muss. Während Frankreich unter Präsident Chirac⁴⁸ und die rot-grüne Koalition in Berlin die US-Invasion vehement ablehnten, wollte Aznar Spanien zum Anführer eines „neuen“ und „starken“ Europas machen – auf der Basis der transatlantischen Verbundenheit und des wirtschaftspolitischen Liberalismus. Die Rechnung ging nicht auf: Im Jahr darauf kam der PSOE wieder an die Regierung.

Auf einem Foto vom Azoren-Gipfel im März 2003 steht der spanische Ministerpräsident glückstrahlend neben US-Präsident Bush und dem britischen Premier Tony Blair. „Wenige Jahre zuvor noch undenkbar“, bemerkte mit freudiger Genugtuung Ignacio Cosidó vom konservativen Think-tank Grupo de Estudios Estratégicos.⁴⁹ Dieser gemeinsame Auftritt markierte den außenpolitischen Höhepunkt des PP unter Aznar.

Ein Jahr später, am 11. März 2004 – drei Tage vor den Parlamentswahlen, verübten islamistische Terroristen Anschläge auf mehrere Vorortzüge in Madrid mit zahlreichen Opfern. Der deutliche Vorsprung, den die meisten Umfragen dem PP bescheinigt hatten, ging verloren. Dass die Regierung bis kurz vor der Wahl wahrheitswidrig bei ihrer Behauptung blieb, die baskische Terrororganisation ETA sei für den Anschlag verantwortlich – obwohl die Beweise für das Gegenteil sich häuften – schwächte ihre Glaubwürdigkeit.

Der PP pflegt – trotz der beschworenen „konstitutiven Pluralität“ – eine nationale Gesinnung und einen spanischen Zentralismus; jede Form von regionaler Autonomie lehnt sie ab und bleibt damit der Linie der radikalnationalistischen post-franquistischen Rechten treu, die während der Transición an der Ausarbeitung der Verfassung beteiligt war.⁵⁰ 1979 schrieb der damals 26-jährige José María Aznar in der Tageszeitung *La Nueva Rioja*: „Man darf nicht vergessen, dass Spaniens Größe auch auf seiner Einheit beruht.“⁵¹

Manuel Milián, einer der Gründer der katalanischen PP und ein Vertrauter Manuel Fragas, saß von 1989 bis 2000 als Abgeordneter für Barcelona im Parlament und erinnert sich: „Als der PP 1989 gegründet wurde, habe ich mich vehement für die Regionalisierung der Partei eingesetzt, damit sie in jeder Region das für sie passende Personal und ihre jeweiligen Eigenarten entwickeln kann – ähnlich wie in einem Bundesstaat. Doch

davon wollte Aznar nichts wissen. Er wollte seine ‚kastilische‘ Vision Spaniens durchsetzen. Für ihn ist Spanien absolut ‚eins‘. Die Vielfalt des Landes begreift er nicht.“

Fernando García de Cortázar, Historiker des neokonservativen Thinktanks Fundación para el Análisis y los Estudios Sociales (FAES), den Aznar 1989 ins Leben gerufen hat und dessen Vorsitzender er heute ist, begründet diese Politik mit der „moralischen Überlegenheit der spanischen Nation (...) über das provinzielle Stammesdenken der peripheren Nationalismen“.⁵²

Als sich die sozialistische Regierung unter José Luis Rodríguez Zapatero 2005 an die Reform des Autonomiestatus von Katalonien machte, die im Mai 2006 verabschiedet wurde, empörten sich der PP und die rechten Medien über die „sprachliche Diskriminierung“ des Kastilischen in Katalonien oder im Baskenland, riefen zum Boykott katalanischer Produkte auf und behaupteten fälschlicherweise, das neue katalanische Autonomiestatut erlaube Polygamie und Sterbehilfe.

Das Statut „zerstöre Spaniens Einheit“, schimpften sie, werde das Land „zersetzen“ und „balkanisieren“. So schürten sie erst recht die Polarisierung innerhalb der spanischen Gesellschaft. Laut Milián ist diese Haltung des PP der Grund für den „Hypernationalismus“, den wir heute im Zusammenhang mit den Unabhängigkeitsforderungen Kataloniens beobachten“. Schon als Aznar 2000 die absolute Mehrheit gewann, war es zum Bruch mit den Katalanen gekommen: „Er war auf die Katalanen nicht mehr angewiesen und ignorierte sie vollständig.“ Mariano Rajoy, der 2004 die Parteiführung übernahm und von 2011 bis 2018 Regierungschef war, setzte Aznars Politik fort.

2010 wurde das katalanische Autonomiestatut vom Verfassungsgericht aufgehoben, nachdem

chen war eine pragmatische Entideologisierung der Partei. Laut dem FAES-Direktor Javier Zarzalejos ist der PP damals „in Richtung reines Management, Common Sense, Pochen auf Gesetze und störungsfreie Parteitage abgebogen“.⁵³

Zum Verhängnis wurde Rajoy die Katalonienfrage. Die Unzufriedenheit mit seinem Krisenmanagement führte zum Erstarren der neuen Parteien: der rechtsliberalen Ciudadanos und der rechtsextremen Vox. Die Befürchtung, die den PP seit seiner Gründung verfolgt hatte, wurde wahr: Die Rechte spaltete sich.

Die 2006 gegründeten Ciudadanos (Bürger) legten in Katalonien 2015 im Zuge der politischen Repräsentationskrise mächtig zu, die sich schon seit ein paar Jahren in der Bewegung der Indignados, der „Empörten“, niederschlug. Die mittlerweile bedeutungslosen Ciudadanos pflegten ein Image moderner Fortschrittlichkeit und damit einen Gegensatz zum PP, der noch dazu mit seinen gehäuften Korruptionsaffären in Verruf geraten war.

Nach sechs Jahren als Regierungschef wurde Rajoy im Juni 2018 durch ein Misstrauensvotum zu Fall gebracht, nachdem er und seine Partei – ein Novum in der spanischen Demokratiegeschichte – wegen institutionalisierter Korruption in der sogenannten Gürtel-Affäre⁵⁴ verurteilt worden waren. Rajos Nachfolger als Regierungschef wurde der Sozialist Pedro Sánchez.

Auch die 2013 gegründete Rechtsaußenpartei Vox erlebte einen rasanten Aufstieg und trat im Oktober 2017 im Kontext der Katalonienkrise prominent in Erscheinung, als deren Anhänger überall in Spanien bei den Kundgebungen für die Verteidigung der Nation in vorderster Reihe marschierten und dazu aufriefen, aus Protest gegen das katalanische Referendum spanische Flaggen an die Balkone zu hängen. Bei den Regional- und

finden sich inzwischen auf den Wahllisten und an den ideologischen Schaltstellen von PP, Ciudadanos und Vox.

Diese Medien verbreiten den lieben langen Tag die Parolen der „komplexbefreiten“ Rechten, die heute von Figuren wie Isabel Díaz Ayuso verkörpert werden, der PP-Regionalpräsidentin von Madrid, das seit 20 Jahren als Hochburg des Neokonservatismus gilt. Dass diese Strömung überrepräsentiert ist und so viel Einfluss hat, erklärt der Politologe Fernández Vázquez unter anderem damit, dass „viele dieser Medien in Madrid sitzen und von der PP-geführten Regionalregierung finanziell massiv unterstützt werden“.

Auch Pablo Casado, der 2018 den PP-Vorsitz übernahm, ist aus dieser an Aznar orientierten neokonservativen Strömung hervorgegangen. Er war entschlossen, die Partei zu „reideologisieren“, musste aber 2022 nach heftigen parteiinternen Querelen seinen Hut nehmen. „Und was machen sie, wenn es schlecht läuft? Sie lassen das Pendel wieder zur anderen Seite ausschlagen und fangen von vorne an“, witzelt Pablo Simón von der Universität Carlos III über die Wahl von Núñez Feijóo, der 13 Jahre lang galizischer Regionalpräsident war, bevor er Casados Nachfolger wurde.

Núñez Feijóo setzt auf ein seriöses Image und ist vor allem darauf bedacht, sich als präsidenschaftstauglich zu profilieren. In gesellschaftspolitischen und moralischen Fragen hält er sich bedeckt, aber sein Konservatismus ist nach Pablo Simóns Einschätzung „realer, als es den Anschein hat“. Die strategische Rückbesinnung auf die politische Mitte, die der PP regelmäßig vollzieht, „gehört in dieser Partei beinahe zum Erbgut“, meint Pablo Simón, „und sie ist lebenswichtig, denn seit sie als Alianza Popular das Licht der Welt erblickte, muss sie immer wieder das Image der franquistischen Partei abschütteln.“



Navot Miller, *Beach in Mexico*, 2023, Öl auf Leinwand, 160 × 310 cm

der PP dagegen geklagt hatte. „Das war der Funke für das Pulverfass“, berichtet Milián. „Was folgte, ist bekannt: die einseitige Unabhängigkeitserklärung Kataloniens im Oktober 2017.“ Nach einem Referendum, das der spanische Staat für rechtswidrig erklärte und das von massiver Polizeigewalt überschattet wurde, votierte die Bevölkerung in der Region für die Unabhängigkeit.

Nach wochenlangen Spannungen, Protestkundgebungen und Streiks lehnte die Regierung Rajoy, obwohl Spanien in dieser Frage in zwei Lager gespalten war, selbstherrlich jede Vermittlung ab und wandte zum ersten Mal in der Geschichte des Landes den Artikel 155 der Verfassung an, der es ermöglicht, eine ganze Region unter Vormundschaft zu stellen. Es war ein Abdriften ins Autoritäre.

Aznar hatte Rajoy eigenmächtig zum Parteivorsitzenden bestimmt, weshalb seine Legitimität so lange in Frage gestellt wurde, bis er 2011 die Wahlen haushoch gewann. Das Rekordergebnis verdankte der PP der Finanzkrise von 2008, und der folgenden einschneidenden Wirtschaftskrise, die der sozialistischen Regierung von Rodríguez Zapatero massiv schadete.

Doch die Zwistigkeiten, die bis dahin stets parteiintern ausgetragen worden waren, traten jetzt auch außerhalb der Partei zutage: Der Aznar nahestehende neokonservative PP-Flügel warf Rajoy vor, in gesellschaftspolitischen Fragen wie der Verteidigung religiöser Werte, Abtreibung oder gleichgeschlechtlicher Ehe einen zu moderaten Kurs zu fahren. Rajos politisches Markenzei-

Kommunalwahlen vom 28. Mai 2023 wurde die Vox drittstärkste Kraft im Land. „Der PP war immer die Partei der spanischen Nationalisten. Viele fanden Rajos Reaktion auf das katalanische Referendum zu lasch und warfen ihm vor, dass er den Katalanen nicht Einhalt geboten hat“, erklärt der Politologe Fernández Vázquez. „Vox rekrutiert sich aus ehemaligen PP-Kadern, die für sich in Anspruch nehmen, dass sie die DNA der Partei verkörpern – nämlich die des José María Aznar der Jahre 2002 und 2003.“

Inhaltlich seien „die Rechten sich in vielen Punkten einig: wirtschaftspolitischer Liberalismus, Einheit Spaniens und Ablehnung des baskischen und katalanischen Nationalismus“ meint der Historiker Carmona. Sie würden nur anders auftreten, wenn es um die Nationalismen und um gesellschaftspolitische Themen geht. Außerdem hebe sich die Vox, die insgesamt markiger auftritt, durch ihr „ziemlich nostalgisches Verhältnis zur franquistischen Vergangenheit ab.“

Im Übrigen haben viele führende Vertreter dieser drei Parteien im Laufe ihrer Karriere bei der FAES und bestimmten Medien Station gemacht: Eines der mächtigsten digitalen Mediennetzwerke Spaniens ist *Intereconomía*, gegründet um die Jahrtausendwende während Aznars zweiter Amtszeit, als die Rechte „komplexbefreit“ auftrat.

Das Netzwerk stärkte Ciudadanos und Vox, ihre Sprecher traten regelmäßig dort auf, Ciudadanos-Chef Albert Rivera sogar wöchentlich. Etliche Moderatoren und Journalisten von *Intereconomía*

Alfonso Guerra aus der alten Garde der Sozialistischen Partei kommentierte dieses Phänomen mit dem berühmt gewordenen Ausspruch: „Sie sind seit Jahren auf dem Weg in die Mitte und immer noch nicht angekommen. Wo kommen sie eigentlich her, dass sie so lange brauchen?“

¹ Vgl. Juan Goytisolo, „Und der Samen wird köstliche Früchte tragen“, *LMD*, Oktober 2002.

² Juan González Ibañez, „El enchufe lo tengo yo y quien mete el dedo se electrocuta“, *El País*, Madrid, 9. Januar 1996.

³ Miguel Ángel Villena, „La sombra de Cánovas del Castillo llega hasta los ‚neocons‘“, *El País*, Madrid, 2. November 2008.

⁴ Javier Tusell Gómez, „El Aznarato. El gobierno del Partido Popular, 1996–2003“, Madrid (Aguilar) 2003.

⁵ „España, la segunda transición“, Madrid (Espasa) 1995.

⁶ Siehe Pauline Perrenot und Vladimir Slonska-Malvaud, „Die Toten geben keine Ruhe“, *LMD*, November 2019.

⁷ Josep Piqué und María San Gil, „El patriotismo constitucional del siglo XXI“, vorgelegt beim XIV. Parteitag der PP 2002.

⁸ Siehe Serge Halimi, „Bush, Chirac und die Irak-Lüge“, *LMD*, Mai 2003.

⁹ Ignacio Cosidó, „España, Europa y Estados Unidos: el poder militar“, Grupo de Estudios Estratégicos, 16. Dezember 2003 (vorgelegt bei der FAES am 16. Dezember 2003).

¹⁰ Zur zentralistischen Verfassung siehe Sébastien Bauer, „Der katalanische Knoten“, *LMD*, November 2017.

¹¹ Zitiert nach Javier Tusell Gómez, siehe Anmerkung 4.

¹² Siehe Anmerkung 4.

¹³ Zitiert nach Jesús Rodríguez, „La derecha se libera de complejos y ya no quiere ser de centro“, *El País*, Madrid, 14. April 2019.

¹⁴ Hauptangeklagter war Francisco Correa, die Ermittlungen liefen als „operación correa“ (Operation Gürtel). Durch systematischen Subventionsbetrug über Gremien des PP wurden 43 Millionen Euro veruntrent.

Aus dem Französischen von Andreas Bredenfeld

Maëlle Mariette ist Journalistin.

Charity statt Fortschritt

von Anton Jäger und Daniel Zamora

Einst wurde die Bekämpfung der Armut im Globalen Süden als Teil einer umfassenden Entwicklungspolitik gesehen. Heute gibt es immer mehr Projekte, die auf Direkthilfen für die Betroffenen setzen – mit zweifelhaften Folgen.

Als Chris Hughes, der Mitbegründer von Facebook, das Unternehmen 2007 verließ, wollte er einen Teil seines Vermögens dafür einsetzen, die Welt zu verändern. Wie viele Philanthropen vor ihm, hatte er sein Ziel schnell ausgemacht: „die extreme Armut beenden“.¹ Um die Zauberformel zu finden, mit der dieses Ziel erreichen konnte, musste Hughes aber erst den Bestseller „Das Ende der Armut“ von Jeffrey Sachs lesen und dessen kenianisches Pilotdorf besuchen.²

Nachdem Sachs Anfang der 1990er Jahre zum Vordenker der Schocktherapie für die Länder des ehemaligen Ostblocks avanciert war, wandelte er sich später zum Papst der Armutsbekämpfung. „Dieses Dorf wird die extreme Armut beenden“, verkündete er 2005 in der MTV-Sendung „The Diary of Angelina Jolie and Dr. Jeffrey Sachs in Africa“. Doch als Hughes das kleine kenianische Dorf besuchte, verschlug es ihm die Sprache. Denn in der Schule gab es weder Kreide noch Papier – dafür PCs ohne Internetanschluss.

Sachs räumte ein, dass sein 120 Millionen US-Dollar teures „Millennium Villages“-Projekt nur mäßig erfolgreich war. Sein Fazit: Trotz der Verbesserungen in den Bereichen Gesundheit und Landwirtschaft gab es „keine spürbaren Auswirkungen“ auf die Armut.³ Hughes schloss daraus, dass es besser sei, sein Geld nicht in Projekte stecken, sondern für Direktrtransfers an die Armen einzusetzen. Ganz im Sinne seiner „liberalen, marktorientierten Strategie“.

Der Menschenfreund aus dem Silicon Valley stieg in den Verwaltungsrat von GiveDirectly ein, eine NGO, die auf Geldüberweisungen zur Armutsbekämpfung setzt. Das kleine Start-up war 2008 von vier jungen Absolventen der Harvard University und des Massachusetts Institute of Technology (MIT) gegründet worden.

GiveDirectly spezialisierte sich auf die Zahlung bedingungsloser Grundeinkommen zur Armutsbekämpfung und zog schon bald die Aufmerksamkeit von Twitter und Google auf sich. Während das Projekt von Jeffrey Sachs in Vergessenheit geriet, machte sich GiveDirectly ab 2017 daran, regelmäßig Geld direkt per Handy an mehr als 20.000 Begünstigte zu überweisen, die nach dem Zufallsprinzip in 197 kenianischen Dörfern ausgewählt wurden.

Zwischen 2015 und 2020 stieg das Budget der NGO von 14,5 Millionen auf mehr als 300 Millionen US-Dollar. Bis heute hat GiveDirectly rund um den Globus mehr als 550 Millionen US-Dollar verteilt.

Dahinter steht viel Geld aus dem Silicon Valley. Tech-Größen wie Elon Musk, Twitter-Gründer Jack Dorsey und Sam Bankman-Fried, der gefallenen Star aus der Welt der Kryptowährungen, haben dazu beigetragen. Man könnte es die „Monetarisierung“ der Armut nennen: Anstatt sich bei der Armutsbekämpfung auf bürokratische Institutionen und lange politische Verhandlungen einzulassen, wird bei dieser Art der Entwicklungshilfe auf jegliche Vermittler verzichtet.

Der Erfolg von GiveDirectly hat auch mit einem Phänomen zu tun, das Entwicklungsökonomien seit 20 Jahren kennen und als „Revolution der Geldtransfers“ bezeichnen. Nachdem der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank in den 1980er Jahren verschiedenen Staaten Strukturanpassungsmaßnahmen verordnet hatten, reagierten viele Länder des Globalen Südens. Sie entschieden sich für ein Entwicklungsmodell, das statt auf öffentliche Investitionspolitik auf direkte

Geldzuwendungen in unterschiedlicher Form setzte.

Im Bereich der Armutsbekämpfung wurde dieses Konzept vor allem durch das 1997 eingeführte „Progresas“-Programm in Mexiko bekannt. Es sollte den massiven Anstieg der Armut stoppen, die sich vor dem Hintergrund der Austeritätspolitik binnen eines Jahrzehnts fast verdoppelt hatte. Konzipiert hatte die Reform größtenteils der mexikanische Wirtschaftswissenschaftler Santiago Levy. Ihr Ziel bestand darin, die Reste der alten Armutspolitik – etwa Preiskontrollen und die Subventionierung von Gütern des Grundbedarfs – durch ein Gesamtpaket von direkten Transfers zu ersetzen.

2007 erreichte Progresas ein Drittel der mexikanischen Haushalte und war damit das größte Armutsbekämpfungsprogramm des Landes. Dutzenden Ländern in Lateinamerika und Afrika, die durch die Liberalisierung unter die Räder geraten waren, diente es als Vorbild.

Direktspende per App

Diese „stille Revolution“, wie die Forscher Armando Barrientos und David Hulme⁴ sie nannten, nahm vor allem in Subsahara-Afrika ihren Lauf. Seit den 2000er Jahren wurden mehr als 100 Programme aufgelegt, die Familienbeihilfen, Steuergutschriften sowie bedingungslose Geldtransfers zum Gegenstand hatten. Außerdem finanzierten etliche Wohltätigkeitsorganisationen aus Namibia, Kenia und Uganda eine Vielzahl von Studien zum bedingungslosen Grundeinkommen.

Der IWF, die Weltbank und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) unterstützten die Strategie ebenfalls. Und im Juli 2020 kündigte UN-Generalsekretär António Guterres persönlich „einen neuen Gesellschaftsvertrag für eine neue Ära“ an, einschließlich „der Möglichkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens“.⁵ Die „Neuheit“ dieses Modells wird vor allem

dann deutlich, wenn man sich den zuvor verfolgten Ansatz vor Augen führt: „Die armen Nationen können ihre Armut nicht ohne Industrialisierung überwinden“, hatte der tansanische Präsident Julius Nyerere 1977 gesagt. Diese Überzeugung teilte damals die große Mehrheit der postkolonialen Eliten. Die meisten Theoretiker maßen der Armutsverringerung als solches nur wenig Bedeutung bei.

Vor der neoliberalen Wende Mitte der 1970er Jahre „gab es einen allgemeinen Konsens darüber, dass Entwicklung größtenteils darin besteht, die Produktionsstrukturen zu transformieren“, so der Entwicklungsökonom Ha-Joon Chang.⁶ Die Armutsfrage wurde im Kontext der internationalen Arbeitsteilung betrachtet und mit den übergeordneten makroökonomischen und institutionellen Problemen verknüpft.

Zur Überwindung der Stagnation setzten die jungen, vom Kolonialismus befreiten Staaten meist auf Theorien für eine geplante Industrialisierung. Staatslenker wie Nyerere, der ghanaische Präsident Kwame Nkrumah oder der indische Ministerpräsident Jawaharlal Nehru konzipierten ihre sozialistischen Entwicklungsstrategien explizit als Alternative zu Wirtschaftsliberalismus und Imperialismus.

Dieser Ansatz, der Ende der 1940er Jahre unter anderem vom argentinischen Ökonomen Raúl Prebisch ausgearbeitet wurde, beruhte auf der These, dass der Welthandel die Ungleichheit zwischen Globalem Norden und Süden verstärkte. Ohne Zollschranken, Preiskontrollen und staatlich gesteuerte Industrialisierung würde es den Ländern des Südens nicht gelingen, den Rückstand zu den Industriestaaten aufzuholen.

Fortan erschien die Armutsfrage als Teil eines übergeordneten Problems: der Ungleichheit zwischen den Staaten. Der Fokus wurde daher mehr auf die Armut verursachenden Strukturen als auf die Hilfe für die notleidenden Menschen gelegt.

Vor diesem Hintergrund formulierte die internationale Gemeinschaft eine Agenda, die auf eine radikale Umgestaltung des Welthandels abzielte. In der Schlussakte der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad) von 1964 wurde das Ziel definiert, „zu einer veränderten internationalen Arbeitsteilung zu gelangen, die vernünftiger und gerechter ist und mit den erforderlichen Anpassungen in der weltweiten Produktion und im Welthandel einhergeht.“⁷

Zehn Jahre später erreichte dieses Entwicklungsprogramm seinen Höhepunkt, als die UN-Generalversammlung eine „neue internationale Wirtschaftsordnung“ beschloss, wie der algerische Staatschef Houari Boumediene sagte. Die Internationalisierung des Handels sollte nicht ausgesetzt, aber durch einen Rechtsrahmen so gelenkt werden, dass sie den Ländern des Südens besser gerecht wird.

Doch Ende der 1970er Jahre erlahmte der Elan. Der Grund dafür waren veränderte ideologische Kräfteverhältnisse und die Korruption innerhalb der aus der Entkolonialisierung hervorgegangenen Eliten. So entkoppelte sich das Armutsthema nach und nach von der Debatte um die internationalen Machtverhältnisse.

Armut wurde zunehmend als individuelles Phänomen verstanden und an einer abstrakten Einkommensschwelle festgemacht. Die Weltbank trieb diese Wende unter Robert McNamara voran, der von 1968 bis 1981 ihr Präsident war. Der frühere US-Verteidigungsminister und „Architekt des Vietnamkriegs“, avancierte zu einem der wichtigsten Fürsprecher für Finanzhilfen an die Entwicklungsländer. Allerdings vor al-

lem deshalb, weil man so den Forderungen der armen Länder nach einer Reform des Welthandels ausweichen konnte.

Ab 1979 begann die Weltbank ihre Kreditvergabe an die Durchführung konkreter Reformen (Strukturanpassung) zu knüpfen. Durch die Schuldenkrise, die viele Länder Anfang der 1980er Jahre heimsuchte, wurden diese Darlehen zum Schlüsselinstrument der globalen neoliberalen Wende.

In diesem für staatliche Entwicklungsprojekte feindlichen Umfeld erschienen Geldtransfers schließlich als attraktive Ergänzung der Reformen zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktliberalisierung. Die Armutsbekämpfung konzentrierte sich so vor allem auf die Verbesserung der „Lebensbedingungen der als arm definierten Personen“ und nicht auf die Transformation der „Volkswirtschaften, in denen sie leben“.⁸

Mittlerweile sind die Länder des Globalen Südens immer weniger in der Lage, den Arbeitsmarkt zu regulieren, Investitionen in eine bestimmte Richtung zu lenken oder ihre Ressourcen zu vergesellschaften. Der „Transferstaat“, der sich ausschließlich auf die Einkommensverteilung konzentriert, erscheint alternativlos.

Der Boom der Geldtransfers bedeutet somit keine Abkehr vom Neoliberalismus, sondern ist die Voraussetzung für dessen Fortbestand. Laut dem Anthropologen James Ferguson haben viele Länder die Umsetzung eines „neoliberalen Privatisierungs- und Vermarktungsprogramms“ mit „einer deutlichen Ausweitung der Programme zum Direktrtransfer von Geldern verbunden, die zunehmend von Arbeitsfragen abgekoppelt sind“.⁹

Es kündigt sich ein Triumph dessen an, was Ha-Joon Chang „Entwicklung ohne Entwicklung“ genannt hat: ein Konzept, in dem die Entwicklung von der Veränderung der internationalen Arbeitsteilung und der Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen abgekoppelt ist.

An die Stelle der ehrgeizigen Pläne aus der postkolonialen Ära, gemeinsam eine gerechtere Globalisierung zu gestalten, ist ein gezielter Kampf gegen die Armut getreten, der sich damit begnügt, die Unterschreitung einer vermeintlich erträglichen Untergrenze zu verhindern. Auf dem Weg dorthin haben sich unsere Definitionen von Entwicklung und Ungleichheit selbst grundlegend verändert.



Navot Miller, Selbstporträt, 2023, Öl auf Leinwand, 40 × 30 cm

¹ Chris Hughes, „Fair Shot: Rethinking Inequality and How We Earn“, New York (St. Martin's Press) 2018.

² Jeffrey Sachs, „Das Ende der Armut: Ein ökonomisches Programm für eine gerechtere Welt“, München (Panttheon) 2006.

³ Jeffrey Sachs, „Lessons from the Millennium Villages Project: A Personal Perspective“, in: *The Lancet*, Bd. 6, Nr. 5, 2018.

⁴ Armando Barrientos und David Hulme, „Social Protection for the Poor and Poorest in Developing Countries: Reflections on a Quiet Revolution“, Brooks World Poverty Institute Working Paper, Nr. 30, Manchester, März 2008.

⁵ António Guterres, „Tackling the Inequality Pandemic: A New Social Contract for a New Era“, 18. Juli 2020.

⁶ Ha-Joon Chang, „Hamlet without the Prince of Denmark: How Development Has Disappeared from Today's Development Discourse“, in: Shahrukh Khan und Jens Christiansen (Hg.), „Towards New Developmentalism. Market as Means Rather Than Master“, London (Routledge) 2010.

⁷ „Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development: I. Volume, Final Act and Report“, Unctad, Genf 1964.

⁸ Erik Reinert, Jayati Ghosh und Rainer Kattel, „Handbook of Alternative Theories of Economic Development“, Cheltenham (Edward Elgar Publishing) 2016.

⁹ James Ferguson, „Give a Man a Fish. Reflections on the New Politics of Distribution“, Durham (Duke University Press) 2015.

Aus dem Französischen von Markus Greiß

Anton Jäger ist Historiker für politische Ideengeschichte an der katholischen Universität Leuven. Daniel Zamora ist Professor für Soziologie an der Université Libre de Bruxelles.

Im Jahr 2020 kam es zu einem ungewöhnlichen Disput zwischen der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB). Weltbankpräsident David Malpass warf der AfDB damals vor, sie verberge Kredite zu leichtfertig.¹ Die Antwort kam prompt: „Unsere Bank erkennt an, dass die Schuldenlast der als ‚hoch verschuldet‘ bezeichneten Länder tendenziell steigt, wir beobachten diese Entwicklung genau“, hieß es in einer AfDB-Mitteilung. „Ein systemisches Überschuldungsrisiko gibt es aber nicht.“

Ein paar Jahre später sorgt das Thema weiterhin für Kontroversen. So fragte sich der Chefredakteur von *Jeune Afrique* in einem Beitrag vom 12. Mai 2022, ob „nicht zu schnell das Schreckgespenst der Verschuldung an die Wand gemalt wird“. Zwar ächzten einige Volkswirtschaften tatsächlich unter der enormen Schuldenlast. Aber sie stellten nicht die Mehrheit, und das Gesamtbild sei „deutlich weniger katastrophal, als es scheint“.

Allerdings zeigten sich mehrere afrikanische Staatschefs angesichts der Verschuldungslage nach dem Ende der Coronapandemie alarmiert – zumal diese sich durch die Folgen des Ukrainekriegs und den Zinsanstieg weiter verschärft hatte. Das Komitee zur Streichung der illegitimen Schulden (CADTM), das für seine umfangreichen Studien zum Thema bekannt ist, läutete im August 2022 erneut die Alarmglocken und sprach von einer „unerträglichen Schuldenlast“ des Kontinents.

Wer hat nun also Recht? Und wie hoch sind die Schulden tatsächlich? Laut dem im April 2023 veröffentlichten Jahresbericht der Weltbank belief sich die Staatsverschuldung der Länder Subsahara-Afrikas Ende 2022 auf schätzungsweise 1,14 Billionen US-Dollar. 2010 hatte sie noch bei 354 Milliarden gelegen. Derweil stieg die mittlere Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 32 Prozent 2010 auf 57 Prozent im Jahr 2022.

Diese Schulden machen zusammen aber weniger als 0,4 Prozent des Gesamtbetrags der weltweiten Forderungen von öffentlichen und privaten Gläubigern aus; diese belaufen sich auf 300 Billionen US-Dollar. Vor diesem Hintergrund erscheint das Verschuldungsproblem Afrikas als marginal und beherrschbar.

Ein im April 2023 veröffentlichter Bericht der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad) zeichnet folgendes Bild: Von den 38 Staaten in Subsahara-Afrika, die bei der Internationalen Entwicklungsorganisation – der für die ärmsten Länder der Welt zuständige Teil der Weltbankgruppe-Hilfen beantragen können, sind aktuell 8 Länder überschuldet. Diese Zahl ist seit 2013 mehr oder weniger stabil. Bei 14 dieser Staaten ist das Risiko einer Überschuldung gegenüber dem Ausland erhöht, 2020 waren es 15. Allerdings hat sich für die betroffenen Staaten die Überschuldungsgefahr durch die Coronapandemie, die Abwertung der afrikanischen Währungen gegenüber dem US-Dollar und die Folgen des Ukrainekriegs weiter verschärft.

Einen Großteil der Schuldenlast entfällt auf Südafrika, Nigeria, Angola und Mosambik. 48 Prozent der im Jahr 2022 ausstehenden Kredite hatten diese vier Länder aufgenommen. Laut den Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird die Schuldenquote Subsahara-Afrikas 2023 gut 55,5 Prozent des BIPs betragen, verglichen mit 57 Prozent im Jahr 2020.

Die Schuldenquote der Erdöl exportierenden Länder in der Region dürfte wegen der steigenden Nachfrage sogar nur noch bei rund 44 Prozent liegen, nachdem sie 2020 noch knapp 49 Prozent erreicht hatte. In Angola könnte



Navot Miller, *Boy on Train*, 2022, Öl auf Leinwand, 170 × 140 cm

Afrikas Schulden – Mythos und Wahrheit

von Gilbert Germain

der Schuldenstand im Verhältnis zum BIP sogar um 24 Prozentpunkte, in der Republik Kongo um 18 und in Äquatorial-Guinea um 13 Punkte sinken.²

Bei all diesen Zahlen ist aber aus mindestens drei Gründen Vorsicht geboten: Erstens fällt es den Statistikämtern aufgrund mangelnder Ressourcen schwer, verlässliche Daten zu liefern. Zweitens wird die informelle Beschäftigung, die oft mehr als 70 Prozent der Gesamtbeschäftigung ausmacht, von den Behörden größtenteils nicht erfasst. Und drittens werden die Methoden zur Berechnung des BIPs immer wieder angepasst.

Zwar sind solche Anpassungen bei der BIP-Berechnung völlig normal und sollten aus Sicht des IWF mindestens alle zehn Jahre durchgeführt werden. Allerdings kann es dadurch zu starken Schwankungen kommen. So stieg das BIP Togos nach der Neuberechnung im September 2022 sprunghaft um 36,5 Prozent an, nachdem als Referenzjahr für die Preise nicht mehr 1993, sondern 2008 herangezogen wurde. 2018 erhöhten sich die BIPs von Senegal und Niger um 29,4 beziehungsweise 30 Prozent, während das BIP von Côte d'Ivoire im März 2020 um 38 Prozent in die Höhe schnellte. Immer wenn das BIP noch oben korrigiert wird, sinkt natürlich automatisch die Schuldenquote.

Außerdem hat sich die Situation durch die in den letzten 15 Jahren gestiegene Bedeutung privater Gläubiger tiefgreifend verändert: Deren Forderungen gegenüber den Ländern Subsahara-Afrikas beliefen sich nach Angaben der EU Ende 2021 auf 216 Milliarden US-Dollar. Davon waren 67 Prozent als Anleihen verbrieft und 33 Prozent als Bankkredite vergeben worden.³

Der Rückgang der Zinsen nach der Weltfinanzkrise von 2008 hatte den Ländern mit niedrigem Einkommen den Zugang zum internationalen Fi-

nanzmarkt erleichtert und gleichzeitig Anleger dazu bewogen, sich diesen Staaten zuzuwenden. Denn Letztere mussten den Investoren höhere Zinsen bieten, während das Zinsniveau in vielen Industrieländern nahe null lag.

Indem sie private Finanzierungsangebote in Anspruch nahmen, versuchten die Schuldnerstaaten außerdem den mit der Kreditvergabe durch internationale Finanzinstitutionen verbundenen Bedingungen aus dem Weg zu gehen; insbesondere der Verpflichtung, sich den Regeln des Freihandels und der liberalen Wirtschaftsordnung zu unterwerfen.

Immer mehr private Gläubiger

Sollten also die Schulden der Länder Subsahara-Afrikas alle fünf oder zehn Jahre gestrichen werden? Ein solches Vorgehen würde sehr wahrscheinlich zu einem massiven Anstieg der Zinsen führen. Dieses Phänomen lässt sich schon heute beobachten: Sobald die Ratingagenturen, die bekanntermaßen viele Vorbehalte gegenüber den afrikanischen Ländern hegen, die Rückzahlungsfähigkeit dieser Staaten heruntersetzen, erhöhen die Investoren sogleich ihre Risikoprämien.

„Seit Ende 2021 haben sich die Zinsen für die Länder Subsahara-Afrikas mehr als verdoppelt“, sagt Luc Eyraud vom IWF.⁴ „Aufgrund dieser Erhöhung an den internationalen Märkten hat seit Beginn des Ukrainekriegs keines dieser Länder Auslandsanleihen emittiert.“ Stattdessen entscheiden sie sich immer häufiger für Inlands- und Regionalanleihen.

Die Verschuldungsfrage ist auch deswegen kompliziert, weil Angaben stark variieren können, je nachdem welche Quelle man konsultiert. Laut Bloomberg ist der Anteil der ausste-

henden öffentlichen Kredite, die von den 22 staatlichen Gläubigern des Pariser Clubs an die einkommensschwachen Länder Subsahara-Afrikas vergeben wurden, von 15 Prozent 2007 auf 3 Prozent 2016 gefallen. Die Weltbank spricht indes von einem Rückgang von 25 auf 7 Prozent. Im Gegenzug sei der Anteil der durch andere bilaterale Kreditgeber gehaltenen Schulden von 11 auf 18 Prozent gestiegen.

Zu diesen Gläubigern zählt auch China, dem häufig vorgeworfen wird, für einen gefährlichen Anstieg der Verschuldung Afrikas verantwortlich zu sein. Glaubt man dem US-Thinktank American Enterprise Institute, hat Peking den Staaten Subsahara-Afrikas zwischen 2005 und 2018 Kredite in Höhe von 298 Milliarden US-Dollar gewährt.⁵ Die China Africa Research Initiative an der Johns Hopkins University kommt zu einem ganz anderen Ergebnis. Dort schätzt man, dass China den afrikanischen Ländern zwischen 2000 und 2019 rund 150 Milliarden US-Dollar geliehen hat.⁶

Das auf internationale Entwicklung spezialisierte Forschungsinstitut AidData hält dazu fest, dass „fast 50 Prozent der von China an Entwicklungsländer vergebenen Darlehen nicht in den offiziellen Statistiken auftauchen“, wobei unklar bleibt, auf welche Quellen sich diese Behauptung stützt.

Die Kritik gegenüber China ist Teil eines größeren geopolitischen Konflikts. So hatte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron im Februar 2021 am Rande eines Treffens der Regionalorganisation G5 Sahel in N'Djamena gesagt: „Eine Umstrukturierung der Schulden Afrikas gegenüber Europa und den USA nutzt nichts, wenn dann zusätzliche Kredite bei China aufgenommen werden.“

In einer Ende Mai 2022 veröffentlichten Studie⁸ weisen die Politikwis-

senschaftler Nicolas Lippolis und Harry Verhoeven allerdings darauf hin, dass eine Fokussierung auf die Rolle Chinas in die Irre führe. Mehrere US-Regierungen hätten davor gewarnt, „dass Peking Afrika in die Verschuldung treiben würde, um politischen Einfluss auszuüben und die afrikanischen Staaten zur Veräußerung strategischer Vermögenswerte an China zu zwingen“. Sie selbst kommen zu einem anderen Fazit: „Nicht die chinesische Schuldenfalle bereitet den afrikanischen Regierungschefs schlaflose Nächte, sondern die Launen des Anleihemarkts.“

Die Ungewissheit über die Höhe der Forderungen Chinas gegenüber den afrikanischen Staaten verkompliziert auch die Debatte über einen Schuldenerlass. Wegen der Heterogenität der Geldgeber ist es schwierig, einen einheitlichen Ansatz zu finden. Wenig verwunderlich, dass der IWF und die Weltbank von den afrikanischen Staaten verlangen, ihre Schulden gegenüber China offenzulegen. Eine hohe Staatsverschuldung ist an sich noch kein Problem – Japans Schuldenquote etwa liegt bei rund 250 Prozent. Entscheidend ist die Fähigkeit der Regierung, die Kredite trotz hoher anderweitiger Haushaltsbelastungen weiter bedienen zu können. Die Ausgaben durch einen Schuldenerlass zu verringern, ist zwar eine wirksame Maßnahme, aber sie ist nicht unbedingt nachhaltig.

Überschuldung ist das Resultat eines Prozesses und kehrt wieder, wenn die Ursachen bestehen bleiben. Gegenüber den stark vom Rohstoffexport abhängigen Nationen warb der AfDB-Präsident im Juni 2021 für einen „afrikanischen Stabilitätsmechanismus, um die afrikanischen Volkswirtschaften dabei zu unterstützen, sich vor exogenen Schocks zu schützen“.⁹ Aber ist diese Maßnahme geeignet, um das wiederkehrende Problem der Überschuldung an der Wurzel zu packen?

Es gibt jedenfalls eine Reihe von Alternativen: eine regelmäßige, mindestens alle zehn Jahre stattfindende Neubewertung des BIPs, eingehende Prüfungen der Inlandsverschuldung sowie die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität, um die Lebensmittelimporte zu verringern. Zielführend wären außerdem eine Stärkung der Einnahmeseite durch die Ausweitung der Besteuerungsgrundlage, die Bekämpfung der Korruption und Maßnahmen, um den Abfluss von illegalen Vermögenswerten zu stoppen (nach Schätzungen etwa 85 Milliarden US-Dollar pro Jahr).

Auch die Eindämmung der Militärausgaben könnte helfen, ebenso wie die Neuverhandlung der Bergbauverträge im Interesse der betroffenen afrikanischen Länder. Ein Schuldenerlass ist also nicht der einzige gangbare Weg.

¹ „La BAD réfute les propos du président de la Banque mondiale insinuant qu'elle contribue au problème d'endettement des pays africains“, Agence Ecofin, 15. Februar 2020.

² Siehe „Africa's Pulse“, Nr. 26, Weltbank, Oktober 2022.

³ „Afrique subsaharienne: le stock de la dette extérieure a atteint 790 milliards \$ en 2021, mais reste à 80 % à long terme“, Agence Ecofin, 17. Januar 2023.

⁴ „Comprendre l'actuelle pénurie de financement“, Agence Ecofin, 24. Mai 2023.

⁵ Siehe „China-Afrique: La dette s'envole, c'est grave, docteur?“, *Le Point*, 4. Januar 2019.

⁶ Siehe „Chinese Loans to Africa Database“, Global Development Policy Center.

⁷ „Les prêts chinois à l'Afrique pourraient déclencher une crise financière mondiale, selon Olaf Scholz“, Agence Ecofin, 31. Mai 2022.

⁸ Nicolas Lippolis und Harry Verhoeven, „Politics by default: China and the global governance of African debt“, in: *Survival*, Bd. 64, Nr. 3, London 2022.

⁹ „Assemblées annuelles 2021 de la BAD: premières discussions sur la gestion de la dette africaine“, Agence Ecofin, 24. Juni 2021.

Aus dem Französischen von Markus Greiß

Gilbert Germain ist Politikwissenschaftler und Autor von „Non à un plan Marshall pour l'Afrique subsaharienne“, Paris (L'Harmattan) 2022.

Emanzipation im Nahen Osten

Eine neue Generation von Feministinnen kämpft nicht nur für Frauenrechte, sondern auch für umfassende demokratische Reformen

von Hicham Alaoui

Die massiven Proteste nach dem Tod der jungen iranischen Kurdin Jina Mahsa Amini, die im September 2022 in Teheraner Polizeigewahrsam starb, zeigen, wie heftig im Nahen Osten heute um Frauenrechte gestritten wird.¹ Um diesen Kampf in seinem ganzen Ausmaß zu begreifen, sind jedoch die vor allem im Westen dominierenden Standpunkte wenig hilfreich. Nur allzu oft werden die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern in dieser Region verzerrt dargestellt oder instrumentalisiert.

Es gilt, die falsche Alternative zwischen zwei vorurteilsbeladenen Positionen zu vermeiden, also entweder die angeblich so tiefen Wurzeln der Frauenunterdrückung im Nahen Osten zu kritisieren oder die Frauen zu ewigen Opfern zu erklären – vom Kolonialismus bis zu dem reaktionären Streben nach kultureller Authentizität.²

Wer den Kampf der Frauen in diesem Teil der Welt würdigen will, muss die ideologischen und politischen Begriffe hinterfragen, mit denen die Genderfrage sowohl im Westen als auch im Nahen Osten verhandelt wird. Erst dann kann man das drückende Erbe der Vergangenheit ans Licht holen und Möglichkeiten und Wege aufzeigen, dem Patriarchat die Stirn zu bieten und den bislang marginalisierten Stimmen Gehör zu verschaffen.

Unter den zahlreichen Verheerungen, die der europäische Kolonialismus im Nahen Osten angerichtet hat, besaßen nur wenige eine so durchschlagende Wirkung wie die importierte Misogynie. Zu jener Zeit gab es zwar nirgendwo eine geschlechtliche Gleichstellung, weder unter der Kolonialmacht noch in den kolonisierten Gesellschaften. Dennoch unterschieden sich die Begriffe von Geschlecht und geschlechtlicher Differenz im Nahen Osten sehr deutlich von denen Europas im 19. Jahrhundert.

Ein wichtiger Unterschied betrifft das Verhältnis von informellen Regeln und Gesetzbüchern. Das gesellschaftliche Leben im Nahen Osten orientierte sich zwar an Texten und Anweisungen islamischer Juristen, gewährte Frauen aber in vielen Bereichen beträchtliche Handlungsspielräume; so konnten sie teilweise frei über Finanzmittel verfügen, sich rechtlich beraten lassen oder Verträge unterzeichnen. Die Scharia war in vielerlei Hinsicht durchaus flexibel, etwa wenn es um die Rolle der Frau in Ehe und Familie ging. Viele Regeln waren nicht nur religiös, sondern auch pragmatisch motiviert.

Der europäische Kolonialismus veränderte dieses System in doppelter Hinsicht: Er vereinheitlichte die Vorschriften der Scharia, die in den jeweiligen Gemeinschaften bis dahin sehr verschieden ausgelegt worden waren, zu einem Code unantastbarer Regeln. Zum Beispiel die strikte Trennung zwischen Frauen und Männern, wenn sie nicht miteinander verwandt (*mahram*) waren: Was früher eine mehr oder weniger dehnbare, religiös konnotierte Verhaltensregel war, wurde nun zu einem mit Zwang durchgesetzten Verbot. Gleichzeitig wurden diese Regeln ins Zivil- und Strafrecht übernommen, das den nahöstlichen Gesellschaften durch Gerichte, militärische Anordnungen und Behördenelasse auferlegt wurde.

Das alte, pluralistische Nebeneinander informeller religiöser Regeln verwandelte sich in ein Arsenal von Ge- und Verboten, die keine Ausnahme mehr zuließen. Darin spiegelte sich die Sicht der Kolonialmächte auf den Islam

und die Muslime, die als rückständig und unzivilisiert galten, woraus notwendig folgte, dass ihre Frauen in einer Unterdrückung lebten, aus der sie gerettet werden mussten.

Doch das imperialistische Bestreben, die Muslime zu „zivilisieren“, erzeugte genau die gegenteilige Wirkung, indem man ihre Gesellschaften autoritärer Herrschaft, militärischer Gewalt und wirtschaftlicher Ausbeutung unterwarf. Und das galt auch für die Frauen. Sie wurden nicht befreit, sondern in einen neuen Apparat gezwungen, der Ausdruck der europäischen Auffassung von Geschlechterhierarchie war.

Nichts illustriert diese Umformung lokaler Traditionen unter kolonialer Verstaatlichung besser als der Umgang mit Homosexualität. In zahlreichen muslimischen Gesellschaften ließen die Vorstellungen von geschlechtlicher Identität und Sexualität eine gewisse Mehrdeutigkeit zu. Nicht formalisierte Beziehungen und sexuelle Praktiken, die der Koran verbot, waren weit verbreitet und wurden stillschweigend toleriert.

Die Unterscheidungskriterien, die von den westlichen Gesetzgebern angewandt wurden, zogen jedoch eine strenge Grenzlinie zwischen „hetero“ und „homo“. Sexualität wurde kodifiziert und jede Abweichung kriminalisiert. Homosexuelle Beziehungen und Praktiken, die traditionell gebilligt worden waren, wurden zwangsweise in Kategorien eingeschrieben, die der nahöstlichen Kultur fremd waren.³

Ähnliches gilt für die Rechte von Frauen. Die Kolonialbeamten bestrafte die Muslime für die Unterdrückung der Frauen, obgleich die Frauen in ihren eigenen Ländern weder das aktive noch das passive Wahlrecht besaßen. Zudem waren die europäischen Frauen im kapitalistischen Wirtschaftsleben inzwischen weitaus eingeschränkter als die Frauen im Nahen Osten, die sich über islamische Stiftungen (*awqaf*) karitativ oder akademisch betätigen konnten.

Im Westen nahm die zweite Welle der Frauenbewegung ihren Aufschwung Mitte des 20. Jahrhunderts, als Homosexualität weiterhin unter

Strafe stand und Heterosexualität die Norm darstellte. Auch als viele westliche Länder Anfang der 2000er Jahre begannen, die rechtliche Gleichstellung von LGBTIQI-Personen einzuleiten, wurde mit zweierlei Maß gemessen: Man kritisierte die muslimischen Gesellschaften für ihre „Homofeindlichkeit“, vergaß aber, wie es bis vor Kurzem im Westen selbst zugegangen war.

Im Westen glaubt man, dass die Gleichstellung der Geschlechter in muslimischen Gesellschaften nur erreicht werden könne, wenn man dort westliche Ideen einpflanzt. Diese Sichtweise ist ein Resultat der kulturellen Hegemonie, die der Westen lange Zeit in sämtlichen Weltgegenden innehatte. Doch der Import eines Feminismus westlicher Prägung hat bislang nirgendwo zu überzeugenden Resultaten geführt.

Kolonialismus und Scharia

Er förderte zwar die Bildung und Mobilisierung urbaner, bürgerlicher Frauen, stützte aber zugleich autoritäre Herrschaftsformen und verbreitete kulturelle Stereotype. Unabhängig davon, ob diese feministischen Ideen im Zuge des Nation Buildings wie in Irak und in Afghanistan oder von technokratischen Regierungen verordnet wurden, führten sie vor Ort lediglich zu der Reaktion, dass Emanzipation mit westlichem Imperialismus gleichgesetzt wurde.

Dieses Muster hat sich in der Geschichte der Moderne stets wiederholt. In seiner brutalsten Form trat es in Kolonialregierungen in Erscheinung, die im Namen der Geschlechtergerechtigkeit repressive Gesetze erließen.

So ging etwa die Sowjetunion ab den 1930er Jahren in Zentralasien zwangsweise gegen die Verschleierung der Frauen vor. Frankreich machte dasselbe 1958 in Algerien. Eine solche Politik zielte zwar vor allem darauf, die Autorität von traditionellen Eliten und religiösen Würdenträgern zu untergraben, nährte aber auch die begriffliche Verschmelzung von Kolonialismus und Fortschritt.

Derselben Logik folgten die autoritären Regime des Nahen Ostens, die von ihren westlichen Bündnispartnern beeinflusst oder abhängig waren. Ihre Version des „aufgeklärten Absolutismus“ zielte darauf, „die“ muslimische Frau zu befreien, ohne den Bürgerinnen insgesamt irgendwelche Rechte einzuräumen. So wurde die Frauenfrage zur Stütze autokratischer Regime, die säkularen Konservatismus als Waffe gegen eine religiös orientierte Opposition nutzten, um sich mehr gesellschaftlichen Rückhalt zu verschaffen.

Während ihrer Herrschaft setzten der persische Schah Mohammad Reza Pahlavi (1941–1979), der afghanische König Mohammad Zahir Shah (1933–1973), der tunesische Präsident Zine el-Abidine Ben Ali (1987–2011) auf diese Strategie, die heutzutage vom saudischen Thronfolger Mohammed bin Salman imitiert wird. Dabei ging und geht es stets darum, den Frauen begrenzte Rechte zu verleihen, um jeden Wunsch nach echter Demokratisierung zurückweisen zu können.⁴

Doch wer ein paar Frauen in politische Ämter lässt, ihr Recht auf Bildung und wirtschaftliche Freiheit anerkennt und die Ehe als Vertrag zwischen gleichwertigen Partnern bezeichnet, folgt nicht dem Prinzip Freiheit, sondern nutzt lediglich eine bewährte Taktik.

Dieser Staatsfeminismus gehört zum Werkzeugkasten des Autoritarismus. Er wird genutzt, um den Status quo zu sichern. Religiöse Einflüsse werden zurückgedrängt, stattdessen ein selektiver Säkularismus von oben verordnet. Dieses Vorgehen konnte man etwa bei der historischen Konsolidierung von Einparteienregimen beobachten wie der Baath-Partei in Syrien und im Irak oder in Republiken mit einem ausgeprägten arabischen Nationalismus. Bis heute zementiert sie autokratische Führungsmuster in Staaten wie Marokko oder Ägypten, die sich auf die Tradition berufen, um die Auslegung des Islam streng zu kontrollieren.

Doch auch im Nahen Osten tätige westliche Organisationen fördern diesen Mechanismus. Von der UNO bis zu den kleinsten NGOs unterstützen

oder gründen sie lokale Frauengruppen und fordern die Regierungen auf, die Bildungs- und Berufschancen für Frauen zu verbessern. Aber auch sie nehmen keine Rücksicht auf allgemeine Demokratiebestrebungen, sondern fokussieren sich auf partielle sozioökonomische Themen und umgehen den Staat, den sie für schwach und unfähig halten.

Diese Herangehensweise stärkt auch den Tokenismus, bei dem die Stärkung von einer kleinen Gruppe von Frauen als gesamtgesellschaftliche Veränderung präsentiert wird. Man denke nur daran, mit welcher Begeisterung in den 1990er Jahren im Westen die Machtübernahme Benazir Bhuttos in Pakistan begrüßt wurde, obwohl sie nur sehr geringe Auswirkungen auf die allgemeine Ungleichheit zwischen Männern und Frauen im Land hatte.

Unterm Strich blieben Frauenrechte nur in einer Handvoll institutioneller Mikrokosmen erhalten, die zerfielen, sobald sich die westlichen Sponsoren wieder zurückzogen. Ein warnendes Beispiel ist Afghanistan, das seit 2021 wieder von den Taliban beherrscht wird.

Ob in kolonialer, staatlicher oder humanitärer Ausprägung, die Strategie eines Feminismus von oben stößt auf zwei grundlegende Schwierigkeiten. Erstens stärkt sie den Autoritarismus, indem sie die Gewährung von Frauenrechten auf wenige Bereiche des öffentlichen Lebens beschränkt. Autoritäre Herrscher, die Menschenrechtsverletzungen oder das Fehlen bürgerlicher Freiheitsrechte ignorieren, können die Frauenemanzipation so für ihre eigenen Zwecke instrumentalisieren.

Man denke beispielsweise an Mohammed bin Salman, der den saudischen Frauen mittlerweile zwar das Autofahren erlaubt und Rayanah Barnawi an einer Weltraummission teilnehmen lässt, doch zugleich feministische Aktivistinnen ins Gefängnis werfen lässt. Die Botschaft ist eindeutig: Die Rechte der Frauen in Saudi-Arabien hängen ausschließlich vom Wohlwollen des Monarchen ab.

Und zweitens schürt diese Strategie der selektiven Verordnung importierter Ideen die Feindseligkeit konser-



Bei der Arbeit: die iranische Automechanikerin Nilufar Farahmand FATEMEH BAHRAMI/picture alliance/aa

vativer Kräfte im Land, die sich selbst als Bewahrer der kulturellen Authentizität gerieren können. So stärkt man ausgerechnet die islamistischen Hardliner, die – vorgeblich, um den Islam und die muslimischen Traditionen zu schützen – jede Gesetzesänderung zur Verbesserung der Lage der Frauen blockieren.

Wenn die feministischen Kämpfe im Nahen Osten eine Chance auf Erfolg haben wollen, dann wäre es hilfreich, sich nicht länger an den vorgefertigten Lösungen des Westens zu orientieren, sondern auf die lokalen Ressourcen und Erfahrungen zu bauen. Dafür gibt es zahlreiche historische Vorbilder, die man in drei Kategorien zusammenfassen kann.

In der ersten Kategorie finden sich die Bestrebungen, Säkularismus mit Nationalismus zu verbinden, wie der türkische Kemalismus oder – in geringerem Maß – der tunesische Bourguibismus (benannt nach Habib Bourguiba, dem ersten Staatschef nach der Unabhängigkeit). Sie sind zwar vom Westen inspiriert, aber nicht durch ihn korrumpiert. Erklärtes Ziel war es, die gesamte Gesellschaft einschließlich ihrer wirtschaftlichen Grundlage und ihrer Klassenstruktur vollständig umzugestalten.

In diesem Rahmen stand der Säkularismus für den ausdrücklichen politischen Willen, den Zuständigkeitsbereich des Staats neu zu bestimmen. Das war nicht bloß der Nebeneffekt eines Versuchs der Machthaber, die Religion zu autokratischen Zwecken zu monopolisieren und zu instrumentalisieren, wie es derzeit in Ägypten, Marokko und Saudi-Arabien der Fall ist.

Während der Kemalismus jeglichen religiösen Einfluss auf die politischen Institutionen beenden wollte, war der Bourguibismus eher bestrebt, die Religion zu kontrollieren, um sie in den Dienst einer allgemeinen Modernisierung zu stellen, insbesondere über den Weg eines staatlichen *Idschtihad* (einer „Anstrengung“ zur Neuinterpretation des Korans und der Scharia).

Die Emanzipation der Frauen kann also vom Säkularismus profitieren, wenn man bedenkt, dass eine Trennung von Staat und Religion das beste Mittel ist, um soziale Beziehungen neu zu definieren, den rechtlichen Rahmen zu reformieren und Frauen eine Teilhabe am wirtschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen.

Ein solches Vorhaben hat jedoch den Nachteil, dass es die Feindschaft religiöser Kreise und konservativer Milieus auf sich zieht. Für traditionelle Eliten wie die *Ulama* (Rechtsgelehrte) bedeutet der Verzicht auf juristische Vorrechte, einen Großteil ihres Einflusses auf die Glaubenspraxis zu verlieren. Auf der anderen Seite lehnen neue religiöse Akteure wie die Islamisten den Säkularismus ab, weil er ihrer Meinung nach eine Gefahr für die muslimische Identität darstellt. Die Kluft zwischen Säkularen und Religiösen zeugt von einer tiefen politischen Spaltung, die man heute etwa in der Türkei und in Tunesien beobachten kann.

Die zweite Option ist der islamistische Feminismus.⁵ Diese Denkrichtung wurde in den 1970er Jahren etwa von den Muslimbrüdern in Ägypten, der Refah (Wohlfahrtspartei) in der Türkei und der Islamischen Revolution in Iran entwickelt. Sie verdankt sich einem gesellschaftlichen Wandel, denn die islamistischen Bewegungen verbreiteten sich in derselben urbanen, bürgerlichen Klasse, an die sich auch der westliche Feminismus richtete.

Der islamistische Feminismus entsprang unter anderem dem Wunsch, sich von fundamentalistischen Hardlinern zu distanzieren, die sich auf eine sehr verengte Interpretation der Scharia stützten. Es ist kein Zufall, dass die prominentesten Vertreterinnen eines islamistischen Feminismus, wie Zainab al-Ghazali in Ägypten, Faezeh Hachemi Rafsandschani in Iran, Soumaya Ghannouchi in Tunesien oder Nadia Yassine in Marokko, strenggläubige Väter haben.

Die islamistischen Feministinnen kombinieren auf eine neue Art Glauben und Praxis. Sie halten an den traditionellen Ausdrucksformen der Frömmigkeit wie Verschleierung, Bescheidenheit und Keuschheit fest und kämpfen gleichzeitig für die Präsenz von Frauen im öffentlichen Raum, für deren Bildung und wirtschaftliche sowie politische Teilhabe. In ihrer religiösen Exegese stellen sie sich einer wörtlichen Auslegung der *Fiqh* (islamischen Rechtslehre) entgegen und plädieren für eine kontextbezogene Lektüre der Scharia. Sie treten für Gesetzesänderungen ein, die Frauen bei Scheidungen und im Erbrecht gleichstellen.

Doch der islamistische Feminismus ist nie zu einer Bewegung mit festen Organisationsstrukturen geworden. Er bleibt bis heute gefangen zwischen streng konservativen Kräften und den Verlockungen des liberalen Säkularismus. Entweder gibt er dem Druck religiöser Fundamentalisten nach wie in Iran, oder er löst sich schließlich von seinen islamistischen Wurzeln wie bei Saïda Ounissi in Tunesien. Die islamistischen Feminist:innen befinden sich in einer Zwickmühle: Weder vermögen sie es, den Islamismus von innen zu reformieren, noch können sie sich mit dem liberalen Säkularismus verbünden.

Egal ob mit oder ohne Kopftuch

Bleibt eine dritte und letzte Möglichkeit: der demokratische Feminismus, der seine Forderung nach Gleichstellung auf das Konzept der Staatsbürgerschaft gründet. Er ist Teil einer größeren Demokratiebewegung, die bei den Protesten des sogenannten Arabischen Frühlings 2011 sichtbar wurde.

Er beteiligt sich nicht an den Debatten um kulturelle Authentizität oder die Auslegung der Scharia, sondern will die immer wieder ins Feld geführte Dichotomie von Islam und Säkularismus, von Authentizität und Verwestlichung überwinden. Deshalb weigern sich seine Vertreterinnen auch, das Kopftuch als Hindernis für Geschlechtergerechtigkeit zu verdammen: Jede Frau soll tragen, was sie will, ohne dass das ihre gesetzlichen Rechte beeinträchtigen darf.

Die demokratischen Feminist:innen sind häufig jung. Zur Verbreitung ihrer Ideen nutzen sie Social Media und grenzen sich von alten nationalistischen oder religiösen Ideologien ab.⁶ Sie betrachten ihr Engagement als Teil eines größeren Kampfs um Demokratie und weisen die Instrumentalisierung der Frauen durch autokratische Regime zurück. Sie kennen die feministischen Diskussionen, die im Westen geführt werden, und achten darauf, sich nicht darin zu verstricken, sondern die Themen in ihrer eigenen Sprache und für ihren Kontext neu zu formulieren.

Von all den aufgeführten Strategien vermag allein der demokratische Feminismus eine Brücke in die Zukunft zu bauen. Kemalismus und Bourguibismus sind an ihre Epoche gebundene Produkte des postkolonialen Aufbaus

Recht auf Abtreibung

Abtreibung erlaubt

Abtreibung verboten

außer wenn die Gesundheit der Frau in Gefahr ist
ohne Ausnahme, oder nur wenn das Leben der Frau in Gefahr ist

Quelle: Center for Reproductive Rights, „The world's abortion laws“, Juli 2022

Ministerinnen

Frauenanteil in der Regierung (Stand: 1. Januar 2023)

0
5
10
15
20
22
33 %

Quelle: „Women in politics: 2023“, UN Women

Erwerbsquote

Anteil der erwerbstätigen Frauen in der Gruppe der über 15-Jährigen, 2022

6
12
20
35
50
62 %

Quelle: Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit, 2021

Maß für die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen in Bezug auf die reproduktive Gesundheit von Frauen, ihren Grad an gesellschaftlicher Teilhabe und ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt

0,040–0,100
0,150–0,310
0,425–0,500
0,550–0,640
0,820

Quelle: Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

einer Nation, sie können nicht eins zu eins reproduziert werden. Der islamistische Feminismus wurde von der Strömung, die ihn hervorgebracht hat, selbst an den Rand gedrängt. Der demokratische Feminismus hingegen verfügt über ein Vokabular und eine Vision, mit denen Aktivist:innen nicht nur den Begriff von „Frausein“ neu definieren, sondern auch eine Demokratie für alle fordern können.

Obwohl die Proteste des Arabischen Frühlings von 2011 bei ihren Versuchen, den Nahen Osten zu demokratisieren, gescheitert sind, haben sie dem demokratischen Feminismus doch neue Horizonte eröffnet. Er hat die in Tunesien entstandene Demokratiebewegung überlebt, weil sich seine Aktivist:innen in einer sensiblen politischen Debatte nicht haben zum Schweigen bringen lassen.

In Ägypten rechtfertigte Feldmarschall Abdel Fattah al-Sisi seinen konterrevolutionären Staatsstreich von 2013 auch mit dem Schicksal der Frauen, deren Rechte er durch die gewählte Regierung der Muslimbrüder bedroht sah. Da ihm der Schutz der Frauen als Alibi zur Abschaffung der Demokratie diente, kann das Regime an diesem Punkt nicht nachlassen, ohne sich unglaubwürdig zu machen. Die Islamische Revolution in Iran versprach demokratische Wahlen und eine Besserstellung von Frauen, die als wichtige Stützen des neuen Regimes betrachtet wurden. Als Wählerinnen und Aktivistinnen standen die Iranerinnen im Zentrum aller großen politischen Mobilisierungen der letzten Jahrzehnte.

Die Bewegung des demokratischen Feminismus erfährt seit 2011 in der gesamten Region Zulauf. Er ist in den Sozialen Medien präsent, in den Schulen und an den Universitäten und in den öffentlichen Debatten. Mittlerweile gibt es eine neue Generation von Aktivist:innen, die teilweise auch aus ländlichen oder weniger privilegierten Verhältnissen kommen.

Der Feminismus ist damit nicht länger eine ausschließlich bürgerliche, urbane Weltanschauung, sondern zugänglich für alle, wie zahlreiche Beiträge in den Sozialen Medien zeigen.

Dass viele Männer aus wirtschaftlichen Gründen auswandern und die Frauen eine immer wichtigere Rolle in der informellen Ökonomie übernehmen, hat die feministischen Anliegen gestärkt. Der Rückgang der Rentier-Ökonomie hat ebenfalls dazu beigetragen, dass Frauen stärker auf dem Arbeitsmarkt vertreten sind, vor allem in den Golfmonarchien, die zunehmend bestrebt sind, Fachkräfte im eigenen Land zu rekrutieren.

Wenn auch nicht immer direkt sichtbar, sorgt all dies für gesellschaftliche Veränderungen. Die Umwälzungen, die derzeit noch im Verborgenen und in privaten Räumen stattfinden, werden eines Tages notwendigerweise die politische Bühne erobern.

Ein pragmatischer Alltags-Aktivismus ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürgern, Rechte einzufordern und gleichzeitig autokratische Vereinbarungen zurückzuweisen, denn Geschlechtergerechtigkeit kann nicht von oben verordnet werden. Darüber hinaus könnte die Verbindung von Demokratie und Feminismus entscheidend sein, um den falschen Gegensatz von Tradition und Moderne zu überwinden. Für die demokratischen Feminist:innen ist Meinungsfreiheit das wichtigste Unterpfand kultureller Authentizität, denn danach streben alle Bürger:innen, die mehr Demokratie fordern.

In diesen Prozessen wird derzeit das politische Leben in der gesamten Region umgewälzt. Das Kopftuch gilt immer weniger als Zeichen weiblicher Bescheidenheit, sondern wird zum Symbol des politischen Kampfs für Bürger:innenrechte. Die Gräben, die sich einst an der Frage des Schleiers aufbauten, scheinen sich nach und nach zu schließen. In Tunesien bieten Frauen ohne Kopftuch der Tradition des Bourguibismus die Stirn, indem sie ihre verschleierte Geschlechtsgenossinnen im Namen der Menschenrechte verteidigen. Gemeinsam kämpfen sie gegen die Wiederabschaffung der Demokratie durch Präsident Kais Saïed.

In Iran ist es umgekehrt. Hier verteidigen verschleierte Frauen ihre Mitdemonstrantinnen, die das Kopftuch ablegen; gemeinsam protestieren

sie gegen die brutale Unterdrückung durch das Regime. Es wird nicht darüber gestritten, warum sich eine Frau für oder gegen das Kopftuch entscheidet, sondern es wird zusammen gegen den staatlichen Kopftuchzwang protestiert. Im Gegensatz zum „Feminismus von oben“, wie ihn das saudische Königshaus praktiziert, wird in Iran der Kampf um die Gleichheit der Geschlechter von unten geführt.

Die Proteste nach dem Tod von Jina Mahsa Amini haben in der Tat gezeigt, wie stark der iranische Staat in seiner eigenen Symbolpolitik gefangen ist. Das Kopftuch an sich ist weniger das Problem, aber es ist zum Sinnbild des Konflikts zwischen dem klerikalen Regime und einem Großteil der Gesellschaft geworden. Was einst ein kulturelles Markenzeichen der Islamischen Revolution war, ist zum Schwachpunkt des Regimes geworden.

Wenn die iranischen Behörden den Kopftuchzwang abschaffen, müssen sie weitere Zugeständnisse machen, um die Massen zu beruhigen, die durch die breiten Proteste ermutigt wurden. Das würde die Schleusen für einschneidende Veränderungen öffnen. In Iran wie im Nahen Osten verlangen die Demokratiebewegungen, Religion und Säkularisierung neu zu denken, und zwar im Rahmen der darüber hinausgehenden allgemeinen Forderung nach Menschenrechten.

¹ Siehe Mitra Keyvan, „Iran – Die Mauer aus Angst ist gefallen“, *LMd*, November 2022.

² Siehe Sahar Khalifa, „Ich war die fünfte Enttäuschung“, *LMd*, September 2015.

³ Zum Vergleich mit der Situation in Subsahara-Afrika vgl. Kago Komane, „Gay-bashing in Africa is a colonial import“, *Daily Maverick*, 25. Juni 2019.

⁴ Siehe Florence Beaugé, „Selbst lenken“, *LMd*, Juni 2018.

⁵ Siehe etwa Charlotte Wiedemann, „Die Ninjas von Sanaa“, *LMd*, März 2012, und „Das Haus von Fathiya“, *LMd*, April 2020.

⁶ Siehe Akram Belkaid, „#MeToo in Tunis“, *LMd*, August 2021.

Aus dem Französischen von Sabine Jainski

Hicham Alaoui ist Autor (mit Robert Springborg) von „Security Assistance in the Middle East: Challenges ... and the Need for Change“, Boulder (Lynne Rienner Publishers) 2023; sowie „Pacted Democracy in the Middle East. Tunisia and Egypt in Comparative Perspective“, London (Palgrave Macmillan) 2022.

Le Zeitung für Weltpolitik

Analysen, Berichte und Geschichten, die Sie anderswo nicht finden: Einmal im Monat lesen Sie in LMD, was auf der Welt passiert – und was dabei auf dem Spiel steht.

Zeitung, App, ePaper & Audio 3 Monate für 9 Euro
monde-diplomatique/kurzabo-kombi

Das Abo verlängert sich nach Ende des Bezugszeitraums zum dann gültigen Preis, derzeit 66 Euro, wenn es nicht 3 Wochen vorher gekündigt wird.



- **USA vs. China**
Wie gefährdet ist Taiwan wirklich?
Zum Text geht es über den QR-Code

**3 Monate
für 9 Euro**



Plastikpest

► Fortsetzung von Seite 1

Da die Katastrophe mit dem Beginn des Monsuns zusammenfiel, begannen die Bergungs- und Säuberungsarbeiten erst im November 2021.

Im folgenden Jahr mussten sie während der Regenzeit erneut unterbrochen werden. Erst im Februar 2023 wurde das Heck des Wracks geborgen und von der Shanghai Salvage Company, die dem chinesischen Verkehrsministerium untersteht, auf ein Transportschiff verladen.

Ursache der Katastrophe war ein simples Leck in einem Behälter mit Salpetersäure gewesen. Das starke Oxidationsmittel wird zur Herstellung von Düngemitteln und Sprengstoffen verwendet. Bei Kontakt mit Metallen reagiert es explosionsartig und entzündet Treibstoff, Papier oder Holz.

Obwohl die Besatzung das Leck bereits am 11. Mai entdeckt hatte, war kein Hafen bereit, der „X-Press Pearl“ zu helfen – „mangels Spezialausrüstung“, wie es hieß. So weigerten sich etwa die Hafenbehörden von Hamad in Katar, danach auch die von Hazira im indischen Gujarat, den defekten Container an Land zu nehmen.

Die Schäden für Umwelt und Artenvielfalt, für die Fischerei und den Tourismus in Sri Lanka durch den freigesetzte Chemiecocktail lassen sich kaum alle auflisten. Auf staatliche Maßnahmen, um die Schäden zu untersuchen und auszuheilen und die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen, ist kaum zu hoffen, denn das Land steckt in einer tiefen politischen Krise. Im Juli 2022 trat Präsident Gotabaya Rajapaksa nach massiven Protesten zurück,¹ im Oktober 2022 verzeichnete das Land eine Rekordinflation von 69,8 Prozent.

Unmittelbar nach der Havarie am 25. Mai 2021 waren auf der „X-Press Pearl“ mehrere Explosionen zu hören gewesen, Container begannen über Bord zu gehen, und bald flutete das Granulat an die Küsten. An manchen Stellen türmten sich die Pellets zu bis zu zwei Meter hohen Plastikdünen. Sri Lanka befand sich gerade im Coronalockdown. Freiwillige, Wissenschaftler:innen und das Militär versuchten die Strände mit den minimalen Mitteln zu reinigen, die sie gerade zur Verfügung hatten.

Auch der paradisiische Strand von Sarakuwa war betroffen. „Man konnte den Sand nicht mehr sehen, es war wirklich grauenhaft“, erzählt Muditha Katuwawala, Gründer der Umweltorganisation Pearl Protectors.⁵ Das Aufräumen waren eine Sisyphusarbeit: An einem Tag wurden die Strände gesäubert, am nächsten Tag waren sie wieder mit Granulat bedeckt.

Wenn sich diese Art Katastrophe mit nur wenigen unmittelbaren Todesopfern im Globalen Süden ereignet, weit entfernt von den reichen Ländern, interessiert es die großen Medien gewöhnlich nicht. Die Journalistin Agnès Sinaï spricht in diesem Zusammenhang von einer „kollektiven Blindheit für die untragbare ökologische Lage weltweit“.

Die Havarie der „X-Press Pearl“ ist keineswegs ein Einzelfall. Nur einen

Monat später, am 25. Juni 2021, brach 480 Seemeilen von Sri Lanka ein Feuer im Maschinenraum der „MSC Messina“ aus. Das unter liberianischer Flagge fahrende Containerschiff hatte kurz zuvor fast seine gesamte Fracht in Colombo entladen und befand sich mit nur mehr 38 Containern an Bord auf dem Weg nach Singapur. Die Besatzung konnte den Brand löschen, wobei ein Seemann ums Leben kam.

Ein ähnlicher Unfall ereignete sich im September 2020 nur 38 Seemeilen vor der Ostküste Sri Lankas an Bord des Öltankers „MT New Diamond“, als ein Heizkessel explodierte. Der Tanker hatte Rohöl aus Kuwait geladen, das für eine Raffinerie im indischen Paradip bestimmt war. Auch hier konnte das Feuer unter Kontrolle gebracht werden, doch ein philippinischer Seemann erlag seinen Verletzungen, und 270 000 Tonnen Öl liefen ins Meer.

Angesichts der jetzt schon gigantischen und immer noch größer werdenden Schiffe kann schon ein kleiner Zwischenfall leicht zu einer Katastrophe führen. Im Durchschnitt wird zweimal im Monat ein Brand an Bord eines Handelsschiffs gemeldet.

Seit 2012 in Hongkong über 150 Tonnen Granulat ins Meer gespült wurden, häufen sich auch die Fälle von Verschmutzung durch Kunststoffpellets. Allein 2020 gingen mehrmals Container mit Granulat über Bord: eine unbekannte Menge vor der Küste Südafrikas, 743 Millionen Mikrokügelchen im Mississippi und 13 Tonnen, etwa 500 bis 600 Millionen Kügelchen, in der Nordsee – vier Monate danach waren 700 Orte an der norwegischen Südküste betroffen, ebenso Gemeinden in Schweden und Dänemark. Selbst nach mehreren Säuberungsaktionen war nur 1 Tonne der Pellets geborgen.⁶

250 tote Schildkröten

Seit Anfang diesen Jahres ist an der französischen und der nordspanischen Atlantikküste und im Norden Spaniens Ähnliches zu beobachten, wenn auch in kleinerem Maßstab. Möglicherweise stammen diese Pellets aus einem oder mehreren Containern, die im Nordatlantik über Bord gegangen sind. Die französischen Behörden haben Anzeige gegen unbekannt erstattet, haben allerdings wenig Hoffnung, dass sich die Herkunft der Kügelchen vollständig klären lassen.⁷

Das volle Ausmaß der weltweiten Verschmutzung durch Plastikgranulat ist unklar. Da Kunststoff als nicht gefährliches Gut eingestuft wird, gibt es bisher keine international gültigen Bestimmungen, die die Reedereien zur Meldung verlorengegangener Container verpflichten.

Zwischen Oktober 2020 und Januar 2021 gingen allein im Nordpazifik, auf der Route zwischen Asien und den Vereinigten Staaten, 3000 Container über Bord.⁸ Das World Shipping Council schätzt den durchschnittlichen Verlust auf 1566 Container pro Jahr.⁹



Plastikpellets am Strand von Negombo, 28. Mai 2021 AJITH PERERA/picture alliance/xinhua

Bisher ist die Katastrophe der „X-Press Pearl“ die größte ihrer Art in der Geschichte der Seefahrt. Ihr Ausmaß wurde noch verschlimmert durch die Vielzahl gefährlicher Chemikalien und die große Menge verbrannten Kunststoffes (Pyroplastik), das krebserregende Verbindungen wie Benzol und polyaromatische Kohlenwasserstoffe freisetzt. Viele Menschen an den Küsten Sri Lankas verloren ihre Lebensgrundlage; Fischer hatten damit zu kämpfen, dass ihre Netze und die übrige Ausrüstung durch die Chemikalien beschädigt wurden.

Auch der Flora und Fauna setzte die chemische Verschmutzung schwer zu. Betroffen waren wichtige Habitate wie Korallenriffe und Seegrasswiesen. Knapp einen Monat nach der Havarie des Schiffs wurden die Kadaver von Dutzenden Delfinen, sechs Walen, hundert von Feuerfischen und mehr als 250 Schildkröten angeschwemmt. Die Panzer der Schildkröten waren teilweise ausgebleicht oder sahen wie verbrannt aus. Die tatsächliche Anzahl der verendeten Schildkröten dürfte nach Schätzungen von Umweltwissenschaftlerin Meththika Vithanage etwa fünfmal so hoch sein wie die der gefundenen Kadaver.

Darüber hinaus wurden massenhaft Fische mit Pellets im Magen und in den Kiemen gefunden. In der fischreichen Lagune von Negombo färbte sich das Meer leuchtend grün. Der ausgelaufene Harnstoff hatte das Algenwachstum beschleunigt, wodurch ein Großteil des Lebens im Meer ausgerottet wurde. Der Schlamm, den Freiwillige von den Stränden schaufelten, erhitzte sich in den Sammelbehältern – ein Beweis dafür, dass hier weiterhin chemische Reaktionen abliefen. Alles in allem ging die durch das Schiffunglück verursachte Verschmutzung also weit über die sichtbaren Rückstände hinaus, die an den Stränden eingesammelt wurden.

Wie lassen sich Katastrophen wie die der „X-Press Pearl“ künftig verhindern? Der zunehmende Schiffsverkehr und das gefährliche Gemisch von Chemikalien an Bord dieser Ozeanriesen erfordern dringend Maßnahmen. Die

Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO) schätzt, dass mehr als die Hälfte der auf dem Meer transportierten Güter eine potenzielle Umweltgefahr darstellen.¹⁰

Ein erster Schritt wäre eine strengere Reglementierung des Seetransports von giftigen und gefährlichen Chemikalien, die häufig zusammen mit Öl, Metallen und Holz transportiert werden. Da ein bei einem solchen Unfall freigesetzter Cocktail meist schwerer als Wasser und deshalb viel schwieriger zu beseitigen ist als ein Ölteppich; unter Wasser bildet er giftige Wolken.

Das Problem muss aber auch an der Wurzel gepackt werden, das heißt: Der Plastikproduktion durch die Petrochemie müssen Grenzen gesetzt werden.¹¹ Ende Mai diesen Jahres versammelten sich Delegierte aus 175 Ländern am Sitz der Unesco in Paris, um darüber zu diskutieren, wie die 350 Millionen Tonnen Kunststoff, die pro Jahr hergestellt werden, reduziert werden können. Nur einen Monat später begannen der weltgrößte Ölproduzent Saudi Aramco und das französische Unternehmen TotalEnergies mit dem Bau einer Anlage im saudischen al-Dschubail. Hier sollen jährlich 1,65 Millionen Tonnen Polyethylen produziert werden.

Am 2. März 2022 war bei der fünften Tagung der UN-Umweltversammlung in Nairobi eine Resolution verabschiedet worden, die vorsieht, ein rechtsverbindliches internationales Abkommen gegen Plastikverschmutzung zu schaffen, das auch für die Weltmeere gelten soll. Die Verhandlungen dazu sollten bereits Ende 2024 abgeschlossen sein, 2025 sollte das Abkommen stehen. In den Abschlussstatements war immer wieder die Rede von einem „historische Moment“.

Bei der Unesco in Paris dieses Jahr wurden die Gespräche jedoch wieder von den Öl- und Gasförderländern sowie den Plastikproduzenten mit allerlei Verzögerungstaktiken ausgebremst. Schließlich wurde ein zwischenstaatliches Verhandlungskomitee beauftragt, beim nächsten Treffen im November wenigstens einen ersten Entwurf eines Abkommens zu vorzulegen. Die Entwicklungsländer, die am meisten

unter der Plastikverschmutzung leiden, fordern, dass die Umsetzung der konkreten Maßnahmen, die der endgültige Vertrag enthalten wird, von den Industrienationen finanziert werden soll.

Wie die Katastrophe in Sri Lanka zeigt, stellen Mikro- und Nanoplastik eine Umweltbedrohung dar, die allumfassend ist: Sie trifft die Natur, die Gesellschaft, die Wirtschaft, die Gesundheit und die Nahrungskette. Wenn wir weitermachen wie bisher, wird sich die Menge an Plastikmüll in marinen Ökosystemen bis 2040 fast verdreifachen.¹²

¹ Chalani Rubesinghe u. a., „X-Press Pearl: A new kind of oil spill“, International Pollutants Elimination Network, Februar 2022.

² Asha de Vos u. a., „The M/VX-Press Pearl nurdle spill: Contamination of burnt plastic and unburnt nurdles along Sri Lanka's beaches“, ACS Environmental Au, 9. November 2021.

³ Hassan Partow, Camille La Croix, Stéphane Le Floch and Luigi Alcaro, „X-Press Pearl Maritime Disaster Sri Lanka“, Report of the UN Environmental Advisory Mission, Juli 2021.

⁴ Eric Paul Meyer, „Aufstand gegen den Rajapaksa-Clan“, LMD, Juli 2022.

⁵ Katherine Bourzac, „Grappling with the biggest marine plastic spill in history“, Chemical and Engineering News, 23. Januar 2023.

⁶ Annette Gravier und Gaëlle Haut, „Plastic giants polluting through the back door: The case for a regulatory supply chain approach to pellet pollution“, Rethink Plastic and Surfrider Foundation Europe, November 2020.

⁷ Rosie Frost, „Environmental nightmare: French authorities hunt for source of plastic pellet spill“, EuroNews, 25. Januar 2023.

⁸ Tim Lyndon, „3000 Shipping Containers Fell Into the Pacific Ocean Last Winter“, The Revelator, 2. Juni 2021.

⁹ Der Durchschnittswert von 1566 Containern bezieht sich auf den Zeitraum von 2008 bis 2022; gerechnet auf den Zeitraum von 2020 bis 2022 gibt der World Shipping Council 2301 Container an; siehe „Containers lost at sea – 2023 update“, World Shipping Council, Mai 2023.

¹⁰ Marzena Popek, „Factors influencing the environment during hazardous goods transportation by sea“, in: IOP Conference Series: Earth and Environmental Science, Nr. 214 (2019).

¹¹ Siehe Mickael Correia, „Plastikmacher“, LMD, Februar 2022.

¹² 2016 waren es 9 bis 14 Millionen Tonnen, zwischen 2023 und 2040 dürften es 23 bis 37 Millionen Tonnen pro Jahr sein. Angaben des zwischenstaatlichen Verhandlungsausschusses für Plastikverschmutzung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, www.unep.org. Aus dem Französischen von Nicola Liebert

Mohamed Larbi Bouguerra ist Wissenschaftler und Mitglied der tunesischen Akademie für Wissenschaft, Literatur und Kunst, Beit Al-Hikma (Karthago).

Nach ihrem Sieg gegen Argentinien bei der Fußball-WM 2014 ließ sich das deutsche Nationalteam in Berlin feiern. Auf den Youtube-Videos sieht man, wie die Spieler gebückt über die Bühne laufen und aus vollem Hals singen: „So gehn die Gauchos, die Gauchos, die gehen so!“ Dann, wieder aufgerichtet: „So gehn die Deutschen, die Deutschen, die gehen so!“ Das Publikum grölte begeistert mit.

In Buenos Aires brach daraufhin eine Welle der Empörung los. Man wagte es, sich über die Gauchos lustig zu machen! Massen gingen auf der Straße, um gegen den Affront zu demonstrieren, es dauerte nicht lange, bis der unvermeidliche Vergleich fiel: Der Journalist Víctor Hugo Morales schrieb, die deutschen Spieler seien eben „dreckige Nazis“.

Aber wer sind diese Gauchos überhaupt, deren Ehre da verteidigt werden musste?

Für die deutschen Fußballer waren sie einfach ein Synonym für „Argentinier“. In Wahrheit ist der Gaucho die südamerikanische Erscheinungsform des Cowboys, der einsam und halbnomadisch lebt. Er ist eine traditionelle Figur der Region, vor allem aber Argentiniens und Uruguays, die mit der Steppe und den Viehherden, mit gesungener Poesie, mit Mate, Alkohol und Schlägereien assoziiert wird.

Der Gaucho Martín Fierro ist der Held des gleichnamigen argentinischen Nationalepos von José Hernández, das 1872 erschien.¹ Dieser Figur huldigen alle Argentinier, ob links oder rechts, in den entlegensten Regionen oder im Herzen der Hauptstadt. Sein Name taucht regelmäßig in politischen Reden auf, seine Geschichte ist immer wieder Gegenstand literarischer und filmischer Neuinterpretationen. Martín Fierro hat sogar einen eigenen Feiertag, den „Gaucho Tag“ am 6. Dezember.

Hernández' Epos war schon direkt nach seiner Veröffentlichung ein großer Erfolg. Es wurde an Lagerfeuern vorgetragen, wodurch es sich auch unter Analphabeten verbreitete. Das Gedicht erzählt vom Schicksal eines Mannes, der von der Armee zwangsrekrutiert wird, um in einem militärischen Feldzug gegen die „Indios“ das argentinische Territorium zu erobern.

Fierro, der die brutale Behandlung durch seine Vorgesetzten leid und von seiner patriotischen Mission ohnehin nicht überzeugt ist, desertiert. Er findet seine Ranch verlassen und verwüstet vor, seine Frau und seine Söhne sind verschwunden. Nun zieht er allein durch die Gegend, allerlei Widrigkeiten ausgesetzt, rechtlos.

Als „Martín Fierro“ erschien, war Argentinien politisch gespalten in Unitarier und Föderalisten. Erstere entstammten der Aristokratie von Buenos Aires, die die Zentralisierung der politischen Macht in der Hauptstadt und ein einheitliches Zollgebiet anstrebten, die *Federales* wollten die Eigenständigkeit der Provinzen erhalten, auch hinsichtlich der Erhebung von



Patagonien 1903 Mary Evans/picture library

Die Legende vom Gaucho

Argentiniens postkoloniale Selbsterzählung

von Fabien Palem

Zöllen. Für die Unitarier war der Konflikt ein Kampf zwischen Zivilisation und Barbarei.

Während „Martín Fierro“ zum ikonischen Text der Federales wurde, beriefen sich die Unitarier auf einen 1845 erschienenen Essay von Domingo Faustino Sarmiento (der später argentinischer Präsident wurde): „Facundo o Civilización y barbarie en las pampas argentinas“². Mit diesem Text wollte Sarmiento ein Zeichen setzen für die zivilisatorische Verbindung zwischen Argentinien und Europa.

Für den argentinischen Historiker Ezequiel Adamovsky entspricht die Argumentation der Unitarier jener „der Europäer in Bezug auf ihre Kolonien“³. Sarmiento schlage vor, die argentinische Geschichte durch ein bestimmtes Prisma zu lesen: „die zugrunde liegende Idee, dass es zwei Länder gibt, die im Kampf gegeneinander stehen. Eines, das durch die städtischen, europäischen, gebildeten Weißen repräsentiert wird, und das andere, das für die ländliche, kreolische, plebejische, nicht-weiße Welt steht“.

Der Gaucho allerdings ist ein *Criollo*, also ein Einheimischer, der aus der Vermischung von spanischen Kolonialherren, Indigenen und afrikanischen Sklaven hervorgegangen ist.

Sieben Jahre nach dem Erscheinen von „El Gaucho Martín Fierro“ veröffentlichte Hernández „La vuelta de Martín Fierro“ („Die Rückkehr des Martín Fierro“). In diesem zweiten Epos, das länger und mehrdeutiger ist als das erste, hat sich der rebellische Charakter des Gauchos gelegt, er hat sich mit der Macht versöhnt. Diese Wendung spiegelt die persönliche Entwicklung des Autors: Er war etabliert, verkehrte in den besten Kreisen und wurde – im selben Jahr, als „La vuelta“ erschien – Parlamentsabgeordneter der Unitarier.

Der gefügig gewordene Gaucho arrangiert sich nun mit den Menschen in der Stadt. Die Indios hingegen werden als barbarisch und grausam erschildert. 1878 hatte die sogenannte Eroberung der Wüste begonnen, ein militärischer Feldzug zur Ausrottung der indigenen Bevölkerung.

Der Schriftsteller Carlos Gamerro schreibt dazu: „Fast ungewollt versöhnt Hernández die verschiedenen politischen Narrative und überwindet die von Sarmiento dargestellte Dichotomie durch einen ideologischen Spagat“, der in den Unterschieden zwischen dem ersten und dem zweiten Teil des Epos zum Ausdruck kommt. „Es gibt allerdings einen Punkt, in dem beide Epen übereinstimmen, nämlich die Unmöglichkeit einer Integration der Indios.“⁴

„Martín Fierro“ spielte in der politischen Debatte eine immer wichtigere Rolle. 1904 rief die anarchistische Zeitung *La Protesta* eine Feuilletonbeilage ins Leben, die den Namen des Berühmtesten aller Gauchos trug. „Martín Fierro ist das Symbol einer bestimmten Epoche unserer Geschichte, die Verkörperung unserer Bräuche, Institutionen, Überzeugungen, Laster und Tugenden. Er ist der Schrei einer Klasse, die gegen die sie unterdrückenden oberen Schichten der Gesellschaft kämpft, er ist der Protest gegen die Ungerechtigkeit“, hieß es in der Ausgabe vom 3. März 1904.

Die Anarchisten des frühen 20. Jahrhunderts waren fast alle im Zuge der „großen Immigration“ nach Argentinien gekommen. In das Land, das 1870 gerade einmal 1,88 Millionen Einwohner zählte, wanderten zwischen 1860 und 1930 etwa 6 Millionen Menschen ein. Die meisten der europäischen Einwanderungsgruppen übersetzten das Epos in ihre Sprache, als Zeichen der Integration und des guten Willens gegenüber der Gesellschaft, die sie aufnahm.

Der konservative und nationalistische Schriftsteller Leopoldo Lugones instrumentalisierte den „Martín Fierro“ ein Jahrzehnt später für den entgegengesetzten Zweck. Er machte den Gaucho zu einem identitätspolitischen Bollwerk gegen die Wellen der großen Immigration und gegen alles, was diese Leute seiner Meinung nach an Subversivem mitbrachten, wie kosmopolitische Ideen, Sozialprogramme, Anarchismus und Verweiblichung.

In mehreren Vorträgen, die er 1913 im Odeón-Theater von Buenos Aires vor Vertretern der Oberschicht hielt, erhob er den Criollo zur Säule der „Argentini-

tät“ gegenüber den Gringos, den Ausländern, die hier an Land gingen. „Martín Fierro“ sollte für die Argentinier das sein, was das mittelalterliche „Rolandslied“ für die Franzosen oder das Epos „El Cid“ für die Spanier ist, befand der Schriftsteller Ricardo Rojas. So wurde der Gaucho, der bis vor Kurzem noch den Widerstand gegen die Homogenisierung der Nation repräsentierte, auf einmal zur Verkörperung einer durch das Fremde bedrohten Reinheit.

In der Folgezeit bezogen sich die unterschiedlichsten politisch-ideologischen Strömungen in Argentinien auf das Gaucho-Epos. So hatte 1939 der Gouverneur der Provinz Buenos Aires, der Nationalist Manuel Fresco, sämtliche Abgeordneten der Provinz hinter sich, als er den 10. November, den Geburtstag von José Hernández, zum „Tag der Tradition“ erklärte.

Antiheld aus der Pampa

Unter der Präsidentschaft von Juan Perón (1946–1955 und 1973–1974) wurde das Datum zehn Jahre später landesweit festgelegt und das Gedicht selbst per Dekret zum „höchsten Ausdruck des Argentinertums“ erklärt.

1993 führte Präsident Carlos Menem dann den „Tag des Gauchos“ am 6. Dezember ein – womit sich der für seine Privatisierungspolitik berüchtigte Neoliberaler gewissermaßen selbst zum Criollo-Helden ernannte.

An der ambivalenten und schwer fassbaren Figur des Martín Fierro treffen sich die Ideologien und entzünden sich die Konflikte. Am größten wurde seine Bedeutung für die nationale Politik, als er zum Symbol der wohl mächtigsten und vielgestaltigsten politischen Strömung des Landes wurde: dem Peronismus.

Juan Domingo Perón führte 1944, als Arbeitsminister einer Militärregierung, das Statut der Landarbeiter ein, wodurch diese erstmals Rechte gegenüber den Großgrundbesitzern erhielten. Er bezog sich dabei explizit auf den „Martín Fierro“ und schrieb damit eines der folgenreichsten Kapitel in der Geschichte des Gaucho-mythos. Unter der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 wurde das Landarbeiterstatut abgeschafft; 2011 setzte es die linksperonistische Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner wieder in Kraft.

„Martín Fierro begleitet den Peronismus von Anfang an“, sagt der Historiker Matías Emiliano Casas⁵ über das Epos. „Im Laufe des 20. Jahrhunderts

sehen wir drei Ebenen dieser Aneignung: Persönlich zitierte Juan Perón ganze Passagen aus dem Gedicht, wobei er Verse dazu erfand. Auf Regierungsebene förderte der Peronismus zwischen 1946 und 1955 kulturelle Veranstaltungen zur Verbreitung des Textes. Und schließlich begleitete die peronistische Bewegung die Veröffentlichung von Dutzenden Büchern, in denen die Gedankenwelt des Gauchos verherrlicht wird.“

Perón baute seine persönliche Legende auf einer Identifikation mit dem beliebtesten Kind des Landes auf. Angeblich hat ihm sein Vater Hernández' Buch 1913 geschenkt – das Jahr, in dem er die Militärschule verließ, und, welcher Zufall, auch das Jahr der Quasi-Heiligsprechung des Gauchos durch den Nationalisten Lugones.

Ob in der Regierung oder in der Opposition, der Peronismus pflegte den Gaucho-Mythos. Während der Fußballweltmeisterschaft 1978 etwa wählte das Militärregime den Gaucho (kleiner Gaucho) als Maskottchen. Während die Montoneros, peronistische Guerillakämpfer, die der Militärdiktatur Widerstand leisteten, den Gaucho in seiner Rolle als Held der Unterdrückten ebenfalls für sich beanspruchten. Ihren Namen leiteten sie von den Montoneros ab, den paramilitärischen Verbänden während der Unabhängigkeitskriege, die im Wesentlichen aus Gauchos bestanden.

In jüngerer Zeit hat ein anderes in Argentinien geborenes Staatsoberhaupt dem Antihelden aus der Pampa internationale Bedeutung verschafft: In einer Rede vor den Vereinten Nationen 2015 zitierte Papst Franziskus das oberste Gebot des Epos: den Aufruf an „die Brüder, vereint zu bleiben“.

Als einer, der sowohl Spaltung wie Einheit schaffen kann, ist der Gaucho oft mit der peronistischen Bewegung zusammengedacht worden. Jorge Luis Borges, ein erklärter Gegner des Peronismus, bedauerte,⁶ dass nicht „Facundo“ anstelle von „Martín Fierro“ zum nationalen Beispieltext wurde: „Ich behaupte, dass unsere Geschichte anders und besser aussehen würde, wenn wir es als unser exemplarisches Buch kanonisiert hätten.“

Diese alte Debatte ist auch nach 150 Jahren noch nicht abgeschlossen. Der Schriftsteller Alberto Manguel, ehemaliger Leiter der Nationalbibliothek, schloss sich Borges an und sorgte für heftige Reaktionen der Peronisten, die „ihr“ nationales Emblem verteidigten. Und jenseits der Bibliotheken nutzen selbst die Agrarunternehmer den Gaucho-Mythos für ihre Zwecke, wenn sie gegen Exportbeschränkungen auf die Straße gehen.

An „Martín Fierro“ komme niemand vorbei, stellt der Historiker Matías Casas fest: „Keine politische Gruppe, kein Regime, weder die Linke noch die Rechte, weder die Demokratie noch die Diktatur. Früher oder später trifft die Politik auf den Gaucho und muss mit diesem Erbe zurechtkommen.“

¹ José Hernández, „Der Gaucho Martín Fierro“, Spanisch und Deutsch, Stuttgart und Córdoba (Abrazos) 2020.

² Domingo Faustino Sarmiento, „Barbarei und Zivilisation. Das Leben des Facundo Quiroga“, Frankfurt am Main (Die Andere Bibliothek) 2007.

³ Ezequiel Adamovsky, „El gaucho indómito, de Martín Fierro a Perón, el emblema imposible de una nación desgarrada“, Buenos Aires (Siglo XXI) 2019.

⁴ Carlos Gamerro, „Facundo o Martín Fierro. Los libros que inventaron la Argentina“, Buenos Aires (Sudamericana) 2015.

⁵ Matías Emiliano Casas, „Como dijo Martín Fierro. Interpretaciones y usos del poema durante el siglo XX“, Buenos Aires (Prometeo) 2022.

⁶ Vorwort zu Sarmiento, „Facundo o Civilización y barbarie en las pampas argentinas“, Buenos Aires (El Ateneo), 1974.

Aus dem Französischen von Nicola Liebert

Fabien Palem ist Journalist.

SOLIDARITÄT mit LMd kurdî

Liebe Leser:innen,

unterstützen Sie mit uns die neue kurdische Ausgabe von Le Monde diplomatique! Mit Ihrer Spende können wir eine der wenigen Zeitungen, die es in kurdischer Sprache gibt, drucken und europaweit verbreiten.



Spenden Sie jetzt unter <https://ku.mondediplo.com/donation>



Frommer Pop aus Afrika

von Jean-Christophe Servant

Die erste Aufnahme geistlicher Musik von einem afrikanischen Interpreten wurde 1922 in London aufgezeichnet und liegt in den Archiven der British Library: „Jesu olugbala ni mo f'ori fun e“ („Ich gebe mich Jesus hin, dem Erlöser“). Das Lied in der westafrikanischen Sprache Yoruba stammt von Josiah Jesse „JJ“ Ransome Kuti, einem anglikanischen Priester im damaligen britischen Protektorat Nigeria. Als er acht Jahre später starb, hatte er eine Tradition begründet, die die intellektuelle und kulturelle Geschichte der Region prägen sollte.

Sein Enkel Fela Anikulapo Kuti, der Pionier des Afrobeats, genannt „Black President“, sang 1977 in „Shuffling and Shmiling“ wütend dagegen an, dass seine Landsleute blind der Religion vertrauten.

Tatsächlich wachsen die evangelikalen Kirchen in Afrika rasant. Im Jahr 2060 könnten 40 Prozent aller Christen weltweit in Afrika leben.¹ Und damit wächst auch die Beliebtheit einer religiösen Musik, die sich aus dem Kontext der traditionellen Liturgie löst und außerhalb der Kirchen stattfindet.

Diese Musik entspringt der evangelikalischen Bewegung der sogenannten wiedergeborenen Christen. Ihre Interpreten berufen sich auf die Erfahrung einer persönlichen Bekehrung („Wiedergeburt“) – und sie unterscheiden sich von den Kirchenmusiker:innen, die keine großes Geld verdienen und nur in sakralen Räumen auftreten.

Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie und die Sehnsucht nach spirituellem Trost haben dazu beigetragen, dass eine neue Generation von Gospelinterpreten auch auf den Streamingportalen überaus präsent ist. Die Sänger:innen künden von den Werten der Familie und vom Wort Gottes in Lingala, Nouchi oder dem nigerianischen Pidgin. Ihre Rhythmen entlehnen sie sowohl den urbanen Genres – wie dem südafrikanischen Amapiano und dem nigerianischen Afrobeat – als auch dem US-amerikanischen Kanon der *faith music* (Glaubensmusik): R'n'B, Pop, gern auch großes Orchester und Geigen.

Die Talentschmieden im südlichen Afrika sind Simbabwe, Eswatini (ehemals Swasiland) und Südafrika, wo es unzählige Chöre gibt und Vokalmusik eine große Rolle spielt. Hier liegt das Zentrum dieser industriellen Nische subsaharischer Kultur. Laut einer 2015 durchgeführten Umfrage hören 13 Prozent der Südafrikaner:innen gern Gospels – fast dreimal so viele wie im globalen Durchschnitt.² Das Genre Gospel stellt hier auf dem Musikmarkt eine ernsthafte Konkurrenz für die säkulare Popmusik dar.

Das liegt einmal an den großen Ensembles, die weit über die Grenzen hinaus bekannt sind, wie dem Soweto Gospel Choir, dann an bekannten singenden Predigern wie Benjamin Dube und nicht zuletzt an Großevents wie den SABC Zulu Gospel Awards, die alljährlich im November im Fernsehen zelebriert werden.

Während der Apartheid wurde Gospelmusik durchaus kritisiert, aber sie verbreitete eben auch Hoffnung: Nicht

umsonst wurde das Lied „Nkosi Sikelel' iAfrika“ („Gott segne Afrika“), 1897 von Enoch Sontonga für den Schulchor der methodistischen Mission in Johannesburg komponiert, zur Hymne des ANC. Heute ist es eine der beiden Nationalhymnen Südafrikas.

Evans Netshivhambe, Musikethnologe an der Universität von Witwatersrand sagt: „Ein Großteil der Südafrikaner findet darin eine Substanz, mit der sie spüren und ausdrücken können, wer sie sind, was sie über ihr Leben denken, und welche Herausforderungen sie durchlebt haben.“

Das Musiklabel Motown Gospel Africa, eine Tochter des legendären Labels aus Detroit, setzte 2021 seine Unterschrift unter einen Vertrag mit dem 1994 gegründeten Gospelchor Joyous Celebration.³ Das Label sitzt in Abidjan in den Räumlichkeiten von Universal Music Africa und konnte mit christlichen afrikanischen Titeln bereits drei große internationale Erfolge feiern.

Einer von ihnen kam Ende 2019 heraus: „Jerusalem“, gesungen von Nomcebo Zikode auf Zulu. Komponist war der südafrikanische DJ und Produzent Kgaogelo Moagi alias Master KG, der einer methodistischen Kirche angehört. Über einem Limpopo-Beat (eine Variante des Afro-House) wird Gott um Schutz angerufen: „Jerusalem ist meine Heimat. Schütze mich, begleite mich, lass mich hier nicht zurück.“

Musiklabel Loveworld und Happy People

Zunächst war „Jerusalem“ nur lokal bekannt, aber auch in Angola wurde er schnell populär; über eine Dance Challenge auf Tiktok verbreitete er sich im Sommer 2020 in der ganzen Welt. Als Remix mit dem nigerianischen Superstar Burna Boy kehrte er auf dem afrikanischen Kontinent zurück. Bis heute wurde das Musikvideo auf Youtube über 566 Millionen Mal angeschaut. Nomcebo Zikode schaffte es dieses Jahr erneut in die Weltcharts: Mit dem christlichen Song „Bayethe“ erhielt sie (zusammen mit Wouter Kellerman und Zakes Bantwini) den Grammy für die beste Darbietung in der Kategorie „Global Music“.

Ein anderer afrikanischer Gospel-song machte schon früher Furore: „The Way Maker“ von der Nigerianerin Sinach. Die Predigerin und Sängerin der evangelikalischen Gemeinschaft Christ Embassy des umstrittenen nigerianischen Pastors Chris Oyakhilome veröffentlichte ihn Ende 2015 auf Loveworld, dem Hauslabel ihrer Kirche. Vier Jahre später wurde er von Michael W. Smith, einem weißen Christen in den USA, aufgegriffen und zum internationalen Trostlied während der Coronapandemie. Mit „The Way Maker“ stand erstmals ein Song „made in Naija“ (Nigeria) ganz oben in den US-amerikanischen Billboard-Charts (Kategorie Christian Music).

Ein weiteres Beispiel dieser Gospelrenaissance ist der französische Popchoral „Comment ne pas te louer“ („Wie könnte man Dich nicht loben“) von Aurélien Bollevis Saniko, einem belgischen Priester kamerunischer Herkunft, Mitglied des katholischen



Nomcebo Zikode auf einem Konzert in Tunis, Juli 2022
CHOKRI MAHJOUB/picture alliance/zumapress

Spiritaner-Ordens. Der eher schlichte Song ging dieses Jahr auf Tiktok viral.

Derartige Titel laufen ständig auf Trace Gospel, einem Kanal des französischen Musiksenders Trace Urban. Programmchef Curtis Blay aus Abidjan sagt dazu, diese Lieder hätten „im französischsprachigen Afrika Offenheit geschaffen“. Bisher sei man hier viel konservativer und traditioneller gewesen als in englischsprachigen Ländern. „Religiöse Musik durfte nur in der Kirche gehört werden.“

Blay erwartet, dass eine wachsende Zahl junger evangelikaler Christen diese Inspiration aufgreifen und die „Liebe zu Gott und zugleich die Leidenschaft für urbane Musik im eigenen Umfeld außerhalb des Gottesdienstes“ ausleben werde. Die französischsprachige Gospelszene sei deutlich professioneller geworden, das zeigt sich auch in ihren Videoclips. Tatsächlich steht das Video zu „Souffle“ der Kongolestin Dena Mwana von 2019 anglofonen Produktionen in nichts nach. Der Text: „Was kein Auge je gesehen, kein Ohr je gehört hat, das weißt du, Heiliger Geist, ja, du weißt es.“

Mwana war eine der ersten frankofonen Sängerinnen, die von Motown Gospel Africa unterstützt wurden. Nachdem sie über Kirchenchöre in der Demokratischen Republik Kongo bekannt geworden war, nahm das Label Happy People sie unter Vertrag. Gegründet wurde es vor zehn Jahren von ihrem Ehemann Michel Muthali.

Happy People präsentiert sich auf dem sozialen Netzwerk LinkedIn als Spezialist für „die Konzeption und Umsetzung kultureller Aktivitäten und christlicher Erbauung“. Laut Michel Muthali hat die neue Gospelkultur zwei Ziele: Die Verbreitung des Evangeliums und „dass die Künstler von ihrem Talent leben können“.⁴

In der Musikszene Abidjans, der Wirtschaftshauptstadt von Côte d'Ivoire, bedeutet das, man muss „im System MP3“ sein: alle drei Monate einen neuen Song herausbringen. Souleymane Kone alias KS Bloom, ein neuer Star am Himmel des christlichen ivoirischen Rap, macht nach eigener Aussage Musik, „um die Menschen Gott näher zu bringen“.⁵ „Der Schöpfer aller Dinge“ sei ihm 2017 selbst begegnet.

KS Bloom wurde schnell berühmt, nachdem sein Album „Allumez la lumière“ („Entzündet das Licht“) 2021

mit dem Titel „C'est Dieu“ („Es ist Gott“) erschienen war. Letzten Sommer sang er im ausverkauften Casino de Paris, allerdings ohne große Aufmerksamkeit der französischen Medien.

Ende April war er neben dem Rapper Booba eines der Highlights beim 15. Ivorischen Femua (Festival des musiques urbaines d'Anoumabo), das Salif Traoré, der Frontmann der Band Magic System, initiiert hat. Im Kielwasser des 26-jährigen KS Bloom folgten mittlerweile viele ehemalige Anhänger der Coupé-Décalé-Subkultur, die sich nach dem Unfalltod ihrer Ikone DJ Arafat 2019 einer der 4000 ivoirischen evangelikalen Kirchen angeschlossen haben.

Mit den Erfolgen dieser neuen Gospelgeneration mehren sich allerdings auch interne Diskussionen. Der kongolesische christliche Rapper El George aus der DR Kongo warnte im Juli 2022 in einem Post: „Wenn man nicht aufpasst, hat die urbane christliche Musik bald keine Substanz mehr. Wenn Gott dich wirklich berufen hat, ihm in der Musikszene zu dienen, musst du auch die Vision haben, einzigartig zu sein. Und Einzigartigkeit muss du dir erarbeiten.“

Der Vater des simbabwischen Gospels, der achtzigjährige Gitarrist Machanic Manyeruke, Mitglied der Heilsarmee, hat im Laufe seines Lebens fast dreißig Alben rausgebracht. Einzigartigkeit ist für ihn kein Thema: „Man muss nur überzeugt sein von dem, was man singt.“

Seine Empfehlung an die Jungen: „Glaubt an Gott und verhaltet euch anständig, sündigt nicht. Die Welt, in der wir heute leben, ist voller Versuchungen.“⁶ Eine davon könnte darin bestehen, mit dem Lob Gottes zu reich werden.

¹ Philip Jenkins, „How Africa is changing Faith around the world“, Pew, 5. Juli 2016.

² Darren Thomas, „In South Africa, Gospel Music Reigns Supreme“, *Voice of America*, 8. Oktober 2015.

³ Murray Stassen, „Universal Music Africa and Motown Gospel Sign Superstar South African Music Group Joyous Celebration“, *Music Business Worldwide*, 19. März 2021.

⁴ „Nous avons réfléchi à ce qu'il serait possible de faire pour tout le monde“, Interview mit Michel Muthali, *Adiac*, 22. Juli 2020.

⁵ „En Côte d'Ivoire, l'engagement pour le rap chrétien“, *RFI*, 30. April 2023.

⁶ Siehe den Film von James Ault, „Machanic Manyeruke: The Life of Zimbabwe's Gospel Music Legend“.

Aus dem Französischen von Birgit Bayerlein

Jean-Christophe Servant ist Journalist.

Meldungen des Monats

In **Deutschland** ist ein Fall zu registrieren, der den Schutz des journalistischen Berufsgeheimnisses verletzt. Laut *Süddeutscher Zeitung* vom 23. Juni ließ die Generalstaatsanwaltschaft München monatelang Telefongespräche von Medienschaffenden abhören, die Informationen von der Klimaschutzgruppe Letzte Generation beziehen wollten. Im Zuge von Ermittlungen wegen des Verdachts auf „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ wurde unter anderem ein Berliner Festnetzanschluss abgehört, den die Letzte Generation offiziell als ihr Pressetelefon ausweist. Die Überwachung war am 13. Oktober 2022 von einem Ermittlungsrichter angeordnet und am 26. Januar 2023 um drei Monate verlängert worden. Damit wurde eine wichtiger Grundsatz der Pressefreiheit grob missachtet.

In **Spanien** hält die rechtsextreme Partei Vox auch im Vorfeld der Parlamentswahlen vom 23. Juli an ihrer Politik eines selektiven Medienboykotts fest. Von den Pressekongressen der offen xenophoben und antifeministischen Partei sind missliebige Medien bereits seit 2019 ausgeschlossen. Anfragen von Journalistinnen und Journalisten, die kritisch über Vox berichten, werden von der Pressestelle der Partei entweder gar nicht oder mit Beleidigungen beantwortet. Wo die Rechtsradikalen an der Macht beteiligt sind, betreiben sie auch einen ökonomischen Boykott. In Spaniens nordafrikanischer Enklave Ceuta, in der die Vox mitregiert, schaltet die Stadtverwaltung keine Inserate mehr auf der Nachrichtenwebsite *El Periódico de Ceuta*, der damit Einnahmen in Höhe von 2,5 Millionen Euro entgehen.

Im **Sudan** haben die gezielten Angriffe auf Medienschaffende in den letzten Wochen deutlich zugenommen. Beide Fraktionen des Militärs, die sich seit dem 15. April einen erbitterten Machtkampf liefern,



nehmen insbesondere Mitglieder des Sudanese Journalists Syndicate (SJS) ins Visier. Nachdem die beiden Freelancer Faisal Mohamed Salih und Zuhair al-Sarraj die Bürgerkriegsparteien zur Beendigung der Kämpfe aufgerufen hatten, tauchten in den Straßen von Khartoum Steckbriefe auf, die zum Mord an den beiden SJS-Mitgliedern aufriefen. Inzwischen versuchen zahlreiche Medienschaffende, nach Ägypten auszuweichen, wobei es nicht allen gelingt, ein Visum zu bekommen.

Seit dem 30. Juni ist in **Hongkong** das legendäre Citizens' Radio nicht mehr auf Sendung. Die populäre Rundfunkstation hatte 18 Jahre lang die demokratische Öffentlichkeit mit politischen Debatten, Interviews und Kommentaren bereichert. Citizens' Radio war formell ein „Piraten-sender“, weil seine Lizenzanträge seit 2005 regelmäßig abgelehnt wurden. 2019 hatten maskierte Männer das Studio von Citizens' Radio überfallen und technisches Gerät zerstört. Vier Jahre später wird jetzt die ökonomische Basis von Citizens' Radio zerschlagen, indem sich die Bank des Eigentümers Tsang Kin-shing weigert, die Überweisung von Spendengeldern zu registrieren, auf die der Sender angewiesen war. Seit 2020 hat die Hongkonger Regierung fünf Medienprojekte zur Aufgabe gezwungen und die unabhängigen Tageszeitungen *Apple Daily* und *Stand News* verboten.

Impressum

Redaktion Jakob Farah, verantwortlich f. d. Ausgabe, Dorothee D'Aprile (Leitung), Katharina Döbler, Niels Kadritzke, Anna Lerch

Produktion Claudia von Heydebrand, Franziska Özer, Karoline Bofinger

Redaktion Comic Karoline Bofinger

Redaktion Kunst Wilhelm Werthern

Dokumentation Sigrid Deitelhoff, Almuth Müller

Verlag Deutschland

taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG,

Friedrichstr. 21, D 10969 Berlin,

☎ +49 30 25 90 2-0, www.monde-diplomatique.de

Marketing Rejane Salzmann, ☎ +49 (0) 30 25 902-331

Anzeigen Daniela Lipka, ☎ +49 (0) 30 25 902-965

dliipka@monde-diplomatique.de

Separates Abonnement

Jahrespreis Inland 62,40 €, Ausland 76,80 €,

ermäßigt Inland 39,60 €, ermäßigt Ausland 54 €

(alle Preise inkl. Versandkosten).

abo-lmd@taz.de; ☎ +49 30 25 902-211

A. Beig Druckerei GmbH & Co.,

25421 Pinneberg

ISSN: 1434-2561

LMD Audio Download im eKiosk

www.monde-diplomatique.de/pm/ekiosk/ekiosk.

Verlag Schweiz

WOZ – Internationale Medienerzeugnisse AG, Zürich,

Daniel Hackbarth | verantwortlich,

Camille Roseau,

Postfach: CH 8031 Zürich,

☎ +41(0) 44 448 14 14, diploabo@woz.ch,

www.monde-diplomatique.ch

Inserate WOZ-IMAG, Vasco Rasi,

☎ +41(0) 44 448 14 03/23.

diploinserat@woz.ch.

Mittelland Zeitungsdruck AG, Aarau

Le Monde diplomatique liegt jeweils am zweiten Donnerstag im Monat der WOZ bei.

Separates Abonnement

Jahrespreis 72 sFr. | zzgl. Versandk. ins Ausland.

Die nächste Ausgabe erscheint mit der taz

am 11. 8. 2023 und der WOZ am 10. 8. 2023.

In Deutschland separat am Kiosk ab 10. 8. 2023.

Le Monde diplomatique, Paris

Direktor Benoît Bréville

Berater der Direktion Serge Halimi

Chefredakteur Akram Belkaid

Redaktion Martine Bulard, Philippe Descamps,

Renaud Lambert, Evelyne Pliellier, Hélène Richard,

Pierre Rimbert, Anne-Cécile Robert, Grégory Rzepiski

Dokumentation Olivier Pironet

1, avenue Stephen-Pichon,

F-75013 Paris

Die deutsche Ausgabe von *Le Monde diplomatique* geht auf eine Initiative der taz Genossenschaft im Jahr 1994 zurück. Mehr über die Genossenschaft erfahren Sie unter: www.taz.de/genossenschaft

Le Monde diplomatique

juli 2023

núria tamarit

Es gibt Schreie, die verfliegen und nie mehr wiederkehren.



Es keimt und lebt unter kilometerweit brennendem Asphalt.

Es gibt Banker, aufgeblasene Reden und Strippenzieher.



Viertel mit Banken, Bänke ohne Nachbarn.



Sie brüllen, vertreiben und bestehlen uns.



Wo sollen wir denn hin?

+ 1 tourist



- 1 Nachbarin